



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Eine strategisch-relationale Akteursanalyse der
Alliance of Small Island States“

Verfasserin

Bakk. Phil. Petra Biberhofer

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im November 2010

Studienkennzahl laut Studienblatt

A 300

Studienrichtung laut Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Dankessagung

Zunächst möchte ich mich bei meinen Eltern Anna und Franz Biberhofer bedanken, die mir mein Studium ermöglicht haben. Sie waren dabei immer eine sehr wichtige Stütze für mich und ermutigten mich ambitioniert und selbstbewusst an diverse Herausforderungen heranzutreten und zu bewältigen. Ohne ihre finanzielle Unterstützung wären die Erfahrungen und Interviews, die innerhalb dieser Arbeit aufgearbeitet wurden, nicht möglich gewesen. Auch für die zahlreichen konstruktiven Diskussionen rund um den Themenbereich möchte ich mich bei ihnen bedanken, denn sie bereicherten meine Studienzeit fortwährend, genauso wie das Endergebnis dieser Arbeit.

Zudem möchte ich meinem Betreuer Ulrich Brand danken, der das Interesse für das Themengebiet der internationalen Umweltpolitik in mir weckte. Seine Motivation und sein Feedback halfen eine kritische Perspektive für die Arbeit zu entwickeln und sie bestmöglich zu gestalten.

Pelenise Alofa Pilitati möchte ich an dieser Stelle ebenfalls meinen Dank aussprechen. Sie machte mich auf die spezifischen Probleme und Herausforderungen, mit denen die Inselstaaten im Pazifik konfrontiert sind, aufmerksam. Ihr Charisma weckte die Ambition in mir, mich diesem Themengebiet zu widmen.

Anna Biberhofer, Lydia Steinmassl und Paul Biberhofer bedarf es großen Dank für das Korrekturlesen dieser Arbeit und für ihr Feedback, welches mir eine große Unterstützung bot. Außerdem möchte ich mich bei Carmen Valero für die vielen Stunden bedanken, die sie mir als Bibliotheksgefährtin mit Rat und Tat zur Seite stand und dadurch viel Motivation im Arbeitsprozess schenkte.

1	Einleitung und Problemaufriss	9
1.1	Fragestellungen und Hypothesengenerierung	15
1.2	Gliederung der Arbeit.....	19
2	Theoretisch-konzeptioneller Rahmen.....	23
2.1	Einbettung in das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse	24
2.2	Vom Nutzen der Trinitas.....	27
2.3	Die dynamisierte Grammatik des Konflikts.....	29
2.3.1	Internationalisierung des Staates.....	29
2.3.2	Die Rekonstitution von (Internationaler) Hegemonie.....	32
2.3.3	Die Verdichtung zweiter Ordnung.....	34
2.4	Strategisch-relationale Perspektive	39
2.5	Aspekte des Akteurszentrierten Institutionalismus	46
2.6	Moralische Handlungsorientierungen: Zum Verhältnis von Interesse und Moral....	53
3	Zwischenfazit.....	56
4	Methodenerklärung und Kategorienbildung.....	58
5	Der historisch-strukturelle Kontext der AOSIS in der Klimapolitik.....	61
5.1	Umwelt auf der internationalen Ebene; Weltumweltpolitik	66
5.2	Selektivitäten in den UNFCCC-Verhandlungen.....	70
5.2.1	Konjunkturelle Momente der Verhandlungen	74
5.2.2	Selektivitäten der Klimaforschung	80
6	Der politische Kontext und die politische Initiative zur Formierung.....	83
6.1	Konstitutionsprozess: Die Gründungsphase AOSIS	83
6.2	Politische Identität der AOSIS	86
6.2.1	Exkurs: Klimawandel verletzt Menschenrechte	89
6.2.2	Problem-Framing der politischen Identität	90
6.2.2.1	Selektive Partizipationsmöglichkeiten	91
6.2.2.2	Wissensformen und Stigmatisierung.....	93
6.3	Strategien und strategisch-relationale Momente im Handeln der AOSIS.....	94
6.3.1	Ziele	94
6.3.1.1	Legal-bindendes Werk mit Unterstützung über Anpassung, Finanz- und Technologietransfer	96
6.3.1.2	Integration in den CDM.....	97

6.3.2	Argumente.....	99
6.3.2.1	Sicherung ihres Überlebens und besondere Verwundbarkeit.....	99
6.3.2.2	Verursacher- und Vorsorgeprinzip.....	103
6.3.3	Forderungen.....	105
6.3.3.1	Emissionsreduktionen im globalen Norden.....	105
6.3.3.2	Forderungen bezüglich Anpassung und Konkretisierung der Finanzierungsdebatte.....	108
6.3.3.3	Forderungen bezüglich Technologietransfer.....	109
6.4	Arbeitsweise intern.....	110
6.5	Arbeitsweisen extern.....	114
6.5.1	Bündnisstrategien mit Staaten.....	114
6.5.2	Bündnisstrategien mit NGOs.....	115
7	Einfluss der Allianz.....	119
7.1	Einschätzung der besonderen Verwundbarkeit.....	119
7.2	Einfluss in den UNFCCC-Verhandlungen.....	122
7.3	Organisationsvorteile.....	127
7.4	Herausforderungen bezüglich der Kapazitäten.....	129
7.5	Die Trennungslinien: Anpassung, Finanz- und Technologietransfer.....	131
7.5.1	Debatte um Finanzierungsleistungen.....	134
7.5.2	Problematik der Marktmechanismen.....	135
7.6	Begrenztes Gelegenheitsfenster: Tuvalu Proposal.....	136
8	Fazit.....	141
9	Literaturverzeichnis.....	151
10	Anhang.....	159
10.1	Interviewleitfaden.....	159
10.2	Abstract.....	162
10.3	Abstract English.....	163
10.4	Lebenslauf.....	165

Abkürzungsverzeichnis

AI	Akteurszentrierter Institutionalismus
AOSIS	Alliance of Small Island States
CAN	Climate Action Network
CDM	Clean Development Mechanism
COP	Conference of Parties
ET/EH	Emission Trading/ Emissionshandel
GEF	Global Environmental Facility
GNV	Gesellschaftliche Naturverhältnisse
IPCC	International Panel on Climate Change
JI	Joint Implementation
NGO	Nongovernmental Organization
NAPA	National Adaptation Programme of Action
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
SIDS	Small Island Developing States
SRA	Strategisch-Relationaler Ansatz
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environmental Programme
WB	World Bank
WTO	World Trade Organization
WMO	World Meteorological Organization

*“The sea level rise is a product of man.
There are countries that have benefited from polluting the atmosphere.
There are countries that have drawn benefits for their people.
We at the other end of the scale are in fact paying the ultimate price for this.”*

(President Anote Tong, Republic of Kiribati, 2009:
An urgent message from the Pacific Calling Partnership.)

1 Einleitung und Problemaufriss

Der Klimawandel ist ein globales Phänomen, das sich sozio-ökonomisch, politisch sowie ökologisch in die verschiedensten Richtungen auswirkt. Er zählt zu einem der medial hochstilisiertesten Charakteristika der multiplen Krise. Das heißt, er ist weitschichtig, komplex und mit einer Menge anderer Diskussionen, wie dem Näherrücken der Kippunkte natürlicher Systeme durch die Erosion biologischer Vielfalt, der Krise gesellschaftlicher Integration durch soziale Spannungen, der Krise der Repräsentation und Willensbildung und nicht zu vergessen mit der Diskussion um die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, verkettet. Der innere Zusammenhang der vielfältigen Krise liegt in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren unter neoliberalen und imperialen Vorzeichen umgebaut wurde (Brand 2009: 2).

Durch die diversen Krisenmomente sind manche Weltregionen von den Auswirkungen stärker betroffen als andere. Effekte wie Dürren und Ernteaufschläge, Überschwemmungen oder Wetterextreme wirken sich verschärfend auf jene Bevölkerungsgruppen aus, die schon jetzt durch den vorherrschenden Verteilungskonflikt zwischen globalem Norden und Süden¹ unterprivilegiert sind. Einerseits sind viele sogenannte Entwicklungsländer aufgrund ihrer geographischen Lage und den fehlenden finanziellen und technischen Mittel viel stärker vom Klimawandel betroffen, als die meisten industrialisierten Länder.

¹ Globaler Norden und globaler Süden wird hier als politische und nicht geographische Begrifflichkeit verwendet.

Da sich der Klimawandel jedoch global auswirkt, finden ebenso im globalen Norden deutliche klimatische Veränderungen statt. Tendenziell wird letzterem jedoch wegen der vorhandenen finanziellen Mitteln eine bessere Anpassungsfähigkeit zugesprochen, was eine entscheidende Ressource darstellt. Diese Sicherheit fehlt den meisten Ländern des globalen Südens und wird durch die vorher erwähnten Charakteristika der multiplen Krisenhaftigkeit verschärft. Zusätzlich muss mitbedacht werden, dass die historische Verantwortung für den globalen Emissionsausstoß mit ca. 75% bei den industrialisierten Ländern liegt (Marsh: 2007). Innerhalb dieser Arbeit geht es nicht um die Untersuchung vielfältiger Krisendimensionen, sie stellen aber dennoch eine Art zentralen Hintergrund dar. Der Analysefokus liegt auf einer spezifischen Ländergruppe, die als besonders vulnerabel gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels gilt, der Small Island Developing States (SIDS²). Durch den steigenden Meeresspiegel sind die SIDS mit dem Verlust ihrer Territorien konfrontiert. Denn das Abtragen von Landmassen der tiefliegenden und kleinen Inselstaaten führt dazu, dass einige von der Weltkarte ganz verschwinden werden. Aus diesem Grund haben sie ein zentrales Interesse daran, die Auswirkungen des Klimawandels zu beschränken, können aber weder signifikant zu der Eindämmung beitragen, da ihr eigener Treibhausgasausstoß sehr gering ausfällt und wegen der limitierten Kapazitäten auch nur marginal für eine sichere Anpassungsstrategie selbst sorgen.

Um trotz dessen auf sich aufmerksam zu machen, treten jene Staaten im Rahmen der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC), die als Kern des globalen Klimawandelregimes gilt, seit Beginn der Verhandlungen als *Alliance of Small Island States* (AOSIS) auf und bezeichnen sich selbst als ad hoc Lobby und Stimme für die SIDS.

² Die SIDS ist eine Gruppierung aus 22 asiatischen Ländern und der Pazifikregion, 23 lateinamerikanischen und karibischen sowie sechs afrikanischen Ländern (vgl. SIDS: 2003).



Mitglieder und Beobachter der AOSIS (AOSIS 2010a: Homepage Graphik)

Die AOSIS vereint damit 43 Mitgliedstaaten³ (aus Afrika, Asien, Zentral- und Südamerika, Ozeanien und der Karibik), die mit ihrer Gesamtbevölkerung zwar ein Fünftel der UN-Mitglieder repräsentieren und über ein Viertel aller Entwicklungsländer, jedoch nur 5% der gesamten Weltbevölkerung ausmachen, deren Staatsflächen weniger als 1% der weltweiten Landfläche einnimmt und deren GDP (Gross Domestic Product) weniger als 0,01 % des globalen GDP ausmacht (vgl. Betzold 2009: 135). Darüber hinaus sind sie am globalen Emissionsausstoß lediglich mit 0,06%⁴ beteiligt (ebd.). Da eigene Emissionsreduktionen demnach nur marginal etwas bewirken würden, und sie selbst zu wenig finanzielle und technologische Kapazitäten besitzen, um sich entsprechend anpassen zu können, sind sie sowohl bei der Eindämmung, als auch bei der Anpassung an den Klimawandel von anderen, größeren Ländern abhängig.

Von den AOSIS Ländern sind 39 Mitglieder der UNFCCC und des Kyoto Protokolls. Darüber hinaus koalieren sie, weil die AOSIS keine unabhängige Gruppe ist, größtenteils als Mitglieder der G77 (Cook Inseln, Nauru, Niue und Tuvalu sind keine Mitglieder der G77). Die G77 ist seit 1964 die größte intergouvernementale Organisation von sogenannten Entwicklungsländern innerhalb der United Nations und stellt zu diesem

³ Mitglieder: Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Kap Verde, Komoren, Cook Inseln, Kuba, Dominica, Dominikanische Republik, Föderierte Staaten von Mikronesien, Fiji, Grenada, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Jamaika, Kiribati, Malediven, Marshall Inseln, Mauritius, Nauru, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Samoa, Sao Tome und Principe, Seychellen, Singapur, Salomoninseln, Suriname, Osttimor, Tonga, Trinidad und Tobago, Tuvalu und Vanuatu; Beobachter: Amerikanisch Samoa, Guam, Niederländischen Atilen und Jungferninseln (U.S.); Malta und Zypern haben im Rahmen ihres EU-Beitritts die Allianz verlassen.

⁴ Vergleichsweise haben manche der Inselstaaten wie Kuba, die Dominikanische Republik, Trinidad und Tobago, und Singapur hohe Emissionen.

Zweck Mittel für jene Ländergruppe bereit, um ihre kollektiven ökonomischen Interessen sowie ihre Verhandlungskapazität zu fördern (The Group of G77 2010: Homepage).

Die AOSIS gilt in den Klimaverhandlungen als sehr ambitionierter Akteur – die eifrigsten Mahner – da sie beispielsweise die ersten waren, die während der Kyoto Verhandlungen eine Emissionsreduktion um 20% zu 1990 bis 2005 forderten. In der Literatur wird die Allianz folgendermaßen gefasst:

„Die moralische Instanz der Klimaverhandlungen sind neben den indigenen Bevölkerungsgruppen die AOSIS-Staaten (Alliance of Small Island States). Letztere sind direkt und existentiell von den Folgen des Klimawandels betroffen, nämlich von einem Anstieg des Meeresspiegels. Allerdings haben sie nur die Möglichkeit mittels der Kraft von moralischen Appellen, über den Weg der Öffentlichkeit einen Einfluss auf die Klimapolitik zu nehmen. Einen [sic!] schwerwiegendes Gewicht bei der Aushandlung von klimapolitischen Zielen und Instrumenten haben sie hingegen kaum.“ (Missbach 1999; zitiert nach Brunnengräber 2008: 101)

Die Arena, die AOSIS ausgewählt hat, um ihre Interessen durchzusetzen - die internationale Klimapolitik - ist komplex, wird immer unübersichtlicher und ist von verschiedenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt. Das Terrain der internationalen Verhandlungssysteme ist vorwiegend von COPs (Conference of the Parties) und MOPs (Members of the Parties) geprägt, deren TeilnehmerInnen immer heterogener werden. Neben den Vertragsstaaten, die von den Regierungsdelegationen repräsentiert werden, versuchen auch NGOs oder privatwirtschaftliche Lobbyverbände ihre Interessen einzubringen. Mit den Mechanismen für Emissionshandel kamen auch viele „neue“ Akteure aus dem Finanzsektor dazu. Die Entstehung eines neuen Markfeldes, in dem um die profitabelsten Wege zum Klimaschutz gehandelt wird, boomt. Die Regulation des Klimawandels findet unter der breiten Beteiligung unterschiedlicher Interessensgruppen statt, denen verschiedene Kompetenzen, Ressourcen und Entscheidungspotentiale zugeschrieben werden. Durch den internen Zusammenhang der multiplen Krise – die fossilistisch-kapitalistische Produktionsweise - wurden auch jene politischen und gesellschaftlichen Institutionen verändert, um die neoliberal-imperiale Ordnung abzusichern. Da im Zuge dieser Arbeit von einer Internationalisierung des Staates ausgegangen wird, müssen die Tendenzen, die mit der Verlagerung von Kompetenzen auf die internationale Handlungsebene einhergehen, miteinbezogen werden. Diese Verlagerung verläuft aber nicht konfliktfrei.

Da die Beschaffenheit eines Konfliktgegenstands schließlich die Art seiner Bearbeitung präjudiziert (Brunnengräber 2009: 36), muss zunächst der Ausgangspunkt der Konflikte dargestellt werden. Die Grundlage ist das Phänomen des Klimawandels, um genauer zu sein die Verschärfung des Treibhauseffekts durch anthropogenes Mitwirken sowie die Erkenntnis, dass sich der natürliche Treibhauseffekt verstärkt und dass dies im Durchschnitt zu einer zusätzlichen Erwärmung der Erdoberfläche und der Atmosphäre führen wird und sich auf die natürlichen Ökosysteme und auf die Gesundheit und das Wohlergehen des Menschen nachteilig auswirken kann (UN: 1994)⁵. Das bisher umfassendste Programm für die Koordination der weltweiten Klimabeobachtung und Erforschung - das Weltklimaprogramm der WMO und des United Nations Environmental Programms - trug dazu bei, bis Mitte der 80er Jahre einen breiten wissenschaftlichen Konsens für die Erwärmungsthese zu sichern (Missbach 1999:132).

Das Verhandlungssystem der internationalen Klimapolitik war jedoch, so der Ausgangspunkt dieser Arbeit, schon von Anfang an eine konfliktive Arena, in der verschiedene politische Projekte aufeinanderprallen. Klimapolitik wird daher als zentraler Verteilungskonflikt um Senkenkapazität, Externalisierungsräume und damit Industrialisierungschancen gesehen, womit klar wird, dass das Feld der Konflikte schon von dem ersten Verhandlungstag strukturiert war (vgl. Missbach 1999: 56). Die Umweltverhandlungen der 90er Jahre müssen in die Nord-Südkonflikte eingeschrieben analysiert werden, da sie in einer direkten Nachfolge der Entwicklungsverhandlungen der 70er Jahre stehen. Offene Handelsfragen und Divergenzen dominieren diesen Konflikt. Problematisch dabei ist, dass die Etablierung von internationalen Organisationen wie IWF, WB, GATT (heute WTO, eig.Anm.) zur Regulation der Weltwirtschaft zwar ein wachstumsförderndes Umfeld für die meisten Industrieländer schaffte, im System des semi-free-trade die Anliegen des Südens jedoch nicht berücksichtigt wurden (vgl. Missbach 1999: 61). Die Grundproblematik ergibt sich also aus der dominanten Thematisierung der ökologischen Krise in „nördlichen“ Ländern, welche jene als Umweltproblem mit stark technischer Lösungsperspektive ansehen, wodurch Strategien der „ökologischen Modernisierung“ privilegiert werden (vgl. Brand/Görg 2003: 46). Die

⁵ Schon bei der ersten Weltklimakonferenz der WMO 1979 hieß es: „(W)e can say with some confidence that the burning of fossil fuels, deforestation, and changes of land use have increased the amount of carbon dioxide in the atmosphere (...) and it appears plausible that (this) can contribute to a gradual warming of the lower atmosphere, especially at high latitudes (WMO 1979: 714; zitiert nach Missbach 1999: 133).

Tatsache, dass es sich gleichzeitig um ein Ressourcenproblem und um Verteilungskonflikte handelt, wird unterschätzt.

Die Hauptkenntnisse über die wissenschaftlichen Grundlagen, Auswirkungen, Anpassung, Verwundbarkeiten sowie diversen Maßnahmen zur Verminderung des Klimawandels stammen von dem international anerkannten Expertengremium des *International Panel on Climate Change* (IPCC). Das IPCC wurde 1988 von der *Weltorganisation für Meteorologie* (WMO) und dem *Umweltprogramm der Vereinten Nationen* (UNEP) gegründet. Die oben angeführte Grundlage des Phänomens ist im Rahmen der Weltgemeinschaft zwar mittlerweile größtenteils zum Konsens geworden. Die Frage der Maßnahmensetzung sollte einerseits zwar als ein höchst diffuses Interessensgebiet angesehen werden, andererseits findet eine Verallgemeinerung von Sichtweisen und Interessen statt, die - wie im Laufe dieser Arbeit noch deutlich werden wird - zum Nachteil der AOSIS ausfällt.

Die vielschichtigen konfliktiven Ausgangspunkte machen deutlich, dass es sich nicht nur um ein globales Umweltproblem sondern um ein breiter angelegtes Konfliktfeld handelt. Aus diesem Grund wird hier von einer umfassenden Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse (siehe Kapitel 2.1.) ausgegangen, wobei die Inwertsetzung von Natur eine überproportionale Rolle eingenommen hat. Der dominante Diskurs über den Klimawandel akzeptiert jene Annahme nicht. Tatsächlich wirken die Effekte des Klimawandels aber in den verschiedensten sozialen, politischen und ökonomischen Kontexten und genau diese müssen in eine Analyse miteinbezogen werden.

Wie schon erwähnt vereint die AOSIS eine Ländergruppe, die als besonders vulnerabel gilt, der innerhalb der Verhandlungen jedoch keine schwerwiegende Rolle zugeschrieben wird. Trotzdem hat sie den Ruf einer moralischen Instanz erlangt. Der Weg, wie die AOSIS zu dieser Instanz geworden ist und nun versucht, sich im Rahmen der Verhandlungen stärker zu machen, steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Ziel soll es sein, die Gründe zur Konstituierung der Allianz, deren Verhandlungspotential und Durchsetzungsvermögen/Handlungsfähigkeit im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen zu analysieren.

1.1 Fragestellungen und Hypothesengenerierung

Es wird von zwei Frageblöcken ausgegangen, die innerhalb der Analyse jedoch nicht als völlig gesonderte Instanzen betrachtet werden, sondern als ineinandergreifende sowie offene Interessensgebiete. Die Fragen des ersten Blocks werden in den spezifischen Handlungsrahmen eingebettet gedacht. Es wird analysiert, warum die AOSIS die Klimarahmenkonvention als Forderungsrahmen ausgewählt haben und in welche Dimensionen bzw. Asymmetrien diese vor allem in Bezug auf die AOSIS eingebettet ist. Zunächst stehen der Konstituierungsprozess und dessen Charakteristika im Mittelpunkt der Analyse. Da die AOSIS bereits seit 20 Jahren besteht, muss die Zeittafel eingeschränkt werden. Der Fokus wird auf deren Gründung im Jahre 1990, bevor sogar die UNFCCC (1994) in Kraft tritt, liegen. Dementsprechend wird die erste COP bzw. der erste Breakthrough in Berlin (Berlin Mandate im Jahre 1995) weitergehend für Kyoto analysiert und als dritter Fokus die COP15 in Kopenhagen (z.B. die AOSIS *Climate Change Declaration 2009*) behandelt.

Als Hypothesen für den ersten Block dienen folgende Annahmen:

- Die Konvention ist als medienträchtiges Forum der internationalen Umweltpolitik insofern passend, als dass die AOSIS durch die Nutzung jener Arena innerhalb der internationalen Sphäre am ehesten auf sich aufmerksam machen kann. Es ist verständlich, dass die AOSIS den Kern des globalen Klimawandelregimes, eben die UNFCCC (& Kyoto) auswählt, um ihre Interessen zu adressieren. Da, so eine dominante Annahme, innerhalb jenes Kerns am ehesten *principles, norms, rules and decision-making procedures* zustande kommen, welche die Interaktionen zwischen den Mitgliedern der internationalen Community bezüglich dieses Issues regeln (Betsill 2005: 107). Diese Annahme soll nun aber nicht, wie in der Regimetheorie fälschlicherweise angenommen wird, eine prinzipiell erfolgreiche internationale Kollaboration als Voraussetzung definieren, wobei es lediglich darum geht, wann letztere eintreten wird. Der Ausgang der hier zu untersuchenden Prozesse bleibt offen. Die Konflikte um die Prozesse stehen hingegen im Zentrum.

- Wie die meisten sogenannten Entwicklungsländer verwendet die AOSIS die UNFCCC als Forum, in dem sie versuchen weitere nachhaltige Entwicklung (durch finanzielle Unterstützung, Technologietransfer und Adaption) zu sichern, um jetzige und zukünftige Verbindlichkeiten/Verpflichtungen des Regimes erfüllen zu können (NAPAs). Im Mittelpunkt steht dabei für die AOSIS die Sicherung von Territorien. Ihr Hauptargument ist hierbei, dass die sog. Industrieländer ihre historische Verantwortung (Verursacherprinzip) im Sinne von Kompensation zur Eindämmung und Anpassung ernst nehmen müssen, da die Länder des globalen Nordens sozio-ökonomisch und politisch von der Umweltzerstörung nach wie vor profitieren und die beabsichtigten Lösungsansätze eine größere Last und Kosten für den globalen Süden bedeuten. Diese Last entsteht durch die *adopting policies to mitigate global warming*, insofern handelt es sich um politische sowie ökonomische Kosten. Politisch in dem Sinne, als dass der versprochenen wohlhabende Lebensstil nicht mehr möglich ist. Die Nicht-Generalisierbarkeit des nördlichen Entwicklungsmodells (fossilistischen Industrialisierung) wird im Falle des Treibhausgasausstosses am deutlichsten (Missbach 1999: 11). Ökonomisch insofern, als dass eine alternative Technologiewende verfolgt wird (Linnér/ Jacob 2005: 410). Daher sprechen einige von einer doppelten Belastung für den globalen Süden, der auch mehr von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist.

- Da innerhalb der Konvention jedoch bestimmte strategische Selektivitäten vorherrschen, welche seit der Gründung auf einer Nord-Süd Asymmetrie basieren, die zugunsten einzelner Player ausgelegt ist, bleibt es fraglich, ob die UNFCCC wirklich das passende Forum ist, die Interessen der AOSIS zu vertreten bzw. sich für diese stark zu machen. Tendenziell wird die AOSIS auf internationalem Terrain eher in den Hintergrund gedrängt, wenn es um relevante Entscheidungen geht, vor allem in den heißen Verhandlungsphasen, wo Ergebnisse oft das Resultat von Verhandlungen hinter verschlossenen Türen einzelner mächtiger Staatenvertreter sind. Entscheidend ist hierbei ein Sammelsurium von negativen Konditionen, wie die fehlende Kapazität (personell, finanziell); mangelndes wissenschaftliches know-how; nicht wirklich bedeutende und eher kleinere

Wirtschaftssysteme der AOSIS Länder (die für externe Schocks sehr angreifbar sind), welche zu einer Verschiebung in den Hintergrund beitragen etc.

Der zweite Fragenblock befasst sich mit dem Einfluss und den Machtaspekten der AOSIS erstens als Block und zweitens im Block. Der Fokus wird auf die Homogenität und Heterogenität bzw. der Innen- und Außendimension der Allianz gelegt. Folglich muss danach gefragt werden, wie die AOSIS zu einer moralischen Instanz wurde und wie sie versucht sich als solche im Rahmen der UNFCCC stärker zu machen. Es geht um die Handlungsfähigkeit der AOSIS als kollektiver Akteur. Aus diesem Grund liegt der Analyseschwerpunkt auf den Fragen, was sie bereits erreicht haben, was sie erreichen wollen, warum sie jene Ziele haben und was jene wiederum für sie selbst und beispielsweise für sog. Industrieländer sowie andere Akteure bedeuten. Genauer gesagt, soll der Einfluss als Block innerhalb verschiedener Scales untersucht werden. Der Fokus liegt hierbei auf den Dominanz- und Kräfteverhältnissen, die den Block prägen, sowie auf dominanten Staatsinteressen und nicht zu vergessen auf der Frage, ob die AOSIS als legitimer Vertreter der am meist verwundbaren kleinen Inselstaaten angesehen werden kann.

Die Hypothesen für den zweiten Block sind folglich:

- Obwohl eine prinzipielle Zurückdrängung durch die oben erwähnten negativen Konditionen vorherrscht, muss der Einfluss, den die AOSIS seit ihrer Gründung hat bzw. hatte, analysiert werden. Vor allem 1995 sowie auf der COP15 trat sie verstärkt und mit gebündelten Interessen und Zielen auf. Warum genau jene Zeitpunkte auch Hochphasen der AOSIS waren, ist aber tendenziell aus der Dramatik bzw. Arbeitsintensität, die fast alle Delegationen zu diesem Zeitpunkt in die Verhandlungen steckten bzw. dem inszenierten Katastrophismus-Szenarios rund um Kopenhagen, zu sehen. Die Regierungen der Entwicklungsländer formulierten ausgehend von der ersten internationalen Klimakonferenz 1995 in Berlin die Forderungen nach strukturellen Reformen der Weltwirtschaftsbeziehungen, einem Recht auf Entwicklung, einer weitreichenden Entschuldung sowie der Anerkennung der Atmosphäre als ein gemeinsames öffentliches Gut (Dietz/ Brunnengräber 2008: 408). Klimawandel wurde im Kontext globaler sozialer Rechte verortet. Eine Problembeschreibung des

Klimawandels als eine Frage sozial-ökologischer Gerechtigkeit und struktureller Verteilungskonflikte zwischen Norden und Süden hatte jedoch keine Chance, etabliert zu werden (ebd.: 409). Vorherrschend innerhalb des Diskurses ist eine Konkurrenzperspektive, wobei vorrangig Wirtschaftswachstum (nachhaltige Entwicklung) im Sinne von Effizienzsteigerung als Allheilmittel für die ökologische Krise gesehen wird. Die Arena der globalen Anpassung ist der globale Süden.

- Eingebettet in dieses Dilemma lässt sich die mangelnde Durchsetzung der Interessen der AOSIS unter anderem auf strukturelle Macht (hegemonialen Verfasstheit des Verhandlungsterrains UNFCCC) - und Wissensungleichheiten (u.a. IPCC) zurückführen. Die Interessen der AOSIS scheinen für die konkurrierenden Wirtschaftsmächte der sogenannten Industrieländer sowie der aufstrebenden Mächte des globalen Südens nicht tragbar zu sein, deshalb werden und wurden diese Länder systematisch in den Hintergrund geräumt.
- Das Argument einer negativen Art von Macht der Entwicklungsländer (Missbach 1999: 16) muss hierbei mitbedacht werden, insofern eine größere Kollaboration wie durch die AOSIS nicht explizit mit einem größerer Spielraum im Gesamtkontext oder einem größeren Verhandlungsgewicht einhergeht. Viel mehr geht es um eine Art der Anpassungspolitik, die durch die Auswirkungen des Klimawandels unumgänglich ist.
- Mitgrund, warum die AOSIS über den Einfluss einer moralischen Instanz nicht hinaus kommt, ist, dass die AOSIS zwar mit anderen Gruppierungen Allianzen schließt, prinzipiell jedoch innerhalb der Gruppe der LDCs und nicht der G77 auftritt. Innerhalb der G77 gibt es sogar Länderpositionen, die kontrovers zu den Interessen der AOSIS stehen, was v.a. in Kopenhagen sichtbar wurde und der G77 sogar ein Auseinanderbrechen nachgesagt wurde. Prinzipiell ist der globale Süden aber immer schon ein heterogener Block gewesen, dem ebenfalls strategische Selektivitäten zugunsten einiger weniger eingeschrieben sind. Die AOSIS Länder sind (u.a. wirtschaftlich) nicht einflussreich genug um ihre Interessen stärker

innerhalb der G77 durchzusetzen und somit vermehrt Druck auf die sogenannten Industrieländer, den Verursachern, zu machen.

- Zusätzlich müssen jene Allianzen mitgedacht werden, die mit zivilgesellschaftlichen Organisationen geschlossen wurde. In den letzten Jahren hat hier eine stärkere Vernetzung stattgefunden, wodurch die AOSIS in ihren Forderungen unterstützt wurde. Der Einfluss von NGOs verschiebt womöglich auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der UNFCCC, denn wo in den 70er Jahren noch ausschließlich Regierungsdelegationen miteinander verhandelten, dominierten vor allem zu Beginn der Kopenhagen-Verhandlungen NGO VertreterInnen das Konferenzgebäude. Wenn gleich in der Literatur davon ausgegangen wird, dass die AOSIS über den Weg der Öffentlichkeit Einfluss auf die Klimapolitik nehmen könnte, muss der Bündnispolitik der Allianz spezielle Beachtung gebühren. Das Postulat „AOSIS als Stimme für die Zivilgesellschaft“ muss jedoch insofern relativiert werden, als dass AOSIS RepräsentantInnen noch immer vorrangig RegierungsvertreterInnen der jeweiligen Länder sind und per se keine direkten Vertreter der Zivilgesellschaft sind.

1.2 Gliederung der Arbeit

Anfangs wird im Kapitel 2 ein theoretisch-konzeptioneller Rahmen für das Themengebiet entwickelt. Die Analyseinstrumentarien bilden zunächst im Kapitel 2.1 relevante Spezifika des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (GNV), wodurch die sozial-ökologische Krise fassbarer gemacht wird. Weiters wird über Kapitel 2.2 erläutert, warum es sich dabei um eine institutionelle Krise der fordistischen Regulationsweise handelt. Der Fokus liegt auf der Krise eines bestimmten institutionellen Musters, in der die Strategie der Naturbeherrschung institutionell verkörpert war. Im Kapitel 2.3 geht es deshalb um die dynamisierte Grammatik des Konflikts, wobei der gesellschaftliche Kontext der ökologischen Krise zentral ist. Über das Konzept der Internationalisierung des Staates (IdS) wird im Kapitel 2.3.1 die Durchsetzung einer neoliberalen Globalisierungsstrategie, sowie in Ansätzen die Auswirkungen jener auf die AOSIS,

erklärt. Der Begriff der (Internationalen) Hegemonie erfährt über Kapitel 2.3.2 seine Relevanz für diese Arbeit, woran anschließend die aus dem Internationalisierungsprozess entstehenden multiskalaren Prozesse im Kapitel 2.3.3 über den Begriff der Verdichtung zweiter Ordnung zusammengeführt werden. Innerhalb der Ausführungen zum strategisch-relationalen Ansatz (SRA) von Bob Jessop wird im Kapitel 2.4 deutlich, dass Staatsmacht eine komplexe soziale Beziehung ist. Daraus folgt, dass es bei einer Machtanalyse immer um eine Analyse von Organisationen, Rechnungsarten, Ressourcen, Strategien, Taktiken der verschiedenen Akteure und den Beziehungen eben dieser geht. Die Entwicklung des für diese Arbeit wohl zentralsten Begriffs, der strategischen Selektivität, wird charakterisiert. Im Kapitel 2.5 wird der Analysefokus wieder ein wenig enger gespannt, indem bei den Ausführungen über den Akteurszentrierten Institutionalismus (AI) die Ebene des politischen Entscheidungsprozesses in den Mittelpunkt rückt. Die Organisationsvorteile korporativer Akteure werden theoretisch gerahmt und relevante Kategorien, wie die der politischen Identität eines Akteurs, für die Analyse fassbarer gemacht. Da die AOSIS den Ruf einer moralischen Instanz hat, wird im Kapitel 2.6 der Begriff der Moral im Verhältnis zum Interessensbegriff diskutiert, wobei politiktheoretische Kritik am Moralbegriff zentral erscheint. Das im Kapitel 3 anschließende Fazit macht den Mehrwert des Theorienpluralismus deutlich und liefert relevante Folgerungen für die weitere Analyse.

Im Kapitel 4 wird die Methodik der Arbeitsweise beschrieben. Die im Rahmen dieser Arbeit getätigten qualitativen ExpertInneninterviews (COP1-COP11) wurden bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC, die vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen stattfand, von der Autorin getätigt.

Anschließend befasst sich Kapitel 5 mit dem historisch-strukturellen Kontext der AOSIS, genauer gesagt mit dem spezifischen Handlungsrahmen, in dem die AOSIS eingebettet ist, seinen eingeschriebenen Selektivitäten und daraus entstehenden Herausforderungen für die Allianz. Im Kapitel 5.1 wird der Fokus auf die Umweltverhandlungen, spezifisch die Auswirkungen des vorher diskutierten Kontexts im Rahmen der sogenannten Weltumweltpolitik, gelegt. Kapitel 5.2 beschäftigt sich mit den strategischen Selektivitäten, die dem Terrain der UNFCCC eingeschrieben sind, welche durch eine Analyse der Konvention und im Kapitel 5.2.1 durch die Analyse des Verhandlungsverlaufes sichtbar werden. Anschließend widmet sich Kapitel 5.2.2 den spezifischen Selektivitäten, welche der Klimaforschung inhärent sind. Diese Diskussion

erscheint relevant, da konkurrierende Strategien innerhalb des Rahmens, worin die AOSIS versuchen ihre Interessen zu vertreten, stark mit spezifischen Wissensformen verknüpft sind.

Im Anschluss stehen im Kapitel 6 der politische Kontext und die politische Initiative zur Formierung der Allianz, konkret die Dominanz- und Kräfteverhältnisse innerhalb und um den Akteur im Mittelpunkt. Zunächst wird im Kapitel 6.1 die Gründungsphase des Konstituierungsprozesses gerahmt, woran anschließend im Kapitel 6.2 relevante Grundcharakteristika der politischen Identität der AOSIS diskutiert werden. Kapitel 6.2.1 befasst sich mit einer Analyse der für die Identität grundlegenden moralischen Werte der Allianz, konkret wie der Klimawandel Menschenrechte verletzt. Im Kapitel 6.2.2 werden dann die Werte der politischen Identität kritisch diskutiert, wobei die Selektivitäten, die der Allianz selbst sowie über die UNFCCC eingeschrieben sind, zentral erscheinen. Kapitel 6.3 widmet sich spezifisch in 6.3.1 den Zielen, in 6.3.2 den Argumenten und in 6.3.3 den Forderungen, die den Strategien der AOSIS eingeschrieben sind. Der Fokus liegt dabei auf der Argumentation, die die AOSIS in Bezug auf die Sicherung ihres Überlebens, konkret dem Begriff der besonderen Verwundbarkeit sowie dem Verursacher- und Vorsorgeprinzip, mit dem sie für ihre wichtigste Forderung, der Emissionsreduktion im globalen Norden, argumentieren. Daran anschließend werden die internen Arbeitsweisen der Allianz im Kapitel 6.4 sowie die externen Arbeitsweisen, konkret die Bündnisstrategien im Kapitel 6.5, diskutiert. Allianzschließungen mit anderen Staaten und innerhalb der G77 sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und das Agieren des Akteurs innerhalb und mit jenen stellen demnach eine bedeutende strategische Ressource dar.

Kapitel 7 diskutiert das Durchsetzungsvermögen der Allianz und bezieht sich dementsprechend nochmals im Kapitel 7.1. auf den Begriff der besonderen Verwundbarkeit sowie im Kapitel 7.2 auf den Einfluss der Allianz innerhalb der UNFCCC-Verhandlungen. Kapitel 7.3 konkretisiert das Handlungsvermögen der Allianz in Bezug auf deren Organisationsvorteile. Kapitel 7.4 macht die Herausforderungen bezüglich der Kapazitäten der Allianz deutlich, welche sich vor allem über die Trennungslinien innerhalb der Verhandlungen – Anpassung, Finanz- und Technologietransfer im Kapitel 7.5 – verdeutlichen. Kapitel 7.6 schildert abschließend ein

Fallbeispiel aus den COP15 Verhandlungen, welches die Grenzen der Allianz in Bezug auf ihr Durchsetzungsvermögen präzisiert.

Im Kapitel 8 werden dann die relevantesten Ergebnisse dieser Arbeit nochmals auf die aus dem theoretisch-konzeptionellen Rahmen entwickelten Kategorien rückbezogen und zusammenfassend interpretiert.

2 Theoretisch-konzeptioneller Rahmen

Um einen Akteur analysieren zu können ist das Verständnis der Kräfteverhältnisse, in die er eingebettet ist, von enormer Relevanz. Der strukturelle Kontext, genauso wie der Akteur selbst, konstituiert sich jedoch aus einem komplexen Verhältnis und Zusammenspiel diverser Faktoren. Um jene wissenschaftlich analysieren zu können, ist ein theoretischer Rahmen notwendig. Diesen Rahmen sollen zunächst Erkenntnisse aus dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse sowie der Internationalisierung des Staates (IdS) vor allem durch Publikationen von Ulrich Brand und Christoph Görg bieten. Darauf folgend wird der strategisch-relationale Ansatz von Bob Jessop sowie der Ansatz des Akteurszentrierten Institutionalismus (AI) von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf für die Analyse abgebildet. Dabei werden jene Ansätze nun nicht erschöpfend diskutiert, sondern für die spezifische Analyse formbar gemacht. Im Zuge der Theoriendebatte wird folgende Leitfrage im Auge behalten: Welche Bearbeitungsstrategien sehen die spezifischen Ansätze für die vorherrschenden Konflikte vor und was bedeuten jene für die AOSIS? Dies erscheint sinnvoll, da sich vor allem der AI von den anderen Zugängen durch die Annahme einer prinzipiellen Steuerungsfähigkeit unterscheidet. Die restlichen Ansätze stellen hingegen eher eine Kritik am Regimeverständnis dar. Anstatt Steuerung und isolierte Politikfelder (Regime) in den Mittelpunkt zu stellen, wird auch die politische Ökonomie im Ansatz der IdS, Hegemonie, Inwertsetzung und schließlich über eine strategisch-relationale Perspektive eben die dynamisierte „Grammatik“ des Konflikts ins Zentrum gesetzt. Trotzdem sich jene Perspektiven stark vermittelt in die UNFCCC einschreiben und ebenso die Handlungsmöglichkeiten der AOSIS entscheidend bestimmen, geht es in dieser Arbeit um eine Akteursanalyse. Durch die Erkenntnisse aus dem AI wird sozusagen wieder ein Schritt zurück gemacht, um einen kleineren Fokus auf die Ebene des politischen Entscheidungsprozesses zu setzen. Notwendig erscheinen auch angesichts der erwähnten Bezeichnung der Allianz als „moralische Instanz“ die Erläuterungen über moralische Handlungsorientierungen, genauer gesagt das Verhältnis von Interesse und Moral in der Politik. Das Fazit soll schließlich den Mehrwert des Theorienpluralismus deutlich machen und relevante Folgerungen für weitere Kapitel liefern.

2.1 Einbettung in das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse, welches primär durch die Arbeiten von Christoph Görg und Ulrich Brand rezipiert wurde, setzt sich vor allem mit der Erforschung der sozial-ökologischen Krise auseinander. Der Klimawandel ist demnach kein per se klar definiertes Umweltproblem sondern umfasst eine Vielzahl von komplexen Wechselwirkungen und Unsicherheiten zwischen Natur und Gesellschaft. Natur und Gesellschaft werden demnach im gegenseitigen Verhältnis zueinander stehend untersucht, vor allem um die Vergesellschaftung der Natur sowie die implizierten Inwertsetzungsstrategien⁶ zu analysieren (Brand/Görg 2003). Voraussetzungsvoll ist die Erkenntnis, dass der Prozess der Moderne auf einem Anwachsen der Naturbeherrschung beruht, welche aber nicht zu einem Mehr an Kontrolle führt, sondern in die Destruktion der Natur und in immer größere Abhängigkeiten von den Folge- und Nebenwirkungen der Naturbeherrschung zurückschlägt (vgl. Brand/Görg 2003: 17). Die Gestaltung der Naturverhältnisse tendiert zu einer verstärkten Kommerzialisierung, wobei andere Formen der Gestaltung marginalisiert werden und Natur auf ihren ökonomischen Wert reduziert wird d.h. den Praktiken der Vermarktung subsumiert wird (vgl. Brand/Görg 2003: 20). In Bezug auf die AOSIS bedeuten diese Erkenntnisse, dass sich die Untersuchung jenen komplexen Wechselwirkungen öffnen muss. Es muss analysiert werden, wie der Prozess der Inwertsetzung innerhalb der Gruppe selbst sowie in ihrem Kontext, der ihre Entscheidungen ebenfalls gestaltet, ja womöglich sogar vorbestimmt, wirkt. Der Umgang mit dieser Gestaltung ist vor allem im Rahmen der Klimarahmenkonvention von enormer Relevanz, da jene wie schon Anfangs kurz angedeutet, Marktmechanismen im Sinne des Umweltschutzes immer mehr propagiert. Die weiteren Erläuterungen zum Konzept der GNV helfen die Gründe der Bevorzugung jener Mechanismen verständlicher zu machen.

⁶ Den Prozess der Inwertsetzung unterscheidet Altvater (1991, 320ff.; zitiert nach Brand 2000: 133) in vier Phasen: die Identifikation der nutzbaren Ressourcen, ihre Isolierung aus dem umgebenden Ökosystem, denen dann die Kommodifizierung (Verwandlung in eine Ware) und schließlich die Monetarisierung folgen können. Es werden also die Spezifika gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Kapitalismus gefasst.

Der Klimawandel wird im Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als sozial-ökologisches Krisenphänomen beschrieben (Brunnengräber 2008: 50). Die dialektische Betrachtung von Gesellschaft und Natur und eben auch der ökologischen Krise der gesellschaftlichen Entwicklung soll helfen die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als eine umfassende zu verstehen.

Bezüglich des zu untersuchenden Feldes stellt sich nun die Frage, wie die AOSIS versucht die Problemlage bezüglich der multiplen Krisenhaftigkeit zu fassen und zu analysieren, wie sich die Allianz in diesem dialektischen Verhältnis durch die Vertretung ihrer Interessen positioniert bzw. positioniert wird. Die Vermittlungsmechanismen oder Praxen, die das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur prägen, stehen dabei im Mittelpunkt. Durch den Regulationsbegriff wird innerhalb des Konzepts die Widersprüchlichkeit sozialer Verhältnisse ins Zentrum gestellt, genauer gefasst die Widersprüchlichkeit von kapitalistischer Produktionsweise und der Reproduktion der materiell-stofflichen das heißt der natürlichen Lebensgrundlagen (vgl. Brand 2000: 139f.). Die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse geschieht in Institutionen und mittels Normen und Wertvorstellungen, in denen die Widersprüchlichkeit über einen bestimmten Zeitraum hinweg prozessierbar wird (Brand 2000: 142). Ziel ist es, die Gestaltung jener Institutionen, Regeln und Normen, die die Mensch-Umwelt-Beziehung sprachlich-symbolisch, politisch und physisch materiell konstruieren, zu analysieren.

Das Konzept berücksichtigt demnach gesellschaftliche Querschnittsbereiche, die von einer komplexen Krisendynamik tangiert sind (Brunnengräber 2008: 50). Das Terrain der gesellschaftlichen Naturverhältnisse kennzeichnet demnach eine multiple Krisenhaftigkeit, die einen komplexeren Zugang wählt als bestehende Mechanismen wie z.B. das System des Emissionshandels. Was als Krise definiert wird, ist demnach ein entscheidendes Element der Perzeption des Klimawandels. Die Frage, wie denn die verschiedenen institutionellen Muster in einer historischen Konstellation zusammenwirken und welche Dominanzen dabei zu berücksichtigen sind (Görg 2003: 131), kann helfen den vielfältigen Zusammenhängen gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf den Grund zu gehen. Dieser Facettenreichtum wird in der Literatur auch als „*Pluralität der Naturverhältnisse*“ (vgl. Görg 2003: 184, Herv.i.O.; zitiert nach Brunnengräber 2008: 51) genannt. Vor allem unter kapitalistischen Konditionen sind jene Beziehungen durch dominante Charakteristika überformt (vgl. Brand/ Görg 2008: 28).

Innerhalb dieser Arbeit wird auf den Bereich der Gesellschaft vereinfacht auf die Nord-Süd Asymmetrien innerhalb der UNFCCC - im speziellen, wie jene auf die AOSIS wirken, aber auch wie die AOSIS auf jene wirkt - eingegangen. Schon die Auswahl des spezifischen Akteurs macht klar, dass eine Unterscheidung in Nord-Süd Achsen zu kurz greift, denn die Interessen des globalen Südens sind ebenso wie die des globalen Nordens höchst heterogen. Die von der G77, als Interessenvertretung des globalen Südens in den Klimaverhandlungen, thematisierten gemeinsame Problematiken legen es jedoch nahe, sie als besondere Gruppe innerhalb der politischen Weltökonomie zu kennzeichnen (vgl. Missbach 1999: 17f.). Von Beginn an waren die Klimaverhandlungen von spezifischen Nord-Süd Zuschreibungen charakterisiert, da der globale Emissionsausstoß mit ca. 75% auf industrialisierten Ländern zurückzuführen ist und der globale Süden aufgrund dessen einer doppelten Belastung ausgesetzt ist.

Gesellschaft wird hier mit Natur als ineinandergreifend verstanden. Damit wird die Diskussion in eine Richtung gelenkt, die die fundamentalen Gründe der sozioökonomischen Prozesse, die Natur transformieren, nicht ausgespart. Eine rein technokratische Diskussion wird damit umgangen, ebenso eine, die Natur ausschließlich als Ressource versteht. Innerhalb des Konzepts stellt Natur nicht nur die materiell-stoffliche Basis kapitalistischer Produktion und Reproduktion dar, sondern erhält durch die „nützliche“ Verbrennung fossiler Brennstoffe und die „schädliche“ Erzeugung der Treibhausgase ihre gesellschaftliche sowie soziale Bedeutung (vgl. Altvater 2006; zitiert nach Brunnengräber 2008: 51). Demzufolge sind Natur und Gesellschaft nicht abseits voneinander zu denken, da erstere sozialisiert wurde - theoretisch, praktisch sowie politisch (vgl. Castree 2001). Das Konzept der GNV hat demnach drei zentrale theoretische Momente: Die Vorstellung eines unaufhebbaren Zusammenhangs von Natur und Gesellschaft, die Behauptung einer Differenz zwischen ihnen sowie die These der historischen Konstitution dieser Differenz (Brand 2000: 140). Die Entwicklung jener Annahmen bedarf jedoch einer Rekonstruktion einiger Grundcharakteristika des in der Einleitung geschilderten Konflikts. Aus diesem Grund werden im folgenden Kapitel der Zusammenhang von Kapitalismus, fossilen Energieträgern und industrieller Zweckmittel-Rationalität ausgeführt.

2.2 Vom Nutzen der Trinitas

Elmar Altvater geht davon aus, dass der Kapitalismus⁷ nicht von Anfang an, aber unweigerlich fossilistisch wird (vgl. Altvater 2006: 73). Die Trinitas von Kapitalismus, fossilen Energieträgern und industrieller Zweck-Mittel-Rationalität bewirkt eine menschengeschichtliche einmalige Beschleunigung aller ökonomischen und sozialen Prozesse und damit eine beträchtliche Steigerung des „Wohlstands der Nationen“. Aber infolge der Beschleunigung werden Selektionen von Entwicklungspfaden getroffen, die in Sackgassen der Naturzerstörung führen (Altvater 2006: 75). Im Zuge des industriellen Kapitalismus veränderte sich das Verhältnis der Menschen zur Natur grundlegend, indem Masse und Geschwindigkeit und nicht Muße und Langsamkeit bestimmend ist (ebd.: 76). Die dieser Entwicklung inhärenten Auswirkungen auf Gesellschaft und Natur sind vehement, da Eigenmächtigkeit über eben jene dominiert. Aber auch die Wahrnehmung über Auswirkungen dieser Naturbeherrschung sowie Eigenmächtigkeiten sind verzerrt. Dies wird beispielsweise an den Lösungsansätzen deutlich, die sich ausschließlich mit einer Effizienzsteigerungsdebatte herumschlagen. Was jedoch nicht weiter verwunderlich ist, da das Verhältnis von Masse und Geschwindigkeit dominiert ist. Beide Begrifflichkeiten spielen insofern eine Rolle, als dass durch fossile Energie angetriebene Transportmittel zur Beschleunigung der Fortbewegung beitragen sowie die Masse der transportierten Waren um ein Vielfaches erhöht wird, ebenso der Radius der ökonomischen Aktivitäten. Dies gilt für die geographische Reichweite, aber auch für die Masse des bei diesen ausgeweiteten Geschäften zu machenden Profits (ebd.: 77). Kapitalismus und Fossilismus sind nicht abseits voneinander denkbar, da ohne dem Aspekt der Beschleunigung die Steigerung von Produktivkräften und so ein Grundpfeiler des Kapitalismus nicht denkbar wäre. Fossile Energien unterstützen aber nicht nur Beschleunigung und daher kapitalistische Überschussproduktion und Wachstum, sondern auch die soziale Produktion von Ungleichheit (ebd.: 80). Die industrielle Revolution ist demnach gleichzeitig eine fossile Revolution. Der Preis, den die Erde für die industrielle Revolution zahlen muss, ist hoch, die Brandmauer, die dabei zwischen natürlichem

⁷ Diese vorherrschende Produktionsweise ist expansiv auf die Steigerung von Mehrwert, Produktion und Konsum angelegt. Dies geht einher mit der tendenziellen Ausbreitung des kapitalistischen (Welt)Marktes und der weltweiten Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche (Brand 2000: 140). Dabei erlangt die Expansion von Wissenschaft und Technik eine zentrale Funktion und die Erhöhung der Produktivität stellt eine wichtige Gegentendenz zu Krisen dar. Die grundlegende Widersprüchlichkeit sagt jedoch nicht viel, denn offenbar ist diese bearbeitbar und damit Gegenstand von Regulation (ebd.).

Energiesystem und ökonomisch genutzten Energiesystem errichtet wird, vergleicht Altvater zwar mit der Berliner Mauer, der Ausblick auf deren Fall ist jedoch komplexer als im Jahre 1989. Problematisch ist hierbei, dass die Mauer zwar durchlässiger gemacht werden kann, jedoch nur in eine Richtung. Die destruktiven Konsequenzen des fossilen Energiesystems werden durch den Treibhauseffekt, die Zerstörung der Ozonschicht, die lokale Luftverschmutzung etc. und vor allem, weil jenes System von solarer Flussenergie versorgt wird, immer mehr sicht- oder fühlbar. Dieser Abhängigkeit ist also ein Konflikt inhärent, der eben auch als Konflikt zwischen kapitalistischer Ökonomie und Ökologie gedeutet wird (Altvater 2006: 82). Trotzdem dieser Konflikt bereits seit der industriellen Revolution präsent ist und die vorigen Ausführungen die Notwendigkeit eines dialektischen Verständnisses bezüglich jenes Begriffspaares klar machen, setzen dominante Strategien bzw. Lösungsansätze bezüglich der Krisenbewältigung darauf, Energieeffizienz zu steigern.

Görg sucht den Grund dafür im Kontext der ökologischen Krise, denn diese lässt sich nun als eine Diskontinuität im Hinblick auf die Naturbeherrschung der Moderne interpretieren (vgl. Görg 2003: 128). Im Kern sind nämlich die Strategien dieser Naturbeherrschung in die Krise geraten, die Institutionen und Prozeduren der konkreten Form kapitalistischer Vergesellschaftung des Fordismus (vgl. Görg 2003: 128). Das Set an Institutionen, welches sich zur Stabilisierung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte herausgebildet hat, war strukturell auf eine Steigerung der Naturbeherrschung angelegt (Altvater 1992; zitiert nach Görg 2003: 128). Genauer gefasst ist die ökologische Krise eine Institutionenkrise der fordistischen Regulationsweise. Es handelt sich demnach um eine Krise eines bestimmten institutionellen Musters, in der die Strategie der Naturbeherrschung institutionell verkörpert war (Görg 2003: 129). Da der Bedarf an gesellschaftlicher Restrukturierung geschaffen wurde, handelt es sich um eine umfassende Hegemoniekrise (vgl. Brand 2000: 149). Die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und soziale Auseinandersetzungen um neue (alte) Kompromisse deuten sich an (vgl. ebd.).

Der steigende Ressourcenverbrauch ist gekoppelt mit Schadstoffbelastung sowie kulturell verankerten Konsummuster. Die Koppelung dieser Elemente und der Wohlstandsgrad einer Gesellschaft markieren den gesellschaftlichen Kontext der ökologischen Krise (vgl. Görg 2003: 129). Die dem Fordismus folgende gesellschaftliche Restrukturierung ist seit

den 1980er Jahren durch einen neoliberalen Umbau der Gesellschaften im Weltmaßstab geprägt, die auch der weiteren Behandlung ökologischer Probleme die Rahmenbedingungen vorgibt (vgl. Hirsch 2001; zitiert nach Görg 2003: 129). Um den gesellschaftlichen Kontext der ökologischen Krise zu verstehen, erscheint es an dieser Stelle notwendig auf grundlegende Charakteristika der Internationalen politischen Ökonomie bezüglich der Debatte zur Internationalisierung des Staates einzugehen, denn die daraus entstehenden multiskalaren Prozesse sind voraussetzungsvoll um jenen Kontext fassbar zu machen.

2.3 Die dynamisierte Grammatik des Konflikts

2.3.1 Internationalisierung des Staates

Die aktuelle neo-gramsciansische Diskussion der Inter- oder Transnationalisierung des Staates sieht die Durchsetzung einer neoliberalen Globalisierungsstrategie als Reaktion auf die Krise des Fordismus seit den 1980er Jahren als einen der markantesten Hintergründe an. Es handelt sich um einen regulationstheoretischen Ansatz, der internationale Institutionen theoretisch in den umfassenderen Prozess der Transformation von Staatlichkeit einbettet (vgl. Brand/Görg 2003: 39). Dadurch werden strukturelle Konkurrenzverhältnisse, an denen sich Kooperation immer wieder bricht, die komplexe Herausbildung von Problemen, die Umkämpftheit ihrer Bearbeitung wie auch das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den Blick genommen (vgl. ebd.: 33). Deshalb steht nicht wie in der Regimetheorie oder in Beiträgen zur Global Governance die Frage internationaler Kooperation von Staaten im Zentrum. Der grundsätzlichen Annahme einer Steuerungsfähigkeit wird dadurch aus dem Weg gegangen. Die umfassende Restrukturierung der globalen Klassenverhältnisse, der neue Schub der kapitalistischen Globalisierung und die Internationalisierung der Produktion sind zentrale Entwicklungen um das modifizierte Verhältnis von „Staat“ und „Gesellschaft“ als auch die Beziehung der Staaten zueinander zu verstehen (vgl. ebd.: 39). Genau jenen Prozess bezeichnen Brand und Görg als Internationalisierung des Staates (vgl. ebd.).

Als ein zentrales Merkmal des Prozesses erkennen Brand und Görg die wettbewerbsstaatliche Transformation an, welche eine gesteigerte Abhängigkeit der nationalen Staatsapparate von den internationalen Kapital- und Finanzmärkten impliziert. Letztere treiben in einer quasi „entpolitisierten“ Weise wesentliche Inhalte einzelstaatlicher Politik voran (vgl. ebd.: 39). Die durchgesetzten politischen Strategien haben die Möglichkeiten der Staaten zu einer auf den nationalen Raum bezogene kohärente und integrative gesellschaftliche Regulierung verringert (vgl. ebd.: 40). Die Folgen sind ökonomische und soziale Fragmentierungen (ebd.) Die wohl schwierigste Herausforderung in Bezug auf diese Transformation ergibt sich vor allem für die verarmenden Teile der Peripherie. Die Konkurrenz zwischen Kapitalen, sozio-politischen Räumen und Lohnabhängigen verschärft sich. Trotzdem und ungeachtet der eingeschränkten regulatorischen Möglichkeiten müssen sie versuchen mit den Folgen dieser Transformation umzugehen und ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion herzustellen (vgl. ebd.). Im Kontext der engen Marktanbindung und Wettbewerbsorientiertheit der (wohlfahrts-) staatlichen Politik geht es jedoch kaum noch darum soziale Kohäsion zu stärken (Bieling 2007: 152). Die AOSIS-Staaten, ähnlich wie die meisten kleinen und global eher unbedeutenden Wirtschaftsräume, sind im Zuge dieser Transformation für externe Schocks noch anfälliger geworden. Kleine Ökonomien sind nicht klein genug um nur auf die Exporte von wenigen Gütern und Serviceleistung bauen zu können und nicht groß genug um die Vorteile der Skalenerträge auskosten zu können oder erfolgreich dynamische Produkte zu diversifizieren (vgl. Ocampo 2002: 4). Der Rückgang von offiziellen Kapitalflüssen und der ungleiche Zugang zu privaten internationalen Finanzmärkten beeinflusste beispielsweise die Fähigkeit mancher Karibikinseln Entwicklungsprojekte zu finanzieren (vgl. ebd.: 13). Neben der Abhängigkeit von offiziellen Kapitalflüssen erschwert die Abhängigkeit von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) die Lage für die Inselstaaten (ebd.: 12). Neben ihrer geographischen und demographischen Lage zählen die AOSIS Länder auch aufgrund der Herausforderungen der Globalisierung zu den Verwundbarsten und laufen Gefahr in eine Entwicklungsfalle zu geraten (ebd.: 4). Da einige AOSIS-Staaten jedoch in naher Zukunft gar kein Territorium mehr zur Verfügung haben werden um eine potentielle Kohäsion zu bewirken, sind sie auf die Hilfe/Unterstützung angrenzender Länder wie Australien oder Neuseeland angewiesen. Bereits bestehende bilaterale Abkommen wie z.B. das Pacific Access Scheme zeigen jedoch, dass es den Betroffenen ausschließlich über den Faktor

Arbeit erlaubt wird zu immigrieren und es schon jetzt bei der konkreten Umsetzung Probleme gibt⁸ (vgl. Jakobeit/Methmann 2007: 17).

Eine weitere Dimension des Prozesses der Internationalisierung des Staates bezeichnen Brand und Görg als *relative Entstaatlichung* oder *relative Privatisierung von Politik*. Damit beschreiben sie die steigende Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Private Akteure sind nicht nur multinationale Unternehmen sondern eben auch NGOs. Auch auf der internationalen Ebene entwickeln sich Strukturen des „verhandelnden“ Staates (Brand/Görg 2003: 40). Zugleich steht dieser Prozess allerdings in einer Spannung mit der allgemeinen Tendenz zur *Entpolitisierung von Politik*, sowie die Tendenz politische Gestaltungsprozesse einer ökonomischen Rationalität zu unterwerfen (vgl. ebd.: 40f). NGOs werden sozusagen als Konsequenz dieser Entwicklung gesehen, die einerseits versuchen ihre eigenen Projekte durchzuführen, andererseits einen wichtigen Gegenpol zur Rahmung spezifischer Thematiken darstellen. Bieling spricht von einem doppelten Prozess der ökonomischen Liberalisierung und politischen Entdemokratisierung (vgl. Bieling 2007: 150). Da die AOSIS über einige Interessensvertreter aus der NGO Szene potentielle Unterstützung erfährt, ist dieser Aspekt einerseits in Relation zur Bündnispolitik der AOSIS zu sehen (siehe Kapitel 6.5). Andererseits werden die Marktmechanismen im Rahmen des internationalen Klimawandelregimes immer dominanter. Die durch diesen Prozess einhergehenden und sich womöglich verschiebenden Kräfteverhältnisse spielen deshalb bezüglich des Verhandlungspotentials und der Handlungsfähigkeit der Allianz eine wichtige Rolle.

Ein weiterer Prozess, der als Folge der wettbewerbsstaatlichen Transformation, der eingeschränkten Möglichkeiten zu einer kohärenten Regulierung der nationalen Ökonomie und der zunehmenden grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Regulierung der nationalen Ökonomie sowie der zunehmenden grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Verflechtungen stattfindet, ist eine *verstärkte Bedeutung subnationaler und lokaler Regulierungszusammenhänge* (vgl. Wissen 2000; zitiert nach Brand/Görg 2003: 41). Dieser Aspekt geht einher mit der Internationalisierung politischer Regulierungskomplexe, die aus formellen Institutionen, Regimes, Verträgen oder

⁸ Die Anerkennung als Klimaflüchtlinge ist noch nicht offiziell, mittelfristig wird die Umwandlung des Vertrages in ein Abkommen über Umweltflüchtlinge nicht mehr ausgeschlossen (vgl. Jakobeit/ Methmann 2007: 17).

Netzwerken bestehen können (Brand/Görg 2003: 41) und wird auch als „neuer Konstitutionalismus“ (Gill 2000; zitiert nach ebd.) bezeichnet. Das wachsende Gewicht internationaler Organisationen und Regimes bedeutet, dass staatsapparative Gebilde an Relevanz gewinnen, die sich auf eine Vielzahl nationaler Gesellschaften beziehen (Brand/Görg 2003: 41). Es geht dabei jedoch nicht um einen Prozess, der staatliche Regulationsformen beseitigt, sondern um die Schaffung von neuen politisch-institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen um die Globalisierung von Investitionen, Handelsbeziehungen und Wettbewerbsdynamiken zu erleichtern (vgl. Bieling: 2007: 147). Der Prozess umschließt jedoch mehr als Gramscis eher nationalstaatliche Perspektive, nämlich die inter-, trans- oder supranationale Institutionalisierung und Verrechtlichung der globalisierten Ökonomie (ebd.: 148f.). Ebenso zeigt sich die Tendenz der Internationalisierung des Rechts, wobei von einer stärkeren Entkoppelung von Rechtserzeugung und Rechtsdurchsetzung ausgegangen wird (Brand/Görg 2003: 43).

2.3.2 Die Rekonstitution von (Internationaler) Hegemonie

Die vorangetriebene Internationalisierung des Kapitals sowie die Transformation des Staatensystems haben auch die Bedingungen für die Hegemoniebildung auf internationaler Ebene verändert (vgl. Brand/Görg 2003: 42). Doch was ist eigentlich Hegemonie? Die liberale Theorie versteht unter dem Staat in erster Linie einen polizeilichen, militärischen und administrativen Apparat, der die antagonistische bürgerliche Gesellschaft trotz ihrer Widersprüche, maßgeblich vermittelt über das Gewaltmonopol, zu reproduzieren ermöglichte (vgl. Buckel 2007: 11). In einer kritischeren Herangehensweise wird klar, dass jene Kriterien für die modernen, kapitalistischen Staaten des Nordwestens nicht ausreichend sind (ebd.). Zur Erweiterung der Herrschaftsanalyse führte Gramsci das Konzept der „Hegemonie“ ein, welches zum Ausdruck bringen soll, dass moderne Formen von Herrschaft maßgeblich auf *Konsens* beruhen, dass heißt, dass die gesellschaftlichen Institutionen, sollen sie auf Dauer Bestand haben, selbst noch von den durch sie Beherrschten mitgetragen werden müssen (ebd.). Als voraussetzungsvoll, auch für die Herangehensweise im strategisch-relationalen Ansatz, ist die Erkenntnis, Herrschaft nicht nur als erfolgreiche Strategie und

Konsensproduktion „von oben“ zu verstehen, sondern als umfassendes soziales Verhältnis und damit auch als Kräfteverhältnis (vgl. Brand 2007a: 163).

Auch die internationale Hegemonie wird in (neo-) realistischen Ansätzen zumeist mit der Dominanz eines ökonomischen und militärisch überlegenen Nationalstaats gleichgesetzt. Demgegenüber versteht die neo-gramscianische Internationale Politische Ökonomie unter Hegemonie einen konsensual abgestützten Modus transnationaler Vergesellschaftung (Bieling 2007: 145). Um das konfliktive Zusammenspiel internationaler Regulierungsprozesse zu verstehen, greift auch Brand auf den Begriff der *Internationalen Hegemonie* (IH) zurück. Für ihn hat IH im Sinne einer transnationalen und konsensgestützten Vergesellschaftung zwei Dimensionen: erstens die Durchsetzung bestimmter Lebensverhältnisse und Wertvorstellungen in Gesellschaften und zweitens die Fähigkeit, durch Regierungen und andere gesellschaftliche Gruppen auf internationaler Ebene Projekte zu formulieren, Strategien zu verfolgen und Kompromisse auszuarbeiten (Brand/ Görg 2003: 38). Gramsci spricht diesbezüglich von einem „integralen Staat“, wobei die Zivilgesellschaft als ein Moment des Staates gesehen wird, denn sie ist es, die den Konsens herstellt, auf dem moderne Herrschaft beruht (vgl. Buckel 2007: 11f.). Für die neo-gramscianische Internationale Politische Ökonomie ist die Annahme des integralen Staates demnach voraussetzungsvoll. Die „Interiorisierung“ von dominanten Produktions- und Konsumnormen sowie Entwicklungsvorstellungen sind hierbei besonders relevant. Auf der internationalen Ebene äußert sich Hegemonie durch die Dominanz eines Staates oder einer Region oder in einem System internationaler Institutionen und „Regimes“ (ebd.). Anders als in der Regimetheorie wird aber nicht von einer Überlappung der Regime, sondern von einer nicht-kohärenten Einheit ausgegangen, die teilweise in einem widersprüchlichen Verhältnis stehenden Apparate sind eigenständige Terrains, auf denen sich sehr spezifische und unterschiedliche soziale Kräfteverhältnisse verdichten (ebd.: 38f.). Genau durch eine solche spezifische materielle Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kann ein „hegemoniales Staatsprojekt“ entstehen.

Der Konsens der ökologischen Krise ist überwiegend von nördlichen Interessen geprägt, die AOSIS Interessen sind eher nebensächlich. Die Struktur der gegenwärtigen Weltordnung bietet jedoch trotzdem ein widersprüchliches Bild. Einerseits scheinen durch internationale Organisationen und Regime wie WTO oder CBD die Interessen des internationalen Kapitals und der dominierenden Staaten fest institutionalisiert (vgl.

Brand/Görg 2003: 42). Andererseits zeichnen sich durch zunehmende kulturelle und kommunikative Verflechtungen staatenübergreifende „zivilgesellschaftliche“ Strukturen ab (vgl. ebd.). Brand spricht hierbei von einer bestehenden „internationalen Managerklasse“, die über nationale Grenzen hinweg Konzepte von Ordnung und Entwicklung der Welt formuliert. Grundsätzlich weist die gegenwärtige internationale Ordnung die Charakteristika einer hegemonialen Instabilität auf (ebd.: 43). Kohärente Regulationsmodi sind nicht etabliert worden, die USA hält vor allem eine militärische aber auch ökonomische Dominanzposition inne, ist aber nicht fähig eine politische Führungsrolle im hegemonialen Sinne zu entwickeln. Die Kooperationsbestrebungen, die sich in der Bildung von internationalen Organisationen oder Regimes verdeutlichen, brechen immer wieder an den einzelstaatlich regulierten Reproduktionszusammenhängen. Die Nationalstaaten behalten eine zentrale Bedeutung, eben weil ihr Monopol legitimer physischer Gewaltanwendung unangetastet ist und bleiben demnach die entscheidende institutionelle Konfiguration, in der sich die kapitalistische Form des Politischen manifestiert (vgl. Brand/Görg 2003: 44).

2.3.3 Die Verdichtung zweiter Ordnung

Dennoch erfolgt die Verlagerung von Regulierungs- und Steuerungsfunktionen vom Nationalstaat verstärkt auf eine subnationale, regionale und internationale Ebene (Brand/Görg 2003: 47f.). In der sogenannten *scale*-Debatte wird neben dem Verhältnis der verschiedenen räumlichen Ebenen und Regulierungskomplexe zueinander, auch die einzelnen Ebenen selbst als „local scale“, „national scale“ oder „globale scale“ bezeichnet (vgl. ebd.). *Scale* ist das Ergebnis konflikthafter Vergesellschaftungs- und Auseinandersetzungsprozesse einer sozialen Konstruktion (Brand/Görg 2003: 48). Politisch-soziale Kämpfe drehen sich immer um die Dominanz einer bestimmten Ebene innerhalb der räumlich-institutionellen Hierarchie bzw. um eine Neukonfiguration dieser Hierarchie („re-scaling“) (Novy 2003; zitiert nach Brand/Görg 2003: 48). Die verschiedenen räumlichen Ebenen werden stärker miteinander verflochten und voneinander abhängig als Teil machtförmiger *politics of rescaling* (Jessop 2001: 86-94; zitiert nach Brand 2007a: 171).

Durch die multiskalar verdichteten Kräfteverhältnisse, das heißt, interdependente Verdichtungen „erster“ und „zweiter Ordnung“ sowie die materielle Verdichtung (vgl. Brand 2007a: 168f) werden manchen Apparaten, wie der WTO oder dem IWF, mehr Bedeutung zugeschrieben. In jenen sehen die herrschenden Kräfte ihre Interessen besonders vertreten, denn sie gewährleisten eine dynamische Reproduktion und haben so eine größere Zentralität (ebd.: 169). Wirtschaftspolitische Institutionen, die zentrale Funktionen für die Weltwirtschaft erfüllen, bilden eine besondere Dichte und relative Eigenständigkeit aus (Brand 2007a: 174). Durch ihren historischen Strukturierungsprozess wurden sie eine Stütze der sich restrukturierenden internationalen Macht der USA (und des globalen Nordens allgemein gegenüber dem globalen Süden) (ebd.). Sie symbolisieren Machtzentren innerhalb der Apparatur des internationalisierten Staates, die gegen Kritik und Anliegen der Beherrschten stärker abgeschottet sind als andere Apparate (Brand 2007a: 169). Zentral erscheint hierbei, dass das asymmetrisch strukturierte Verhältnis der Apparate zueinander nicht einem Mangel an politischer Planung oder fehlendem politischen Willen geschuldet ist, sondern ein strukturelles Merkmal internationaler Politik (ebd.).

Als postfordistische Charakteristika können sich generell eher solche Bearbeitungsstrategien durchsetzen, die entsprechende Interessen und Machtpotentiale im Rücken haben und die sich in sozialen Kämpfen mit der Durchsetzung einer neuen Regulationsweise verbinden lassen (Görg 2003: 130). Marktgängige, auf Effizienz und »ökologische Modernisierung« ausgerichtete Strategien und Instrumente erfüllen diese Bedingungen (ebd.).

Görg erscheint es darüber hinaus wichtig zu betonen, dass die Ausgestaltung einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung immer durch soziale Konflikte vermittelt ist (Görg 2003: 130). Für die Gestaltung der Naturverhältnisse ist daher die Entwicklung dieser Konflikte, und dass meint heute die mit dem Auftreten neuer globaler Bewegungen verbundene Kritik an der neoliberalen Globalisierung, wichtiger als einzelne und pragmatisch orientierte neue Umweltmaßnahmen (Görg 2003: 130). Denn Hegemonie sollte als historische Kategorie begriffen werden, deren Bedeutung in hohem Maße von den konkreten Kämpfen einer Gesellschaft bestimmt ist (Demirovic 2007: 38).

Politische Problemlösungsstrategien innerhalb des dominanten Diskurses sehen den Klimawandel als globales Umweltproblem und setzen vor allem an Fragen der

gemeinsamen Beherrschbarkeit der Krise, der ökonomischen Lastenverteilung der Reduktions- und Anpassungskosten sowie einer institutionell effektiven und effizienten Form der Regulierung der CO₂-Emissionen an (Dietz/ Brunnengräber 2008: 407). Die Etablierung der Marktmechanismen im Zuge der Verhandlungen macht dies deutlich. Ob mit jenen Tendenzen allerdings ein nachhaltigerer Weg für den Umgang mit der Natur eingeschlagen wurde, muss argwöhnisch betrachtet werden. Brand und Görg erkennen die Nutzbarmachung⁹ von Natur vor allem in den Bestrebungen zur Eindämmung der Effekte prophylaktisch oder der reaktiven Beseitigung jener – präziser: das Engagement in Natur- und Umweltschutz (vgl. Brand/Görg 2008: 28). Sie stellen sich die Frage, ob es sich um eine reflexive Form von Dominanz über Natur handelt (ebd.).

Altvater erkennt in diesen Tendenzen eher einen dauerhaften Bestand der Brandmauer zwischen ökonomischem und ökologischem Energieregime, wobei nur ihre Durchlässigkeit reguliert wird (vgl. Altvater 2006: 82). Möglichkeiten mit dieser Mauer umzugehen sieht Altvater darin, dass man sie aufstocken kann bis zur Unüberwindlichkeit, indem am fossilen bzw. atomaren Energieregime so lange wie möglich festgehalten wird. Jene Strategie wird von großen Energiekonzernen und deren Lobby betrieben.

Die Vorteile der fossilen Energieträger für den Kapitalismus verdrängen den Übergang zu einem Regime erneuerbarer Energien. Der Grund dafür ist die relative Mehrwertproduktion, welche eben nur dann möglich ist, wenn die Produktivität der Arbeit gesteigert wird. Diese ist wiederum das Resultat der Umwälzung der Produktionsbedingungen, der damit verbundenen Veränderungen der Konsummuster und nicht zuletzt der Nutzung fossiler bzw. atomarer Energien zur Arbeitsleistung (Altvater 2006: 85). Fossile Energieträger haben für den kapitalistischen Produktionsprozess den Vorteil, dass sie erstens zumindest größtenteils ortsunabhängig eingesetzt werden können, zweitens sind sie zeitunabhängig, drittens erlauben sie Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse, viertens unterstützen sie Mobilität, Dezentralisierung der Produktion, flexible Einsätze in allen Lebenslagen und Arbeitsbereichen. Daraus ergibt sich ein Sammelsurium an Vorteilen jener Träger, über die weder andere Energieträger

⁹ Bzgl. der Nutzbarmachung von Natur: Die Strategie des bloßen Umweltschutzes kann meistens eine Lösung für die Erhaltung von Biodiversität wie z.B. Korallenriffe sein. Aber auch diese Art des Umweltschutzes überschneidet sich mit den Interessen bezüglich der Nutzbarmachung der Biodiversität. Anders könnte man das die Nutzbarmachung durch Ökotourismus oder natürliches Kapital nennen. Schließlich geht es immer um eine spezifische Sozialisierung von Natur. (vgl. Brand/ Görg 2008: 28)

noch die lebendigen Arbeitskraft verfügen. Die Möglichkeiten erneuerbare Energien so zu nutzen sind zwar gegeben, eine Umstellung auf jene würde jedoch die tendenziell Ablöse von bestehenden Strukturen bedeuten, die demnach eher regionalisiert und dezentralisiert werden müssten. Die großen Nachteile der Nutzung fossiler Energieträger wie ökologische Belastungen durch den Transport, indirekte Einflüsse wie die Vernichtung von Landschaften und vor allem schädliche Emissionen werden in der Bilanzierung selten bedacht. Brunnengräber spricht davon, dass das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft im Fall des Klimawandels durch Aneignung und Belastung geprägt ist (vgl. Brunnengräber 2008: 51).

Auch die beiden anderen Wege, wo einerseits der globale Süden als Ort der Anpassung verwendet wird, da sich dort mehr Senken finden und Klimaschutz preiswerter betrieben werden kann, sowie die Methode des CCS müssen kritisch betrachtet werden (vgl. Altvater/Brunnengräber 2008: 9). Nur eine vierte Option sieht den Einriss der Brandmauer vor und einen Wandel zu einem solaren Regime der nachhaltigen Nutzung und erneuerbaren Energien (vgl. Altvater/Brunnengräber 2008: 9f). Faktum ist jedoch, dass das Projekt der herrschenden Eliten das der Verstärkung der energetischen Brandmauer ist (Altvater 2006: 84).

Problematisch ist hierbei, dass Altvater damit von einer „Astronautenperspektive“ auf „die Erde“ aus (Sachs 1997; zitiert nach Brand 2000: 136), das heißt von einer objektiv in Ressourcen- und Energiemaßstäben quantifizier- und beschreibbaren Umwelt, die eben überlastet sei (ebd.). Die soziale, das heißt kognitive, normative und symbolische Konstruktion von Natur in Kultur (Kultur verstanden als symbolische Ordnung der Gesellschaft) spielt dann keine Rolle (ebd.). Die Umkämpftheit der Krise, die Altvater damit umgeht, ebenso wie die Interpretation der Prozesse ist jedoch für das Konzept der GNV zentral.

Trotz der vielfältigen Kontextbedingungen sind die dominanten Vermittlungsmuster in spezifische gesellschaftliche Institutionen wie der Klimarahmenkonvention oder dem Kyoto Protokoll, in öffentlichen und wissenschaftlichen Deutungsmustern wie in Macht- und Herrschaftsverhältnissen verankert (vgl. Brunnengräber 2008: 52). Damit wird das Verständnis für natürliche Katastrophen als sozial induzierte Katastrophen, die sich eben sozial differenziert auswirken (Davis 2005, Blaikie et al. 1994; zitiert nach ebd.: 52),

erschwert. Ein Beispiel sind die immer häufiger werdenden tropischen Zyklonen in der Pazifik- und Karibikregion. Der steigende Meeresspiegel verursachte in Kiribati bereits Bodenverluste. Küstenabtragungen und Überschwemmungen beschädigen Infrastruktur und führen zu Versalzung des Grundwassers sowie des Saatguts, was wiederum Lebensmittel- sowie Trinkwasserengpässe verursacht (AOSIS 2010: Homepage, VIE).

Ein weiteres Spezifikum der dominanten Strategie: Das global zu schützende und öffentliche Gut Klima wird vor allem mit einem Problem der Ökologie oder der Umweltverschmutzung in Verbindung gebracht, kaum aber mit dem Verbrauch fossiler Energien und der damit verbundenen geostrategischen Sicherung des Zugangs zu diesen (Brunnengräber 2008: 197f.). Das Verständnis dieser Trennung in *input*-Seite (fossile Energien) und *output*-Seite (Emissionen) ist laut Altvater aber voraussetzungsvoll. Er geht davon aus, dass jene Trennung von Globalen Umweltproblem und fossiler Versorgungs(un)sicherheit Bestandteil der strategischen Selektivität ist, durch die die kapitalistische Reibungskräfte zwischen Ökonomie und Ökologie (vorübergehend) aufgehoben bzw. entschärft werden konnten (Brunnengräber 2008: 198). Diese Trennung dient auch zum Verständnis für die Position des globalen Nordens, der die Arena der globalen Anpassung in den globalen Süden zu schieben versucht.

Ausschlaggebend ist in diesem Kontext, dass die wichtigsten Maßnahmen für die Gestaltung der globalen Naturverhältnisse der 1990er Jahre nicht der Umweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 gewesen sein dürfte, sondern die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) (Görg 2003: 130). Jene Abkommen zur Handelsliberalisierung sichern die globalen Macht- und Eigentumsverhältnisse ab und stabilisieren damit die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse – mit weitreichenden Folgen für die Chancen einer Gestaltung der Naturverhältnisse (vgl. Brand/Görg 2002; zitiert nach Görg 2003: 130).

In diesem Zusammenhang sollte ebenfalls der Prozess des *forum-shifting* Erwähnung finden. Hierbei können mächtige nationalstaatliche Akteure, insbesondere die US-Regierung, etwa bei der ihnen ungelegenen Politisierung eines Problems oder sich verschiebenden strategischen Ausrichtungen einer Institution als Folge spezifischer Auseinandersetzungen, das Terrain wechseln (vgl. Brand 2007a: 170). Hierzu können unter anderem bilaterale oder inter-regionale Handelsverträge gezählt werden.

Die für diese Analyse wohl relevantesten hegemonie-politischen Merkmale der aktuellen Restrukturierungen sind, so kann nun festgehalten werden, dass in der gesamten Gesellschaft die grundlegenden Orientierungen wie Wettbewerbs- und Effizienzorientierung im internationalen Konkurrenzkampf nicht in Frage gestellt werden (vgl. Brand 2007a: 172). In gewisser Weise haben diese sich konsensual, das heißt, im Sinne kollektiver Praxen, durchgesetzt, sind ›Allgemeininteresse‹ geworden (ebd.). Wie die theoretische Untermauerung von Charakteristika dieser in die internationale Hegemonie eingeschriebenen strategischen Selektivitäten gedacht werden kann, ist Inhalt des nächsten Kapitels.

2.4 Strategisch-relationale Perspektive

Schon früh bezog sich der theoretische Konzeptualisierungsanspruch kritischer, materialistischer Staatstheorien auf die Internationalisierung des Staates (vgl. Poulantzas 2001; Hirsch 1995); dabei wurden viele - der mittlerweile auch breiter diskutierten - Transformationsprozesse theoretisch anspruchsvoll analysiert (Wissel/ Wöhl 2008: 7f). Auch Bob Jessop beschäftigt sich innerhalb seines strategisch-relationalen Ansatzes mit der Bedeutung der sich transformierenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, denen der Staat unterliegt. Der Ansatz wurde aus einer materialistischen Staatstheorie heraus in den 1970er Jahren unter Rückgriff auf Ansätze von Marx und Gramsci entwickelt und knüpft demnach an die bisherige Diskussion passend an. Staat und Staatensystem werden bei Jessop im gesellschaftstheoretischen Rahmen als spezifische Form des Politischen unter den Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung verstanden (Brand/Görg 2003: 34). Im Sinne der materialistischen Staatstheorie wird der Staat nicht als neutraler Akteur begriffen, der das gesellschaftliche Allgemeinwohl, mal besser mal schlechter, organisiert (Wissel/Wöhl 2008: 11). Der Fokus liegt auf den antagonistischen Interessen, die die kapitalistischen Gesellschaften durchziehen und sich immanent nicht auflösen lassen (vgl. ebd.). Mit dem Staat ändern sich auch die gesellschaftlichen Widersprüche (ebd.). Zentral erscheint, dass der Prozess der Globalisierung zwar grundlegende Charakteristika des Nationalstaates untergraben (wie z.B. wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften) hat, wir nun

aber eine restrukturierte Form von Nationalstaat vorfinden, die innerhalb des Kapitalismus zentral bleibt.

Das Verständnis des Staates steht bei Jessop demnach im Zentrum, vor allem geht es ihm um die Konditionierungen, um genauer zu sein unter welchen ökonomischen und politischen Strukturen und Operationen jene strategisch von einem power bloc (beinhaltet dominante Klassenfraktionen und politische Eliten) koordiniert werden, um ökonomische und politische Entwicklung zu steuern (Jessop 2007: 25, eigene Übersetzung). Im Mittelpunkt steht die Erkenntnis, dass der Staat als soziales Verhältnis betrachtet wird. Der Staat ist demnach ein Set von Institutionen, welche nicht als institutionelles Ganzes Macht ausüben können (Jessop 2007: 29, eigene Übersetzung). Politische Kräfte existieren nicht unabhängig vom Staat: Sie bilden sich durch die Formen seiner Repräsentation, seinen internen Strukturen, und seinen Interventionsformen (ebd.). Staatsmacht ist also eine komplexe soziale Beziehung, welche die sich verändernde Balance der sozialen Kräfte in den bestimmten Umständen reflektiert¹⁰ (ebd.). Darüber hinaus ist Staatsmacht soweit kapitalistisch, insofern sie Konditionen kreiert, beibehält oder wiederherstellt, welche für Kapitalakkumulation in einer gegebenen Situation notwendig sind und soweit nicht-kapitalistisch, insofern diese Konditionen nicht realisiert werden (ebd.).

Der Staat wird innerhalb des SRAs als institutionelles Gefüge gesehen, das in soziale Beziehungen eingebettet ist und weitergehend in steigende komplexe Interaktionen zwischen Menschen und der natürlichen Welt. Dieser Aspekt wird auch bei der Definition von sechs Qualifikationen einer strategisch-relationalen Forschungsagenda klarer (vgl. Jessop 2007: 10f.). Den Kern des Staates umgeben demnach Institutionen und Organisationen, jene können sich über, um und unter diesem Kern befinden. Fest steht nur, dass deren Beziehungen zum Kern ungewiss sind. Operationen sind abhängig von mikropolitischen Praxen, die über die Gesellschaft verstreut sind. Die Grenzen zum politischen System, anderen institutionellen Regeln und Systemen sind fragwürdig und schwanken im Laufe der Zeit. Diese Ambiguität kann sich dennoch bezüglich Staatspolitik (statepolicies) produktiv auswirken. Da jene Institutionen und

¹⁰ Hier sei verwiesen, dass schon Poulantzas auf eine notwendige relationale Betrachtungsweise von Staatsmacht verwies, das heißt, sie gründet auf einem instabilen Kompromissgleichgewicht zwischen Klassenkräften und nicht auf dem Monopol einer Klasse (Jessop 2007a: 53).

Organisationen nur innerhalb von Beziehungen gesehen werden können, ergibt sich ihre Natur aufgrund der sozialen Formation und ihrer Vergangenheit. Die Formen, wie diese Legitimität institutionalisiert und ausgedrückt wird, variieren. Dies ist abhängig vom politisch relevanten Diskurs, wobei gleichzeitig die Signifikanz angefochtener Diskurse hervorkommt. Vor allem geht es um die Natur und den Zweck der Regierung für die breitere Gesellschaft und die Beziehung dieser Diskurse zu alternativen hegemonialen Projekten und ihrer Übersetzung in politische Praxen. Obwohl Gewaltanwendung die ultimative Sanktionsmöglichkeit eines Staates ist, hat dieser andere Mittel zur Durchsetzung seiner Politik. Vor allem in konsolidierten kapitalistischen Gesellschaften wird der Einsatz von Gewalt eher als kontraproduktiv angesehen.

Der ‚common interest‘ oder ‚general will‘ wird immer innerhalb eines strategisch selektiven Terrains definiert und involviert die unterschiedliche Artikulation und Aggregation von Interessen, Optionen und Werten. Eine solche Definition ist also immer asymmetrisch, marginalisiert oder definiert einige Interessen zur gleichen Zeit, als dass sie andere privilegiert.

Jene Annahmen weisen darauf hin, dass Macht ein komplexes, überbestimmtes Phänomen ist. Laut Jessop kann jenes bestenfalls zur Identifikation der Produktion von signifikanten Effekten dienen (vgl. Jessop 2007: 29). Diese Effekte ergeben sich durch die Interaktion von spezifischen sozialen Kräften innerhalb von Limitierungen, welche dem vorherrschenden Set von strukturellen Bedingungen eingeschrieben sind. Bei einer Machtanalyse geht es de facto immer um eine Analyse von Organisationen, Rechnungsarten, Ressourcen, Strategien, Taktiken der verschiedenen Akteure und den Beziehungen eben jener. Folglich muss sich eine Interessensanalyse eher mit den vergleichbaren Vorteil befassen als mit einer Annahme von absoluten Interessen, welche in Isolation von bestimmten Kontexten positioniert sind. Diese Komplexität geht mit einem Fokus auf strategische Situationen und relationaler strategischer Interaktionen einher (Jessop 2010: Vorwort, In Brand 2010). Strategische Perspektiven und Möglichkeiten variieren mit den je spezifischen Akteuren bzw. Akteurskonstellationen, mit den raum-zeitlichen Handlungshorizonten und den spezifischen Konjunkturen – im Sinne ungleich verteilter Handlungsmöglichkeiten – wie auch mit den umfassenderen institutionellen Konfigurationen und grundlegenden strukturellen Kontexten (ebd.).

Interaktionen sind von gesellschaftlichen Kräften zur Verwirklichung ihrer Interessen von den staatlichen Strukturen abhängig, während diese wiederum von den in ihrem gegenwärtigen Rahmen stattfindenden sozialen Interaktionen beeinflusst werden. Dementsprechend geht es auch darum, die gegenwärtigen Strukturen so zu nutzen oder zu verändern, dass die eigene Interessensdurchsetzung erleichtert wird (Voges/Biberhofer 2010: 107).

Struktur und Handlung stehen dabei in einer dialektischen Verbindung zueinander. Soziale Struktur wird in strategisch-relationalen Begriffen in Bezug auf die strukturell eingeschriebenen Selektivitäten studiert und Handlung kann in Bezug auf die Leistung von Handelnden mit deren strategisch berechneten strukturellen Orientierung analysiert werden (Jessop 2007: 41 eigene Übersetzung). Strukturelle Hemmnisse operieren immer selektiv, sie sind nie absolut und vorbehaltlos aber immer temporär, räumlich, handlungs- und strategiespezifisch (ebd.). Handelnde sind reflexiv, zur Reformulierung innerhalb ihrer eigenen Identitäten und Interessen fähig und können in strategische Kalkulationen über ihre gegenwärtige Situation eingreifen (ebd.).

Structure-agency relationship

Colin Hay diskutiert den Strukturbegriff dahingehend, dass angenommen wird, je größer der Einfluss von Struktur (welche im politikwissenschaftlichen Verständnis mehr als Kontext impliziert, nämlich eine geordnete Beschaffenheit von sozialen und politischen Beziehungen), desto vorhersehbarer wird politisches Verhalten (vgl. Hay 2002: 94 eigene Übersetzung). Wie auch später noch in den Ausführungen zum Akteurszentrierten Institutionalismus betont wird, kehrt mit jenen Annahmen jedoch keinerlei deterministischer Strukturgedanke einher. Der einfache Grund dafür ist die *agency* Komponente, *the political conduct*, aber auch darüber hinaus (vgl. ebd.). Die zusätzlichen Assoziationen, die Hay bezüglich dem *agency* Begriff erwähnt, sind Reflexivität, Rationalität sowie Motivation (Hay 2002: 95f.). Ein oppositionelles Denken macht bezüglich der Begrifflichkeiten Struktur und Handlung keinen Sinn, vielmehr sollte das Zusammenspiel zwischen jenen erkannt werden. Deshalb sollte eine Analyse strukturelle genauso wie handlungsbezogene Komponenten miteinbeziehen.

Im SRA wird die Erweiterung der Dialektik von Struktur und Handlung um ein strategisches Moment sichtbar. Handelnde können den strukturellen Moment innerhalb

der sozialen Beziehungen nicht ändern, der konjunkturelle Moment ergibt sich jedoch im raum-zeitlich strategischen Kontext, welcher modifiziert werden kann (ebd.: 42). Die dialektische Verbindung erlaubt Handelnden sozusagen über das Agieren innerhalb von Kontexten, welche strategisch selektive Beschränkungen und Chancen beinhalten, soziale Strukturen zu verändern. Wenn also Strukturen relativiert und relationale Komplexe von sozialen Beschränkungen und Chancen sind, involviert die Analyse von Macht folglich die Attribuierung von Verantwortlichkeiten zu spezifischen Handlungen von spezifischen Akteuren für die Verwirklichung von einer spezifischen Auswahl von Effekten in spezifischen zeit- und räumlichen Horizonten (Jessop 2007: 43). Deshalb ist es notwendig strukturelle Beschränkungen und konjunkturelle Chancen, die den Handelnden sowie seine Aktionen konfrontieren, zu identifizieren (ebd.). Strukturen existieren also nicht außerhalb spezifischer räumlicher und zeitlicher Horizonte von Aktionen, welche von spezifischen Akteuren allein oder im Kollektiv und im Angesicht einer Opposition anderer betrieben werden. Aus diesem Grund agieren Akteure immer in spezifischen Handlungskontexten, welche von der Verbindung zwischen spezifischen institutionellen Materialität und Interaktionen von sozialen Akteuren abhängen.

„Machtpotential hängt nicht nur von der Positionierung innerhalb der sozialen Formation ab, sondern auch von der Organisation, den Kalkulationsmodi sowie den Ressourcen von sozialen Kräften. Es geht um die Interaktion von Strategien oder Aktionen betrieben durch jene Kräfte, innerhalb der Limitierungen, die sich durch die verschiedenen Kompositionen der strukturellen Beschränkungen ergeben. Interessensdurchsetzung oder Unterdrückung über das Ausüben von Macht muss ebenfalls relational abgeschätzt werden.“ (Jessop 2007: 44, eigene Übersetzung)

Weitergehend reflektiert das Handeln von Akteuren deren Verständnis vom Kontext, in welchem sie sich wiederfinden (Jessop 2007:49, eigene Übersetzung). Interessensdurchsetzung eines Akteurs ist stets von der „strategischen Selektivität“ des Terrains abhängig, denn „specific historically concrete state forms privilege specific strategies, interests, alliances, forms of action, discourses and articulate with certain modes of action and power in the different state apparatuses“ (Jessop 1990: 10).

Der Staat setzt sich also aus im konfliktiven Verhältnis zueinander stehender und im jeweiligen Moment unterschiedlich durchsetzungsfähiger Strategien der verschiedenen Akteure zusammen, die zu einer spezifischen materiellen Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse werden, wodurch ein „hegemoniales Staatsprojekt“

entstehen kann. Dabei ist das Problem der *internen Widersprüche* (weiter: die *verknöteten widersprüchlichen Verhältnisse*) des Staates und im speziellen deren Erklärung ausschlaggebend, denn genau jene Spaltungen konstituieren den Staat selbst, sie liegen in seinem materiellen Gerüst und bauen so seine Organisation auf (vgl. Poulantzas 2002: 163ff). Der Staat verfügt über eine eigenständige Materialität, wobei er den einzelnen Fraktionen und Klassen „relativ“ autonom gegenübersteht. Die relative Autonomie äußert sich insbesondere dahingehend, dass eben unterschiedliche Klassen und Fraktionen ihre Interessen in die Politik einbringen, entlang derer sich in Spannung oder gar Widerspruch zueinander stehende Apparate herausbilden, die um ihre Dominanz ringen. Verschieben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, so kommt es auch zu einer Veränderung der Struktur des Staates (Poulantzas 2002: 159-166, Candeias 2007: 22; zitiert nach Galan u.a. 2010: 150). Der Austausch der dominanten Rolle unter den Apparaten sollte angesichts der Unbeweglichkeit der Staatsapparate prozessartig, komplex und auch innerhalb jener selbst gedacht werden.

Durch das Verständnis des Staates als institutionelles Ensemble kann dieser gar nicht Macht ausüben. Der Staat ist also ein Ensemble der verschiedenen Machtzentren, das den verschiedenen Kräften unterschiedliche Chancen innerhalb und außerhalb des Staates bietet im Sinne der verschiedenen politischen Absichten zu handeln. Die Machthaber (immer in MZ) werden über die Träger der bestimmten politischen Kräfte in spezifischen Umständen/Kontexten aktiviert (Jessop 2007:37, eigene Übersetzung).

Diese Auffassung behält auch auf internationaler Ebene, auf welcher „Verdichtungen zweiter Ordnung“ (Brand et al. 2007: 217) stattfinden, seine Gültigkeit, denn auch „[i]nternationale politische Institutionen sind entsprechend nicht nur als ein Ergebnis der Routinisierung von Verhaltensweisen zu verstehen, sondern auch als Ergebnis von Strategien und Projekten, sowie als Verdichtung sich verändernder sozialer Kräfteverhältnisse“ (ebd.: 222). Im Gegensatz zum Staat verfügen sie aber weder über eigene finanzielle Ressourcen, noch über legitime physische Gewaltmittel, weshalb konkrete Politiken durch Nationalstaaten implementiert und umgesetzt werden müssen. Nationale Interessen genießen auch deshalb in multilateralen Verhandlungen eine höhere Priorität als gemeinschaftliche. Allerdings wird das vertretene nationale Interesse auch von der Struktur der jeweiligen internationalen Institution definiert, bisweilen bildet es sich gar erst dadurch heraus. Die Möglichkeit, dass sich daraus ein hegemoniales Projekt

entwickelt, ist auch auf internationaler Ebene gegeben. Der Grad der Institutionalisierung hängt von den Machttechnologien ab – den materiellen, sozialen, und raum-zeitlichen – welche die Identifikation und Institutionalisierung auf spezifischen Handlungsebenen und Zeitlichkeiten ermöglichen (Jessop 2008: 180). Eine strategisch relationale Analyse muss deshalb die multizentrischen, multiskalaren, multizeitlichen und multikausalen Formen der Verdichtung, die das Ringen um Macht in einem Konflikt strukturieren, berücksichtigen. Sie muss dennoch auch bei konkreten Handlungen ansetzen. Für Jessop ist ein solches Vorhaben „eng mit der Analyse der Organisierung, Kalkulierungsweise, Ressourcen, Strategien, Taktiken, etc. verschiedener Akteure und der Beziehungen dieser Akteure verbunden [...], die die übergeordneten Machtverhältnisse bestimmen“ (Jessop 2007: 29). Jene Analyse kann laut Jessop vier Dimensionen einer Konjunktur untersuchen, wobei sich die einzelnen Gewichte je nach Problemstellung verschieben (Jessop: Vorwort in Brand 2010): Erstens eine akteurspezifische Analyse strategischer Kontexte, zweitens die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten spezifischer individueller und kollektiver Akteure und inwiefern jene das Handlungsterrain verändern können, drittens die Berücksichtigung der verändernden Auswirkungen strategischer Interventionen auf die strategischen Selektivitäten spezifischer sozialer Strukturen und viertens die asymmetrischen Konfigurationen der Ermöglichung und Restriktion des Handelns relevanter Akteure bzw. sozialer Kräfte. Die Analyse innerhalb dieser Arbeit, wie in den Forschungsfragen schon versucht wurde deutlich zu machen, wird in alle dieser vier Dimensionen vorgreifen. Vor allem die erste und zweite Dimension werden jedoch einen Hauptteil bilden. Folgender Leitsatz wird dabei zentral sein: „Do not multiply complications beyond what is necessary but do introduce as many as are necessary.“ (vgl. Jessop 1982: 214-17; zitiert nach Jessop 2008: 225)

Zusätzlich betont Jessop, dass keine einzelne Theorie in der Lage ist (oder es je wäre) zu erklären, warum eine bestimmte Interaktion und ein daraus resultierender Effekt für notwendig erachtet wurde und deshalb zustande kam (Jessop 1990: 12). Wie im vorigen Kapitel schon sichtbar geworden ist, setzt diese Arbeit deshalb nicht auf einzelne Interaktionen ihren Fokus, sondern versucht die Gründe zur Konstituierung der AOSIS, ihr Verhandlungspotential und ihr Durchsetzungsvermögen in einem breiten Kontext zu verstehen und eben auch in einem solchen zu bearbeiten. Trotzdem muss eine Machtanalyse bei konkreten Handlungen ansetzen. Da die handlungstheoretische Komponente im Akteurszentrierten Institutionalismus (AI) ausgeprägt ist (vgl. Willems

2003: 15), erscheint es sinnvoll sich einigen Begrifflichkeiten aus dem Theoriespektrum der Multi Level Governance Forschung, wo auch der AI angesiedelt ist, zu nähern.

2.5 Aspekte des Akteurszentrierten Institutionalismus

Als globales Phänomen betrifft der Klimawandel die ganze Menschheit. Eine Problemlösung im Rahmen der Global Governance Forschung, die den Aufbau von Institutionen unter Einbezug einer Vielzahl von Akteuren verfolgt, ist deshalb naheliegend (vgl. Messner/Nuscheler 1996; zitiert nach Brunnengräber 2009: 20). Brunnengräber verwendet für Klimapolitik den Begriff der Global Climate Governance, die durch Wechselwirkungen und Interdependenzen zwischen verschiedenen Ebenen, die Akteursvielfalt und politikübergreifende Zusammenhängen geprägt ist (Brunnengräber 2009: 20). Besonderes Interesse gilt dem Begriff der Steuerung, welcher als eine Machtbeziehung gilt. Demnach ist zu fragen, welche Interessen sich mit welchen Mitteln durchsetzen lassen (Brunnengräber 2009: 48).

Die Grundannahme des AIs lautet, dass sich moderne Gesellschaften teilsystemisch ausdifferenzieren und in diesen Teilsystemen die Fähigkeit zu kollektiver Selbstregulation existiert (Brand 2000: 37). In den Teilsystemen herrsche eine grundlegende und nicht hintergehbare Differenz der ausdifferenzierten Handlungslogiken (ebd.). Konkret geht Scharpf davon aus, dass soziale Phänomene als das Produkt von Interaktionen zwischen intentional handelnden – individuellen, kollektiven oder korporativen - Akteuren erklärt werden muss (Scharpf 2000: 17). Die Struktur für den Handlungsrahmen gibt der institutionelle Kontext vor, denn jener beeinflusst die Akteure in ihren Handlungen. Der Kontext muss demnach als Teil der Handlungssituation betrachtet werden. Besonders relevant ist dabei, dass korporative Akteure zwar gesetzlich konstruiert oder zumindest sanktioniert werden, dies wiederum aber ihre Merkmale als soziale Organisation und ihre Handlungsorientierung in einer konkreten Situation nicht vollständig bestimmt (Mayntz/ Scharpf 2000: 47). Der institutionelle Kontext strukturiert die Handlungen der Akteure, determiniert diese aber nicht. Auch die Handlungen der Akteure selbst beeinflussen den institutionellen Kontext. Die dialektische Beziehung von Struktur und Handlung wurde jedoch im SRA schon deutlich herausgearbeitet. Die

Verwendung jener Begrifflichkeiten im AI können demnach als definitorische Ergänzungen angesehen werden.

Scharpf benutzt den institutionellen Kontext als Sammelbegriff zur Beschreibung der wichtigsten Einflüsse auf jene Faktoren, die unsere Erklärungen eigentlich bestimmen – nämlich Akteure mit ihren Handlungsorientierungen und Fähigkeiten, Akteurkonstellationen und Interaktionsformen (Scharpf 2000: 78). Deutlich enger als im SRA sind Institutionen hierbei die wichtigste Komponente zur Erfassung relevanter Informationen.

Eine spezifische Analysekategorie des Akteurszentrierten Institutionalismus sind komplexe Akteure, also kollektive und korporative Akteure, welche institutionell konstruiert sind. Institutionelle Regeln definieren neben der Mitgliedschaft komplexer Akteure, die zur Verfügung stehenden materiellen und rechtlichen Handlungsressourcen und damit auch die Menge legitimer Handlungsweisen sowie die Kompetenzen der für sie handelnden Akteure, sowie die von diesen Akteuren zu verfolgenden Ziele oder die bei ihren Entscheidungen in Betracht zu ziehenden Werte (vgl. Scharpf 2000: 79). Institutionen legen dabei weitgehend fest, wie Ergebnisse erreicht werden und bestimmen über Präferenzen der Akteure im Hinblick auf deren Optionen (vgl. ebd.). Eine der wichtigsten Voraussetzungen fruchtbarer sozialer Interaktionen sind das Verstehen und Vorhersehen des Verhaltens durch jene Regelsysteme. Wenn Institutionen jedoch erst mal geschaffen sind, sind etwaige Veränderungen mit hohen Kosten verbunden, sprich schwer reformierbar oder abzuschaffen, selbst wenn die Umstände, die ursprünglich für ihre Schaffung verantwortlich waren und die sie ursprünglich auch gerechtfertigt haben mögen, gar nicht mehr existieren (Scharpf 1986; zitiert nach Scharpf 2000: 82). Wie vorher schon erwähnt, handelt es sich beim institutionellen Kontext also um kein determinierendes Konzept, sondern strategischen und taktischen Entscheidungen Raum gelassen wird. Ein personeller Wechsel in einer Führungsposition (chair) kann beispielsweise erhebliche Auswirkungen auf politische Entscheidungen und Ergebnisse haben. Die Kenntnis der Institutionen gibt uns also viel Aufschluss über Optionen, Wahrnehmungen und Präferenzen bestimmter Akteure, kann aber nicht alle Fragen beantworten (Scharpf 2000: 83).

Akteure haben bestimmte Fähigkeiten im Sinne von Handlungsressourcen inne, welche laut Scharpf von physischer Stärke, Intelligenz, Human- und Sozialkapital über materielle Ressourcen, technologische Ressourcen und institutionelle Regeln reichen. Letzteres stellt dabei die wichtigste Handlungsressource dar, durch die Kompetenzen zugewiesen und Partizipationsrechte, Vetorechte oder das Recht zur autonomen Entscheidung für bestimmte Fragen verliehen oder beschränkt werden (Scharpf 2000: 86). Neben jenen Fähigkeiten sind es spezifische Handlungsorientierungen, charakteristische Wahrnehmungen und Präferenzen, die Akteure kennzeichnen. Außerdem werden Akteurkonstellationen eine überaus wichtige Rolle zugeschrieben, welche die beteiligten Spieler beschreibt, ihre Strategieoptionen, die mit verschiedenen Strategiekombinationen verbundenen Ergebnisse und die Präferenzen der Spieler in Bezug auf diese Ergebnisse (ebd.: 87).

Scharpf geht davon aus, dass sich spezialisierte politische Akteure mit einer gewissen Problemkonstellation identifizieren und bis zu einem gewissen Grad selbst betroffen sind. Auf welche Weise, hängt aber von ihren institutionellen Rollen und ihren institutionellen Eigeninteressen ab (ebd.: 89). Innerhalb des Ansatzes wird aus diesem Grund von einer Art Problemprojektion auf die Akteurkonstellation ausgegangen. Dies fungiert dann in idealer Form als Präskription. Jene Akteurkonstellation beschreibt jedoch nur ein statisches Bild und nicht die eigentlichen Interaktionsformen, welche jedoch im Mittelpunkt des Interesses stehen (ebd.: 93). Da die Erläuterung der Interaktionsformen jedoch größtenteils auf spieltheoretische Hintergründe zurückgreift und dies nicht im Sinne des theoretischen Schwerpunkts dieser Arbeit liegt, werden jene außen vor gelassen. Tatsächlich, so der Vorwurf, scheinen spieltheoretische Modellsituationen von der politökonomischen Realität internationaler Beziehungen meilenweit entfernt (Missbach 1999: 45).

Darüber hinaus argumentiert Scharpf, dass die bestimmten Fähigkeiten für die Erklärung politischer Ergebnisse einerseits von entscheidender Bedeutung sind, da ohne Handlungsressourcen selbst die besten Wahrnehmungen und Präferenzen keine praktischen Auswirkungen haben können. Aus theoretischer Sicht erscheinen die Fähigkeiten jedoch als höchst kontingente Größe (Scharpf 2000: 95). Die Fähigkeiten zum Handeln sind auf der Ebene der komplexen Akteure durch interne Interaktionen erzeugt (vgl. ebd.: 97). Dies setzt eine spezifische Zugangsweise voraus, die eine Innen-

und Außendimension von komplexen Akteuren voraussetzt. Die Außendimension fokussiert dabei den Akteur mit bestimmten Ressourcen und einer größeren oder geringeren Fähigkeit, diese Ressourcen in strategischen Handlungen einzusetzen. Die Innendimension betrachtet die institutionelle Struktur, innerhalb deren interne Akteure interagieren, um die Handlungen zu produzieren, die dem komplexen Akteur zugerechnet werden (ebd.).

Organisationsvorteile korporativer Akteure

Die Vorteile eines korporativen Akteurs liegen darin, dass sie ihre Handlungsform dahingehend verändern können, indem sie weiterhin auf individueller Weise die Handlungsressourcen mobilisieren, diese dann aber – über einen Vertrag - in einer hierfür geschaffenen Organisation zusammenlegen, die dann mit der Ausführung des kollektiven Handelns über ihr angestelltes Personal betraut ist (Schneider 2006: 72). Dies schafft ein begrenztes Aufgabengebiet, das gelöst von situativen Konstellationen kollektiv bearbeitet werden kann. Coleman meint, dass durch den Organisationsvertrag die korporative Einheit Autonomie gewinnt, um im Sinne kollektiv festgelegter Ziele zu handeln (Coleman 1979; 1991; 1992; zitiert nach ebd.) Insofern wird innerhalb des AIs die Erkenntnis der allgemeinen Korporatismusforschung geteilt, dass der Einfluss von Akteuren gesellschaftlicher Selbstorganisation wesentlich von ihrer Organisationsfähigkeit abhängt (Brand 2000: 37). Relevant ist hierbei, dass das politisch-administrative System erheblichen Einfluss auf die Organisationsfähigkeit und –macht gesellschaftlicher Akteure über die Mittel Steuererhebung, legaler Rechts(durch)setzung und das Gewaltmonopol hat. „Faktisch funktioniert ein erheblicher Teil der tatsächlich stattfindenden Selbstregulierung nur 'im Schatten der Gesetze'.“ (Mayntz/Scharpf 1995a, 30ff.; zitiert nach Brand 2000: 240)

Ein weiterer Nutzen des korporativen Akteurs liegt in der Fähigkeit Aufgaben intern zu dezentralisieren, wodurch kognitive Beschränkungen natürlicher Personen auf kollektive Weise überwunden werden können (vgl. Simon 1993; zitiert nach ebd.: 73). Schneider spricht in diesem Zusammenhang von der Schaffung einer Kollektivintelligenz (vgl. Schneider 2006: 73). Des Weiteren betont Scharpf, dass die Frage, wer eine Organisation repräsentiert, bei Verhandlungen einen Unterschied machen kann, da einzelne Staaten auch als korporativer Akteur handelnd immer noch ihren eigenen Interessen nachstreben (vgl. Mayntz/ Scharpf 1995: 51). Die AOSIS sollte demnach als Allianz gedacht werden,

also als komplexer Akteur mit relativ einheitlichen Handlungsorientierungen und relativ großen Handlungsressourcen. Andererseits muss die Möglichkeit auf die individuelle Ebene zurückzukehren, wenn es empirisch notwendig ist, gegeben bleiben (vgl. Scharpf 2000: 35).

Die Akteurkonstellation als weitere zentrale Einheit (statisches Bild der Handlungssituation) ist ein Sammelbegriff für die Informationen, die über beteiligte Akteure vorliegen. Sie geben also Auskunft über bestimmte politische Interaktionen der beteiligten Akteure, ihre Fähigkeiten (übersetzt in mögliche „Strategien“) (Scharpf 2000: 128f.). Es wird also das Konfliktniveau beschrieben, jedoch noch nicht der Interaktionsmodus, durch den diese Konflikte verarbeitet werden sollen (ebd.: 129).

Geht man von einem gegebenen Konfliktniveau aus, dann hängt die strategische Handlungsfähigkeit komplexer Akteure von institutionellen Bedingungen ab, die eine interne Konfliktlösung erleichtern oder erschweren (Scharpf 2000: 108). Die Höhe der Transaktionskosten innerhalb eines komplexen Akteurs ist von Interessensübereinstimmungen abhängig. Je geringer die Transaktionskosten desto effektiver ist ein strategischer Akteur. Unterschiede in der strategischen Handlungsfähigkeit tauchen vor allem dann auf, wenn bestehende kollektive Akteure mit neuen Problemen konfrontiert werden (vgl. ebd.: 110). Die bisherigen Kapitel stellen gleichzeitig die Kritik an jenen mikrotheoretisch-lastigen Definitionen dar, wobei dem Aberglauben eine Korrektur von institutionellen Gegebenheiten Asymmetrien beseitigen würde, widersprochen wird.

Abseits dieser Institutionen lastigen Argumentation sollte auf ein weiteres Charakteristikum des AIs nämlich Handlungsorientierungen eingegangen werden. Um die recht subjektive Kategorie der Handlungsorientierungen fassbarer zu machen, wird sie in einfachere Bestandteile wie die Bezugseinheiten zerlegt (vgl. Scharpf 2000: 111). Als Bezugseinheiten für Handlungsorientierungen wird beispielsweise die soziale Rolle beansprucht, mit welcher rollenspezifische Normen und Erwartungen verbunden werden. Mit rollenspezifischen Handlungsorientierungen sind jedoch zwei Schwierigkeiten verbunden: Einerseits nehmen Individuen häufig mehrere Rollen ein, wodurch ein Rollenkonflikt entstehen kann; andererseits können die individuellen Eigeninteressen oder idiosynkratischen Handlungsorientierungen dominieren (vgl. Scharpf 2000: 112).

Letztere sind jedoch empirisch nicht leicht zugänglich. Eine weitere Kategorie der Handlungsorientierungen sind für Scharpf kognitive Orientierungen, wobei die Überlegungen zu Wissen und Unwissen, insbesondere ob und wie Wahrnehmungen vom bestmöglichen Wissen abweichen, für die Analyse der AOSIS besonders interessant erscheinen. Laut Scharpf muss insbesondere überprüft werden, inwiefern die möglichen Handlungsoptionen, ihre wahrscheinlichen Resultate und ihre Auswirkungen auf die jeweiligen Präferenzen korrekt wahrgenommen werden (ebd.: 115). Das Wahrnehmungspotential von möglichen Optionen für Entscheidungsfindung ist ebenso wie Lernprozesse von enormer Bedeutung. Kollektives Lernen bezeichnet hierbei Kommunikation und öffentliche Diskussion. Die letzte Kategorie der Handlungsorientierungen sind Präferenzen, wobei jene wieder in vier Komponenten aufgegliedert werden: „Interessen“, „Normen“, „Identitäten“ und „Interaktionsorientierungen“ (Scharpf 2000: 116-122). Die erste Komponente beschreibt Eigeninteresse des Akteurs an seinem Fortbestand (Selbsterhaltung), an Zugriff auf Ressourcen (Wachstum) und an autonomer Handlungsfähigkeit (Autonomie). Mit der Definition von Normen werden Bedingungen oder Zwecke für Handlungen bestimmt, die erreicht werden sollen (Luhmann 1966; zitiert nach Scharpf 2000: 118). Die Identität definiert eigene Interessen sowie Normen und hebt vor allem spezifische Aspekte des Eigeninteresses, spezifische Regeln und normative Ziele besonders hervor. Akteure können ihre eigene Identität bilden. Eine klar definierte Identität verringert die internen Such- und externen Transaktionskosten und erhöht auf diese Weise die Effizienz von Interaktionen (Scharpf 2000: 120). Diese Effizienz ist aber nur wirksam, wenn Identitäten zeitlich relativ stabil sind und die mögliche Entscheidungspalette eingeschränkt wird. Bei einer stabilen Umwelt ist dies von Vorteil, bei unbeständiger Umwelt jedoch von Nachteil. Eine notwendige höhere Flexibilität ist insofern nützlich, aber nicht einfach, denn prinzipiell sind Strategiewechsel schwierig, weil mühevoll aufgebaute moralische Werte und kognitive Sicherheiten verworfen werden müssen (ebd.: 120f). Interaktionsorientierungen schließlich erfassen relational definierte Präferenzen. Die am häufigsten auftretenden Interaktionsorientierungen sind Individualismus, Solidarität, Wettbewerb, Altruismus und Feindschaft und prägen den Charakter der Akteurkonstellationen ganz wesentlich (Scharpf 2000: 152f). Innerhalb der Internationalen Beziehungen wird jedoch aufgrund der Normen des politischen Professionalismus und durch die Staatsräson die Neigung zu Altruismus und Feindschaft

im Allgemeinen beschränkt (vgl. Scharpf 2000: 153f.). Aber selbst die drei üblichsten Interaktionsorientierungen sowie ihre Zwischenformen können sich stets verändern.

Schwächen des AIs

Mit dem auf Steuerungsfähigkeit zielenden Politikverständnis der gesamten Policyforschung ist wohl die grundlegendste Diskrepanz zu den bisherigen Ansätzen sichtbar. Es geht davon aus, dass erstens kooperative Ergebnisse und Problemlösungen produziert werden und zweitens Eliten innerhalb und außerhalb des Staatsapparates um die Durchsetzung bestimmter Entwicklungen kämpfen (Brand 2000: 40). Der wohl grundlegendste Unterschied zum SRA liegt darin, dass der AI weiterhin an einer Trennung von Staat und Gesellschaft festhält. Die Herrschaftsförmigkeit von Politik und Ökonomie löst sich in differenzierungstheoretischen Annahmen auf, die ungleiche Strukturierung gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion ist nur am Rande Thema (Brand 2000: 40f.). Die Problematik liegt im Fokus auf Prozessen, die letztendlich „von oben nach unten“ ablaufen (vgl. Brand 2000: 41). Ganz im Gegenteil zu Jessops Annahmen, die von einer eindeutigen Positionierung der Prozesse absehen, ja in deren Kritik sogar der Kern des strategisch-relationalen Ansatzes zu finden ist. Damit unterschätzt der AI die Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturzwänge, die sich historisch unterschiedlich ausformen oder erwähnt diese sehr unbestimmt als „externe Faktoren“ (vgl. Brand 2000: 41). Demgemäß wird auch ein Bezug auf die materialistische Staatstheorie unterlassen. Der eindeutige Mehrwert des AI kann jedoch darin gesehen werden, dass hier wieder der staatliche Apparat, als Bürokratie, als Institution, als Politikfeld, als politischer Entscheidungsprozess thematisiert wird (vgl. Demirovic 2007: 38). Die Analyse des politischen, staatlichen Prozesses und dessen Rekonfiguration wird nun wieder in den Mittelpunkt gebracht, was zur Erforschung der AOSIS grundlegend ist. Das explizit Machen von Organisationsvorteilen hilft beispielsweise die korporativen Elemente der AOSIS, ihr Verhandlungspotential sowie ihr Durchsetzungsvermögen besser zu verstehen. Es wird de facto wieder auf eine Ebene zurückgeschritten um einen kleineren Fokus, eine Detailanalyse des Feldes, zu ermöglichen.

Da die AOSIS, wie schon in der Einleitung betont, als moralische Instanz der Klimaverhandlungen wahrgenommen wird, wird nun spezifisch der Begriff der moralischen Handlungsorientierungen reflektiert. Dies macht insofern Sinn, als dass in

handlungstheoretischen Theorietraditionen der Begriff des Interesses zur einzigen handlungsorientierenden Schlüsselkategorie avanciert – trotz der erheblichen begrifflichen Unklarheiten, die ihn auszeichnen (vgl. Willems 2003: 19).

2.6 Moralische Handlungsorientierungen: Zum Verhältnis von Interesse und Moral

Ähnlich wie in der Struktur-Handlungsdebatte kann auch für die Diskussion über Politik und Moral festgestellt werden, dass moralische Orientierungen weder ausschließlich durch politische Akteure noch durch „moralische Qualitäten“ von Institutionen und Handlungszusammenhängen gewährleistet werden können und sollten, sondern beider Zutun bedingen. Trotzdem ist die Frage ob und in welchem Umfang Politik Moral bedarf vom Verhältnis von Interessen und Moral bestimmt: Je zivilisierter das Ensemble der Interessen ist, desto geringer fällt der Moralbedarf aus (Willems 2003: 9). Willems führt weiter aus:

„Je mehr man den Charakter der Moral als Ensemble betont, das auf den Schutz und die Reproduktion sozialer Zusammenhänge und die Sicherung von Kooperation zielt, die das Leben des einzelnen selbst erst ermöglichen (vgl. Sik 1977: 121f; zitiert nach Willems 2003: 9f), desto weniger prinzipiell fällt der Gegensatz zwischen Moral und Interesse aus, kann sich dann noch der einzelne mit wesentlichen seiner Interessen in den moralischen Regeln wiederfinden und die moralische Ordnung anerkennen, weil sie dann „in substantieller Hinsicht mit dem Eigenwohl übereinstimmt“ (vgl. Höffe 1996a: 748; zitiert nach Willems 2003: 9f)

Was kann oder sollte jedoch prinzipiell unter (politischer) Moral verstanden werden und welchen Stellenwert kann ihr in der Politik zugeschrieben werden? Willems geht von einer an Prinzipien orientierten Fähigkeit oder Bereitschaft, von den eigenen Interessen auch absehen oder sie zumindest relativieren zu können, aus (vgl. Willems 2003: 13 Fussnote). Die Frage um die begriffliche Fassung des Moralbegriffs ist komplex und wird von Skeptikern oft als kompatibel mit dem Eigeninteresse verstanden. Spezifischer wird auch von der Intention gesprochen die eigenen Interessen als Allgemeininteresse darzustellen und sie moralisch zu begründen und zu untermauern (vgl. Sik 1977: 124; zitiert nach Willems 2003: 36). Hinsichtlich der Entscheidungsfindung und ihren Bedingungen sowie der Umsetzung von Politik wird allerdings auch ein erhöhter Moralbedarf diagnostiziert (Willems 2003: 17f). So hänge eine wachsende Zahl von

Programmen und Maßnahmen davon ab, dass die Bürger der Politik in ihrem Alltag durch entsprechende Lebensstilentscheidungen, etwa nachhaltige oder ökologisch verträgliche Konsummuster, entgegenkommen, auf die notwendig werdende „Resubjektivierung von Steuerungsleistungen“ (Offe 1989:743; zitiert nach Willems 2003: 18) *also* auch verantwortlich oder moralisch reagieren (vgl. Schmalz-Bruns 1995:15; vgl auch Buchstein 1996:297, m.w.N.; zitiert nach ebd.). In diesem Zusammenhang sollte Moral nicht ausschließlich als eine normative Vorstellung betrachtet werden, weil jede normative Vorstellung immer nur erst einmal ein Argument (neben vielen anderen) im politischen Prozess ist, dessen kommunikative Effektivität noch längst nicht geklärt ist (Priddat Birger P.: 225; In Willems 2003). Moral sollte nicht als altertümliche Idee gesehen werden, man müsse Normen konventionaler Herkunft befolgen, sondern schlicht der Zugewinn an Handlungsmöglichkeit, der uns Kooperationen erbringt, in denen wir 1. unsere Lebensmöglichkeiten adaptiv verbessern und 2. uns respektieren (ebd.).

Prinzipiell ist aber eine grundsätzliche politiktheoretische und politische Kritik der Moral aufzufinden. Willems fasst fünf Sorten von Argumenten zusammen, die zu jener Skepsis führen (Willems 2003: 19): (1) die geringe Motivations- und damit auch Erklärungskraft der Moral gegenüber dem Interesse, (2) die veränderten Handlungsbedingungen und Organisationsprinzipien moderner Gesellschaften, die der politischen und gesellschaftlichen Wirksamkeit der Moral entgegenstehen, (3) das geringe (kognitive) Komplexitätsniveau moralischer Urteilspraktiken und die problematischen Folgen für die Sachangemessenheit und die Gerechtigkeit der resultierenden Politiken, (4) die mit dem Gebrauch der Moral systematisch verbundenen erheblichen Gefährdungspotentiale und (5) die in der Regel höchst begrenzte soziale Inklusivität empirisch beobachtbaren moralischen Handelns. Bezüglich des ersten Arguments spricht Willems von den potentiellen Verlusten, die durch moralisches Handeln entstehen können. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Bemühungen einzelner zur Realisierung gemeinsamer Interessen nicht von einer ausreichenden Zahl anderer Akteure unterstützt werden und erwähnt sogar Moral unter solchen Bedingungen eine Handlungsbeschränkung für den „irrationalen Deppen“ (vgl. Weise 1997: 97; zitiert nach ebd.: 20). Moral wird abgesehen davon nur gehandelt, wenn es sich „lohnt“ oder es nichts „kostet“. Moralisch Handeln lohnt sich dann, wenn es die „klügere Interessensverfolgung“ darstellt. Niedrigkostensituationen sind Situationen mit vernachlässigbaren oder geringen Opportunitätskosten bzw. Situationen, in denen die Handlungen eines einzelnen Akteurs

(...) keinen oder nur einen vernachlässigbaren Effekt auf die Lage des Individuums selbst und/oder das angestrebte kollektive Ergebnis haben (Willems 2003: 21f).

Die Wirkungslosigkeit moralischer Interventionen wird vor allem mit der Logik des Marktes begründet, denn dieser *begrenzt* Handlungschancen und *entgrenzt* zugleich Verantwortungsbereiche (vgl. Willems 2003: 25f).

Darüber hinaus ist in einer modernen Gesellschaft eine gemeinsame, alle verpflichtende Moral nicht mehr vorstellbar. Vielmehr erfolgt eine Pluralisierung, Heterogenisierung und Individualisierung der moralischen Orientierungen der Bürger (vgl. Willems 2003: 27). Problematisch erscheinen die weiteren Ausführungen Willems bezüglich der prinzipiellen Fähigkeit von Politik moralische Ziele zu verfolgen und durchzusetzen. Ähnlich wie in der Regimetheorie und in Global Governance Ansätzen geht er von einer prinzipiellen Steuerungsfähigkeit von Politik aus, insofern hängt es nur von der Bereitschaft von Eliten und Bürgern, Regierenden und Regierten ab, ob und in welchem Ausmaß moralische Ziele Unterstützung finden und sich durchsetzen lassen,(...) Grundsätzlich befinden sich moralische Anliegen damit in keiner anderen Lage als andere Forderungen (vgl. Willems 2003: 29f). Da auf die Unzulänglichkeiten dieser theoretischen Ansätze schon oben eingegangen wurde, wird nun darauf verzichtet. Das Argument, dass moralische Anliegen keine andere Lage als andere Forderungen einnehmen, kann aus diesem Grunde zurückgewiesen werden, da sie einer enormen Grundskepsis ausgeliefert sind und die wohl schwächste Ausgangsbasis im Verhältnis zur Logik des Marktes haben.

Moralische Minderheiten, deren Argumente in dieser Weise von der herrschenden Meinung als inakzeptabel ausgezeichnet werden, verlieren nicht bloß (permanent), sondern sehen sich zugleich auch noch doppelt, nämlich moralisch-politisch diskreditiert (Willems 2003: 33). Vielleicht gilt genau deshalb die Reputation als „moralischer“ Akteur als größtes Kapital schwacher Akteure (vgl. ebd.: 34). Ob und in welchem Ausmaß Organisationsinteressen die proklamierten moralischen Ziele beeinträchtigen oder dominieren, kann nur empirisch geprüft werden (ebd.). Das Risiko dafür wird aber grundsätzlich wegen des Organisationsinteresses an der eigenen Reputation als begrenzt gesehen (ebd.).

3 Zwischenfazit

Insgesamt wurde innerhalb des theoretisch-konzeptionellen Rahmens eine Vielzahl von Kategorien für die Analyse geboten. Den größten Gegenpol kennzeichnet deren divergentes Politikverständnis und somit deren unterschiedliche Bearbeitungsstrategien vom Feld der internationalen Umweltpolitik. Zentral erweist sich die implizite Kritik am Regimeverständnis beim Ansatz der GNV, der IdS sowie dem SRA, wobei eine prinzipiell erfolgreiche internationale Kollaboration als nicht voraussetzungsvoll angesehen wird. Der Ausgang der hier zu untersuchenden Prozesse bleibt offen. Die Politische Ökonomie, deren Herrschaftsförmigkeit und damit einhergehend die ungleiche Strukturierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse werden in den Mittelpunkt gerückt. Durch das Verständnis dieser, das Konfliktfeld bestimmenden Tendenzen, können relevante Rückschlüsse auf das Verhandlungspotential und das Durchsetzungsvermögen der Allianz geschlossen werden.

Zentral erscheint dabei, dass das Konzept der GNV und der IdS sowie der SRA, im Gegensatz zu Altvater, Scharpf oder Willems, Staat und Politik gesondert betrachtet. Während der SRA beispielsweise den Staat als ein soziales Verhältnis definiert, hält der AI weiterhin an einer Trennung von Staat und Gesellschaft fest. Eine Schwäche des AI ist damit eindeutig die Unterschätzung der Einbettung in gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturzwänge, die sich historisch unterschiedlich ausformen. Wenn diese erwähnt werden, dann sehr unbestimmt als „externe Faktoren“ (vgl. Brand 2000: 41).

Das Konzept der GNV geht über den Ansatz von Altvater hinaus und setzt neben der materiellen, die symbolische Dimension der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ins Zentrum. Die Umkämpftheit der Krise und die Interpretation der Differenz zwischen den Begrifflichkeiten Natur und Gesellschaft wird dadurch bearbeitbar. Der gesellschaftliche Konsens, auf dem moderne Formen von Herrschaft maßgeblich beruhen, ist von dieser Differenz gekennzeichnet. Bei der Thematisierung des Konsens ist ein Fokus auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft ausschlaggebend. Jenes modifizierte Verhältnis wird im Konzept des SRA konkretisiert. Zentral erweisen sich die in einem widersprüchlichen Verhältnis stehenden Apparate, welche als eigenständige Terrains fungieren und auf denen sich sehr spezifische und unterschiedliche soziale

Kräfteverhältnisse verdichten. Womit der Aspekt der internationalen Hegemonie ins Spiel kommt, denn sie entsteht durch die spezifische materielle Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Verdichtung jener gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse - spezifischer die Verdichtung zweiter Ordnung auf der internationalen Ebene - sowie deren Veränderungen stehen dabei im Mittelpunkt. Innerhalb der Analyse spielt vor allem die hegemoniale Verfasstheit der UNFCCC, welche den Konstitutionsraum der AOSIS deutlich prägt, aber auch bezüglich des Verhandlungspotentials sowie der Handlungsfähigkeit von der AOSIS zentral ist, eine wichtige Rolle. Das deutlich Machen der hegemonialen Verfasstheit zeigt auf, warum sich Kooperationsbestrebungen auch innerhalb der UNFCCC immer wieder an einzelstaatlich regulierten Reproduktionszusammenhängen brechen und die Bearbeitungsstrategien marktgängigen auf Effizienz und ökologischer Modernisierung ausgerichteten Instrumenten entsprechen.

Dennoch gehen auch kritische Ansätze wie Altvater der Pluralität gesellschaftlicher Naturverhältnisse aus dem Weg, womit historische Erfahrungen und frühere wie aktuelle Auseinandersetzungen um die soziale Aneignung und Konstruktion von „Natur“, historisch divergierende und umkämpfte Aneignungsformen bzw. die Aufrechterhaltung und/oder Schaffung anderer Naturverhältnisse unterberücksichtigt bleiben (vgl. Brand 2000: 138). Die Behandlung der Umkämpftheit jenes Terrains im Konzept der GNV stellt insofern eine besondere Relevanz dar, als zivilgesellschaftlichen Akteuren eine systematische Rolle zugeschrieben wird. Auch das Konzept der IdS erkennt in der relativen Entstaatlichung von Politik einen Prozess, worin jener Akteursgruppe steigende Bedeutung zugeschrieben werden muss. Auch im SRA rückt das kontinuierliche Zusammenspiel von Strategien und Strukturen in den Mittelpunkt der Analyse (vgl. Brand 2010: 18). Jessop gewinnt den Begriff des Strategisch-Relationalen, indem er die Kategorie der strukturellen Selektivität erweitert, d.h. die unterschiedlichen Auswirkungen staatlichen Handelns auf soziale Kräfte und deren Handlungsfähigkeit bezieht (Brand 2010: 18). Dabei spielen konkurrierende Strategien unterschiedlicher Kräfte für die gesellschaftliche Entwicklung und das Hegemonialwerden spezifischer Strategien eine größere Rolle als in anderen Ansätzen (vgl. ebd.).

Demgegenüber könnte als Schwäche des AIs das auf Steuerungsfähigkeit zielende Politikverständnis gesehen werden, dass zugleich einen Mehrwert für die Analyse

darstellt. Durch den differenzierungstheoretischen Ansatz kann der Blickwinkel auf den Akteur - die AOSIS - zugespitzt werden, wodurch eine Detailanalyse des Feldes möglich wird. Akteure und Institutionen spielen im AI eine zentrale Rolle, womit im Gegensatz zu Altwater, der auf ein genaueres Verständnis von Institutionen verzichtet, die Allianz fassbarer analysiert werden kann. Durch das Konzept der GNV wird die AOSIS innerhalb eines vielfältigen Beziehungsmusters gesehen. Der AI spricht von Akteurskonstellationen, beide versuchen einem deterministischen Verständnis von Struktur und Handlung entgegenzuwirken. Jessop stellt fest, dass strategische Perspektiven und Möglichkeiten mit spezifischen Akteuren bzw. Akteurskonstellationen im Hinblick auf raum-zeitlichen Handlungshorizonten und spezifischen Konjunkturen sowie institutionellen Konfigurationen und strukturellen Kontexten variieren.

Summa summarum sollte festgehalten werden, dass der Theorienpluralismus nicht dazu beitragen wird, jene Ansätze geschlossen zu denken, vielmehr sollen sie - wie in Jessops Interesse - dazu beitragen, so viele Aspekte wie möglich in die Analyse einzuführen, um sie miteinander in Beziehung zu setzen, anstatt sie lediglich zu multiplizieren (vgl. Jessop 2008: 225).

4 Methodenerklärung und Kategorienbildung

Ziel ist es nun durch diesen theoretisch-konzeptionellen Rahmen mithilfe einer Literaturanalyse sowie der von der Autorin getätigten qualitativen ExpertInneninterviews (siehe Literaturverzeichnis. Interviews: COP1-11 und VIE) Veränderbarkeiten und *policy* Elemente innerhalb des Gegenstands zu analysieren. Als empirisches Forschungsfeld wurde die 15. Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC (COP15) vom 6. bis 17. Dezember 2010 in Kopenhagen als Anlass genutzt, qualitative Experteninterviews mit RepräsentantInnen der AOSIS sowie etlichen anderen ExpertInnen des Feldes zu führen. Der sozio-ökonomische Kontext des Konfliktfeldes konnte in Kopenhagen nicht analysiert werden, jedoch war es möglich, dort das „Framing“ abzufragen, welches allerdings keinen Verhandlungsgegenstand in Kopenhagen darstellte. Die Frage der verschiedenen „Frames“ ist für das Forschungsvorhaben jedoch von besonderem Interesse und ebenso für die Etablierung hegemonialer Projekte, welche allerdings nur

über eine Literaturanalyse erforschbar sind. Womit klar wird, dass der „structural moment“ durch eine Literaturanalyse extern erforscht wurde.

Für die Interviews wurde ein offener Leitfaden benutzt, der im Anhang nachgelesen werden kann. Die Auswertungsstrategie bzw. der Rekursivitätsprozess des Interviewmaterials wurden in Anlehnung an Meuser und Nagel (Meuser/ Nagel: 2005) getätigt. Die Transkription erfolgte demnach je nach Idealform des Gelingens, die Paraphrasierung nach Rang des jeweiligen Themas. Im Zuge der Verdichtung des Materials ergab sich ein Muster der Paraphrasierung. Zunächst wurden den einzelnen Absätzen mit Hilfe des Programms *Atlas.ti* Codes zugeordnet, die durch metaphorische Verdichtungen thematische Vergleiche zwischen den Interviews zuließen. Die Vielzahl von Codes wurde dann größeren Kategorien zugeteilt, die eine Verwendung des Informationsmaterials in den einzelnen Kapiteln ermöglichten. Da das Interviewmaterial in der Originalsprache (Englisch) transkribiert wurde, entstand durch die Weiterverarbeitung automatisch eine Ablösung vom Originaltext, welcher durch den Literaturbezug innerhalb der Operationalisierung Generalisierungen zuließ. Als Extraktionsbeispiel soll eine Passage des Interviews COP2 dienen:

P.B.: Could you tell me why the UNFCCC was chosen from AOSIS as a platform to articulate interests? #00:03:18-9#

C.B.: I think in terms of AOSIS, it does not just exist because of the UNFCCC, it exists as a group because of its common concerns. So we advocate not only in this particular convention secretariat but we also advocate in other areas within the UN system, so it is really a system wide engagement globally and not so much to look on AOSIS from a narrow perspective of just looking at AOSIS within the UNFCCC, so that would be a wrong impression. We came a long way from Rio to Barbados in establishing a framework that recognizes special needs of SIDS and we moved on to more. So we clocked a lot mileage so it would be a misinterpretation just to look on AOSIS just within the UNFCCC. But in terms of climate change this is the climate change organisation which we pay a lot of attention to and this is why we are also here, but again I would also like to say for us climate change is everything including sustainable development issue, that's why there are CSD processes that exist in New York within the UN system not so much by the UNFCCC. So there are various organisations that build with our organisation but principally common concern rests on our vulnerability to climate change hence we have payed a lot of attention to the UNFCCC.

#00:05:26-4#

Like I said the main challenges is actually to survive and there is nothing else to say than to survive, to ensure that there is global attention to our course, our vulnerability.

Zeile 1-9 wurde der Code *AOSIS im UN-system und Konstituterung/Konstituierungsprozess* zugeteilt. Zeile 9-16 wurde dann mit dem Code *sustainable development und Fokus auf die UNFCCC* versehen und Zeile 18-19 mit *challenges because of climate change*. Aufgrund der thematischen Überschneidung der meisten Codes, muss davon ausgegangen werden, dass sie sehr multiple und je nach inhaltlichen Gebräuchen sehr integrativ verwendet wurden.

5 Der historisch-strukturelle Kontext der AOSIS in der Klimapolitik

Bei der Analyse geht es zunächst um den spezifischen Handlungsrahmen in dem die AOSIS eingebettet ist, seine eingeschriebenen Selektivitäten und daraus entstehenden Herausforderungen für die Allianz, denn jene Spezifika beeinflussen das Verhandlungspotential und das Durchsetzungsvermögen bzw. die Handlungsfähigkeit der AOSIS. Die Konstituierung der Allianz fand in diesem Rahmen statt, wobei der Ursprung vor allem in den Umweltverhandlungen der 90er Jahre zu sehen ist, welche in einer direkten Nachfolge der Entwicklungsverhandlungen der 70er Jahre standen. Ausschlaggebend ist, dass es in den Umweltverhandlungen um die dominante Thematisierung der ökologischen Krise in „nördlichen“ Ländern geht und nicht um die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Dabei wird eine stark technische Lösungsperspektive mit einem Fokus auf Strategien der ökologischen Modernisierung vorgesehen. Den Wechselwirkungen und Unsicherheiten zwischen Natur und Gesellschaft, deren Bedeutung das Konzept der GNV präzisiert, wird dabei aus dem Weg gegangen. Die tatsächlich damit zusammenhängenden Ressourcen- und Verteilungskonflikte, und damit die Entwicklungsprobleme des globalen Südens der 80er Jahre, wurden innerhalb der Umweltverhandlungen in den Hintergrund gedrängt.

Ursprünge der Forderungen innerhalb der Entwicklungsverhandlungen ergaben sich im Kontext einer enormen Expansion des Weltmarktes nach dem zweiten Weltkrieg und der Entkolonialisierung in Afrika und Asien. Die Entkolonialisierung der Kleinst- und Inselstaaten fand erst in der sogenannten vierten (Entkolonialisierungs-)Welle in den 1970er und 80er Jahren statt. Palau erhielt sogar erst 1994 seine *offizielle* Unabhängigkeit von den USA. Die Betonung liegt hier absichtlich auf *offiziell*, da durch die sogenannten „compact(s) of free association“ (die die FSM für ihre Unabhängigkeit mit den USA abschließen mussten) die Außenpolitik der USA unterstellt bleibt (Mückler 2009: 62). Die Phase der Entkolonialisierung ist noch nicht abgeschlossen, trotzdem können die meisten der Inselstaaten (im Pazifik, eigene Anmerkung) bereits auf mehrere Jahrzehnte Unabhängigkeit zurückblicken (Mückler 2009: 62). Trotz der politischen Unabhängigkeit existiert heute oft ein ökonomischer Kolonialismus, was sich in den Währungen der Inselstaaten und ebenso in der Ausbeutung ihrer Ressourcen bemerkbar macht (vgl. ebd.:

63)¹¹. Die häufig unzureichenden Abschlags- und Kompensationszahlungen der Industrieländer an die betroffenen Inselstaaten kommen wiederum oft nur bedingt den Staatshaushalten und selten den unmittelbar Betroffenen zugute, sondern versickern in privaten Kanälen (ebd.). Darüber hinaus sind die politischen Eliten vor allem der melanesischen Länder mehrheitlich von Korruption, Kollusion und Nepotismus geprägt und stellen damit ein Problem für die gedeihliche Entwicklung der Inselstaaten dar (ebd.).

Das Konzept der IdS verdeutlichte bereits in Ansätzen die Auswirkungen der wettbewerbsstaatlichen Transformation für die AOSIS. Ashe et.al. betonen diesbezüglich, dass neben dem immanenten Unvermögen der kleinen und sich entwickelnden Inselstaaten, wie beispielsweise die nationale Unwirtschaftlichkeit, die zu höheren pro Kopf Kosten für Infrastruktur und Dienste führt oder die Abhängigkeit von einer geringen Anzahl von Produkten oder Exportgütern, was mit einer Anfälligkeit für externe Schocks einhergeht, die Inselstaaten wegen ihrer Größe benachteiligt wurden (vgl. Ashe et.al. 1999: 209f.). Insgesamt stellen jene Tendenzen für den modernen Zentralstaat eine Herausforderung dar, die sich auf mehrere Ebenen auswirkt, jedoch meistens kaum ohne fremde Hilfe bewältigt werden kann (vgl. Mückler 2009: 64f.).

Die Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten zeigt oft eine notgedrungene Unentbehrlichkeit auf, ebenso das Wirken innerhalb und über die UN. Die UN-Aufnahme (von manchen AOSIS Mitgliedern wie Nauru, Kiribati oder Tonga im Jahre 1999, Tuvalu erst im Jahre 2000¹²) stellte durch die sich vermehrenden ökologischen Herausforderungen, die Umweltschutzproblematik und sozialen Probleme ebenso eine Notwendigkeit dar, um auf internationaler Ebene auf jene Herausforderungen aufmerksam zu machen. Fest steht allerdings, dass die Inselstaaten historisch politisch und ökonomisch von der internationalen Gemeinschaft und von den größeren Entwicklungsländern marginalisiert wurden (vgl. Ashe et.al. 1999: 210). Grundlegend ist dabei, dass sie sich innerhalb der G77 mit allen anderen sogenannten Entwicklungsländern gruppieren, wobei größere sogenannte Entwicklungsländer bekanntlich besser abschneiden als kleinere. Trotzdem steht fest, dass die AOSIS Gruppe

¹¹ Ausländische Unternehmen vor allem aus Südost- und Ostasien aber auch Europa kaufen sich durch Langzeitverträge in die Länder ein und erwerben Bergbaugenehmigungen sowie Fischfang- und Holzeinschlags-Lizenzen (vgl. Mückler 2009: 63).

¹² Der Beitritt Tuvalus wurde durch den Verkauf ihrer Internet Domain tv. finanziert, der dem Zwergstaat rund 50 Millionen US Dollar einbrachte (Maney: 2004).

43 Länder vereint, was eine sehr große Anzahl von heterogenen Südländern umfasst, mit Singapur sogar einen Tigerstaat. Die verschiedenen Entwicklungsstadien der Gruppe und ihr Auftreten innerhalb der G77 machen klar, dass Rückschlüsse über die in der Literatur sehr breit gefasste Position der sogenannten Entwicklungsländer in den internationalen Umweltverhandlungen hier unumgänglich sind und nun weiter analysiert werden muss. Die anfänglichen Erwartungen der Südländer ihren Ressourcenreichtum durch die Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Welt nach dem zweiten Weltkrieg in politische Macht umwandeln zu können (vgl. Voges/Biberhofer 2010: 108), wurden schnell getrübt. Insbesondere die zunehmende Volatilität der Rohstoffpreise ab Ende der 1960er Jahre verschlechterte ihre Situation, woraufhin im Kontext eines breiten Politisierungsprozesses in den 1970ern von ihrer Seite aus über die UNCTAD eine „Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung“ gefordert wurde (Nohlen/Grotz 2007: 360; zitiert nach Voges/Biberhofer 2010: 108). Angesichts der drohenden Ressourcenkonflikte und der ersten Ölpreiskrise waren die Nordländer verunsichert und sich ungewiss darüber, wie zu handeln sei (vgl. Rothstein 1979: 44; zitiert nach Voges/Biberhofer 2010: 108f.). Dies begünstigte die Bedingungen für Interessensdurchsetzung seitens der Südländer (ebd.).

Durch die UNCTAD fand eine Solidarisierung des Südens entlang ökonomischer Motive statt. Die Schaffung einer symmetrischeren Macht- und Verhandlungsbeziehung zwischen Nord- und Südländern lässt sich auch durch die durchsetzungsfähigeren und fachkundigeren südlichen Regierungen begründen, da sie ihre Macht durch geschlossenes Auftreten bündelten bzw. erweiterten (Rothstein 1979: 11; zitiert nach Voges/Biberhofer 2010: 109). Die Blockbildung des Südens durch die G77 änderte jedoch nichts an der Trugschlusslogik, dass komparative Vorteile und Freihandel als Allheilmittel für den Ausgleich weltwirtschaftlicher Unterschiede halfen. Die erfolglosen Debatten um eine NWWO durchbrachen die Reproduktion von wirtschaftlichen Strukturen der Unterentwicklung nicht. Die Ansprüche des Südens auf Entwicklungshilfe, die in den 70er Jahren grundsätzliche Legitimation erhielten, sowie die Ansätze zu einer Institutionalisierung von Entwicklungshilfe änderten nichts daran, dass die Peripherie der Weltwirtschaft nie vergleichbar reguliert war wie deren Zentrum (vgl. Missbach 1999: 64). Die Bedeutung von Hilfsprogrammen konnte nicht mit jenen von militärischen Aspekten konkurrieren und somit verkamen jene Programme eher innerhalb der Ideologie technische Entwicklungshilfe führe zu Demokratie und Frieden. Trotzdem der Anspruch

auf wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr legitimationsbedürftig war, bestand über den Weg keine Einigkeit (vgl. ebd.: 65). In der Periode bis 1973 wuchs demnach der Einfluss des Südens, war aber für den globalen Norden noch immer leicht zu managen (vgl. ebd.: 68). Trotzdem erlebten die Südländer im Kontext der Entkolonialisierung, teilweise erfolgreichen Industrialisierungsbemühungen und in der Krise des Fordismus und der US-Hegemonie ihren bisher mächtigsten Moment (vgl. Voges/Biberhofer 2010: 109).

Durch das leicht zugängliche und dankbar angenommene Kapital für die Südländer in den 70ern entstand dann aber ein Bumerang-Effekt. Die Schuldenkrise der 1980er Jahre, der gleichzeitige Einbruch der Rohstoffpreise, zunehmend asymmetrischer ausgestaltete Handelsverträge (Lomé I-IV), aber auch politische Fehler der Regierungen der Südländer sowie nicht zuletzt der größer werdende Einfluss der *Bretton Woods-Institutionen* und ihren Strukturanpassungsprogrammen, dämmten ihre wirtschaftspolitischen Emanzipationsbestrebungen ein (ebd.). Ab 1982 setzte die Reagan-Administration auf völlige Konfrontation, indem die USA versuchte, die Weltwirtschaft auf der Basis von niedriger Inflation, Marktanzügen und Freihandel zu rekonstruieren, ohne dafür an den Verhandlungstisch zu müssen (Missbach 1999: 96). Direkte Anstrengungen wurden unternommen den Süden als diplomatische Kraft zu demontieren. UNO-Diplomaten des Südens wurden übergangen, indem direkter Kontakt zu Regierungsmitgliedern gesucht wurde und die verbliebenen Nord-Süd-Foren wurden bewusst vernachlässigt. Wichtige Entscheidungen wurden innerhalb der Spezialorgane versucht zu fällen, demokratische UNO-Organen nun offen abgelehnt (vgl. Missbach 1999: 97). Missbach erwähnt diesbezüglich den Austritt der USA aus der UNESCO, welcher dazu diente, andere internationale Organisationen, die einen Süd-Bias hatten (v.a. UNIDO, UNDP und UNCTAD), einzuschüchtern (Augelli/Murphi 1988, S. 185-188; zitiert nach Missbach 1999: 97)¹³. Die Verschuldungskrise der 80er Jahre trug zur Beerdigung der NWWO bei sowie zur Ausschaltung des Südens als kollektiven Akteur (Missbach 1999: 98). Aus

¹³ Da die Interessen des Südens bei der internationalen Regulation der Weltwirtschaft übergangen wurden, blieben für ihre Anliegen nur die UNO (Missbach 1999:62). Seitdem die Stimmenmehrheit innerhalb der Generalversammlung der Vereinten Nationen für den globalen Süden feststand, nutzen jene Länder diese als Forum, da ihnen innerhalb jener das Prinzip *one country one vote* zu Gute kommt. Trotz ihrer Stimmenmehrheit, überträgt sich dieser Vorteil nicht in ihr Einflusspotential. Andere entscheidende Gremien wie der Sicherheitsrat, der IWF, GATT (WTO) oder die Weltbank - sozusagen das Institutionengebäude des Nordens - wurden dadurch jedoch nicht frontal herausgefordert. Die Kompetenzen welcher der Generalversammlung inne sind, beziehen sich darauf Konferenzen einzuberufen und neue Institutionen zu schaffen, sowie die Budgetverwaltung und ihre Kompetenz über die Personalpolitik. Die Entscheide der GV sind nicht bindend, weshalb versucht wird die Forderungen in bindende Foren wie die UNFCCC zu bringen.

diesem Grund verloren auch die vom Süden dominierten UNO-Foren wie UNCTAD an Bedeutung (vgl. ebd.). Auf der 7ten UNCTAD Konferenz brach die G77 teilweise auseinander (ebd.: 99). Gründe dafür lagen in der finanziellen Abhängigkeit zum Norden und den Spezialorganen wie IWF oder WB.

Die institutionelle Festschreibung des Einflusses des Südens in eine neue Ordnung war eine Illusion, da die Macht des Südens nicht annähernd ausreichte. Auch die zweite Phase des Konfliktes produzierte nur „Verhandlungsleichen“: Konventionen, die nicht ratifiziert wurden, Kodices, die die Adressaten nicht erreichten, Institutionen, denen jegliche Regulierungswirkung abging (Missbach 1999: 100). Der entscheidende Grund für das Scheitern des Nord-Süd-Dialogs und das „verlorene Jahrzehnt“ multilateraler Politik war der politische Wechsel im Norden (vgl. ebd.: 101). Interdependenz war für die Regierung Thatcher und Reagan keine Kategorie. Die verfolgte Politik eines aggressiven Wirtschaftsliberalismus ließ de facto keine Regulation jenseits der Liberalisierung des Handels und Kapitalverkehrs zu (vgl. ebd.). Wichtige wirtschaftliche Interessen, so waren sich viele OECD-Länder vor allem die USA sicher, wurden über die WTO durchgesetzt. Prinzipiell kann die WTO wahrscheinlich als das wichtigste Abkommen der 90er Jahre bezeichnet werden, das gesellschaftliche Naturverhältnisse transformiert (vgl. Görg 2003: 130).

Im Sinne des Konzepts der IdS wurden nun bereits einige Aspekte der Apparate (u.a. WTO), die eine dynamische Reproduktion gewährleisten, in der herrschende Kräfte ihre Interessen besser vertreten sehen, rekonstruiert. Kapitel 5.1 beschäftigt sich mit den Auswirkungen dieser Tendenzen auf die sogenannte Weltumweltpolitik, sprich der Thematisierung des bereits in der Einleitung dieser Arbeit beschriebenen Konflikts auf internationaler Ebene.

5.1 Umwelt auf der internationalen Ebene; Weltumweltpolitik

Angesichts des im vorigen Abschnitt geschilderten Hintergrunds ist es interessant, dass die Umweltfrage im UNCED-Prozess¹⁴ anfang der neunziger Jahre wieder zu multilateralen Formen der internationalen Politik zurückführte und Großkonferenzen wieder aufleben ließ (vgl. Missbach 1999: 113). Trotzdem Svante Arrhenius bereits 1896 den sich steigernden Treibhauseffekt identifiziert hatte, dauerte die sogenannte Agenda-Setting Phase des globalen Klimawandelregimes bis zum Jahre 1990 (vgl. Betsill 2005: 104). Jene Phase sollte dazu dienen, die wissenschaftlichen Grundlagen des Problems¹⁵ auf eine politische Ebene zu transferieren. Um jenes Thema innerhalb der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu etablieren, brauchte es jedoch mehrere Anläufe. Die erste internationale Konferenz, die auf einem modernen Verständnis der Umweltproblematik beruhte, war die Biosphären-Konferenz 1968 in Paris (Missbach 1999: 103). Die erste Weltklimakonferenz fand hingegen erst 1979 in Genf statt und produzierte um 1985 einen wissenschaftlichen Konsens, dass der Klimawandel eine berechtigte Gefahr für die internationale Gemeinschaft darstellt (Betsill 2005: 105). Auf der Toronto Konferenz im Jahre 1988 wurden dann erstmals Reduktionsziele von 20% unterhalb der 1988 Werte bis 2005 festgelegt (ebd.: 106). Es war auch das Gründungsjahr des IPCC, dessen erster Arbeitsbericht zwei Jahre später veröffentlicht wurde. Der anwachsende Wissensstand über den Klimawandel und dessen Auswirkungen bot die wissenschaftliche Grundlage für die UNFCCC (Brunnengräber 2008: 88). Ab 1991 gingen die Verhandlungen um die UNFCCC endlich in ihre Startrunden. Im Rahmen der UNCED im Jahre 1992 in Rio wurde jene von über 150 Staaten unterzeichnet und somit war die Stabilisierung der Treibhauskonzentration in der Atmosphäre, sowie eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems zu verhindern, vertraglich festgeschrieben. 1994 trat die UNFCCC völkerrechtlich in Kraft, woraufhin, wie in der Konvention festgelegt, 1995 die erste Vertragsstaatenkonferenz (COP) der Klimarahmenkonvention in Berlin stattfand (Brunnengräber 2008: 89). Seither finden die

¹⁴ Der UNCED-Prozess startete 1992 in Rio mit der United Nations Conference on Environment and Development/ Erdgipfel. Sie war seit Stockholm 1972 die erste große Konferenz die sich mit dem Thema Umwelt und Entwicklung auf einer globalen Ebene beschäftigte. Die wichtigsten Ergebnisse sind die Agenda 21, die Rio Erklärung über Umwelt und Entwicklung, die Klimarahmenkonvention, die Wüstenkonvention und die Biodiversitätskonvention.

¹⁵ Die Bedrohung der globalen Erwärmung durch den Treibhauseffekt.

multilateral und am Konsensprinzip ausgerichteten Regierungskonferenzen im jährlichen Turnus statt (vgl. ebd.).

Von den Entwicklungsländern wurde die Bearbeitung von Umweltproblemen im Rahmen der Vereinten Nationen anfangs allerdings als Versuch interpretiert, ihre industrielle Entwicklung zu behindern (vgl. Missbach 1999: 104). Dies kennzeichnete sich auch im dominanten Diskurs über die drohende Überbevölkerung im globalen Süden und die in den Hinterhalt gerückte Thematisierung des Konsumverhaltens des globalen Nordens. Die Möglichkeit, dass der Süden sein Entwicklungsinteresse in eine Umweltkonferenz einbringen konnte, milderte jedoch dessen Angst. Armut wurde bei der Stockholm Konferenz im Jahre 1972 erstmals zum Umweltthema gemacht. Es blieb jedoch bei einer bloßen Thematisierung der Begrifflichkeiten Umwelt und Entwicklung innerhalb dieses Kontextes. *Wie* der Konflikt zu lösen gedacht wurde, blieb offen. Das Modell „nachholender Entwicklung“ wurde zwar immer stärker kritisiert, alternative Entwicklungsmodelle fanden jedoch ebenso wenig Anklang wie die Verbindung von Umweltproblematiken und einer NWWO. Erst in den 90er Jahren kam es durch den Brundtland-Bericht und *sustainable development* zu einem erneuten Aufleben der Thematik. Die Definition von *sustainable development* aus dem Brundtland-Bericht lautet folgendermaßen: „Dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (ebd.: 115) Anders als in Stockholm wurde Armut nun auch als primäre Ursache von Umweltzerstörungen betrachtet (ebd.). Ebenso wurde die globale Dimension der Auswirkungen auf Nord und Süd verknüpft. Die Wachstumsfixierung stand beim Bericht jedoch immer noch im Zentrum, von einer heftigen NWWO-Rhetorik war jener weit entfernt. Was der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung jedoch gelang, war die Etablierung des Containerbegriffs *sustainable development*. Auch die Entwicklungsländer integrierten jene Begrifflichkeit, ebenso ihre Reformanliegen in die internationale Umweltpolitik (ebd.: 121). Einige Stimmen des Südens sahen in einer NWWO die Bedingung für nachhaltige Entwicklung. Fakt ist jedoch, dass innerhalb des Diskurses über Nachhaltige Entwicklung prinzipiell drei wichtige Dimensionen verdrängt worden sind: die Problematisierung der Nord-Süd-Beziehungen, eine fundamentale Reorientierung der internationalen Politik und die Reflexion der Beziehung zwischen kapitalistischer Ökonomie und ihrer materiellen Basis (Brand/Görg 2008: 34).

Im Zentrum des Diskurses über *sustainable development* steht der Kooperationsaspekt, Konkurrenz oder konfliktive Beziehungen werden sozusagen vernachlässigt (Brand/ Görg 2008: 33f). Zumindest im Norden wurde das Verlangen nach einer Entwicklung für den globalen Süden dahingehend ignoriert oder transformiert, anstatt fairere Konditionen bezüglich der Nord-Süd-Beziehungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für alle Länder zu gestalten. Es wird sogar von einer „*affirmativen Bias*“ gesprochen, in der kritische Fragen, die die Konditionen für die Realisierung von nachhaltiger Entwicklung thematisieren, gegenüber pragmatischeren Konzepten, die den bestehenden Interessen wohlwollender gestellt sind, in den Hintergrund gedrängt werden (vgl. Brand/Görg 2008: 34). Unter der Formel „*Nachhaltige Globalisierung*“ scheint nun die Hoffnung gerade auf die Akteure und Institutionen gelegt zu werden, die für eine Liberalisierung des Weltmarktes und für die Hegemonie neoliberaler Ideologien verantwortlich sind (Brand/Görg 2002; zitiert nach Görg 2003a: 11).

Seit Stockholm ziehen sich vier Themen durch die konstanten Positionen der Entwicklungsländer¹⁶ (vgl. Missbach 1999: 122f.): Erstens betonen sie, dass die Verantwortung für (globale) Umweltprobleme bei den Industrieländern liege. Die Relevanz des Verursacherprinzips für die AOSIS wird vor allem im Kapitel 6.3.2.2 deutlich. Prinzipiell wird aber konstatiert, dass die Kosten für das Umsteuern von den Industrieländern getragen werden müssen. Zweitens plädieren Entwicklungsländer dafür, dass Umweltanliegen die Entwicklung des Südens nicht behindern dürfen. Da eine nachholende Entwicklung nicht mehr möglich ist, geht es ihnen um eine gerechte und angemessene Entschädigung. Drittens sehen sie Technologietransfer als eine Grundvoraussetzung um eben jene Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Viertens seien neue und zusätzliche Mittel der Entwicklungshilfe nötig.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kräfteverhältnisse zwischen globalem Norden und Süden von Beginn an auch in den internationalen Umweltverhandlungen durch die bestehenden ungleichen Nord-Süd-Verhältnisse des Entwicklungskonflikts strukturiert waren. Die internationalen Umweltverhandlungen wurden jedoch von vielen Mitgliedern der G77 als beste Möglichkeit wenn nicht die einzige angesehen um eine

¹⁶ Die Position des globalen Südens ist heute natürlich viel diversifizierter, die grobe Zusammenfassung erscheint jedoch trotzdem nützlich, da die Grundelemente noch immer zutreffen.

breitere Agenda des Wandels in der Struktur der Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen voranzutreiben (vgl. ebd.: 123, eigene Übersetzung). Durch die sogenannte „Umweltwaffe“¹⁷ fand eine Stärkung der Macht des Südens statt. In Relation dazu gab es eine Neueinschätzung der Interdependenz, den eigenen Interessen der USA, sowie des globalen Nordens insgesamt und eine neue problematische Dynamik um die Blockerfunktion der USA. Innerhalb des globalen Nordens ging der Einfluss der USA zurück und Europa wurde verhandlungsbestimmender. Jene beiden Entwicklungen stehen in direktem Zusammenhang, denn je stärker die Interdependenz zwischen Nord und Süd durch die globalen Zusammenhänge des Klimasystems angesehen wird desto größere Zugeständnisse dürfte der [globale, eig. Anm.] Süden im Gegenzug zur Kooperationsbereitschaft in der Klimafrage herausholen (Missbach 1999: 320). Diese Annahme lässt jedoch die Problematik offen, dass bei den Nord-Süd-Verhältnissen insgesamt die Verbindung zwischen Umweltproblemen und globalen Machtbeziehungen oft ignoriert und stattdessen der pragmatischere Modus der Regulation bevorzugt wird (Brand 2000: 147f.). Das Argument der ökologischen Interdependenz ist innerhalb des dominanten Diskurses kaum von Bedeutung, es dominiert hingegen die Wahrnehmung der Entwicklungsländer als wirtschaftliche Konkurrenten und nicht als Partner „im selben Boot“ (vgl. Missbach 1999: 269). Das Lösungspotential jenes auf Kooperation setzenden Regulationsmodus ist angesichts der in dieser Arbeit schon oftmals getätigten Kritik am herkömmlichen Steuerungsoptimismus anzuzweifeln. Auch innerhalb der Klimarahmenkonvention¹⁸ werden die konkreten Auswirkungen der strukturellen Asymmetrien, in die jene Verhandlungen eingebettet sind, sichtbar.

¹⁷ Die Umweltwaffe, also die Drohung der Nicht-Teilnahme stand jedoch nur einer kleinen Anzahl von Entwicklungsländern offen (Missbach 1999: 267). Die besonders verletzlichen Länder, die sowohl an Emissionsreduktionen als auch an finanzieller Unterstützung interessiert sind, haben kein Drohpotential; da ihre Emissionen relativ gesehen unbedeutend bleiben werden, auch wenn sie dramatisch ansteigen (ebd.). Der Süden hatte in den Verhandlungen lediglich Verhinderungsmacht, indem er erfolgreich Vorstöße abblockte, die er als Gefahr für seine Entwicklungsambitionen oder seine Souveränität empfand. (Missbach 1999: 268)

¹⁸ Als Kern des internationalen Klimawandelregimes wird hier von der Konvention gesprochen, gemeint sind jedoch die tatsächlichen Verhandlungen um diese.

5.2 Selektivitäten in den UNFCCC-Verhandlungen

Die Machtallokation innerhalb des internationalen Klimawandelregimes ist eine der zentralsten Herausforderungen für schwache Akteure wie die AOSIS. Der historisch-strukturelle Kontext, in welchem die Konvention, die als Kern des Regimes gilt, zustande kam, wurde in den vorigen Kapiteln rekonstruiert. Nun wird der Fokus auf die zustande gekommene Konvention und vor allem deren eingeschriebenen Selektivitäten gelegt. Die Legitimation die Konvention nun analytisch in den Vordergrund zu rücken, entstammt dem theoretischen Zugang des AI, der Institutionen zur wichtigsten Komponente zur Erfassung relevanter Informationen kürt. Durch die prinzipielle Infragestellung einer erfolgreichen internationalen Kollaboration mit Hilfe regimekritischer Zugänge geht es zugegen vor allem um konkurrierende Strategien und das Hegemonialwerden spezifischer Strategien in den UNFCCC-Verhandlungen. Gemäß dem SRA und dem Konzept der GNV sind historische Erfahrungen dabei ausschlaggebend, demzufolge muss beim Ursprung des Ungleichgewichts der Verhandlungen angesetzt werden. Jener liegt darin, dass die UNFCCC als etablierte Institution nachhaltiger Entwicklung in den 90er Jahren selbst einen Transformationsprozess durchlebt hat. Indem dominante politische und wirtschaftliche Akteure auch hier ihren Interessen stärker Geltung verschaffen konnten, wurde das Leitbild nachhaltiger Entwicklung vor allem in Form einer Ökonomisierung der Natur konkretisiert (Görg/Brand 2002: 15).

Zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik und somit ein Charakteristikum des Konsens, der die internationale Hegemonie trägt ist ein Kooperations-Konkurrenz-Paradox (Görg/Brand 2002: 19). Die an den Verhandlungen teilnehmenden Akteursgruppen, konkret die Verhandlungsblöcke innerhalb der Konvention, sind von diesem Paradox geprägt. Diese Akteurskonstellationen können grob in sechs Gruppen unterteilt werden: EU, JUSCANZ/JUSSCANNZ¹⁹, Umbrella Group²⁰, OPEC, AOSIS sowie G77 und China (vgl. Betsill 2005: 108). Erstmals traten jene Blöcke in den Verhandlungen um die UNFCCC vorbereitend auf die UNCED 1992 in Rio auf, wo die Konvention dann für die Unterzeichnung geöffnet wurde (vgl. Betsill

¹⁹ JUSCANZ/JUSSCANNZ: Japan, USA, Kanada, Australien, und Neuseeland, Schweiz und Norwegen kamen während der Kyoto Protokoll Verhandlungen dazu

²⁰ Umbrella Group: Russland, Island, Ukraine, und JUSSCANNZ

2005: 109). 1994 wurde sie dann in Kraft gesetzt und von mehr als 185 Ländern ratifiziert.

Die institutionelle Festschreibung bzw. systematische Kategorisierung der Akteure innerhalb der Konvention bedingt das Verhandlungspotential und die Handlungsfähigkeit der AOSIS. Die Konvention wird als zentraler institutioneller Kontext gefasst. In den folgenden Ausführungen wird demzufolge deutlich, dass es sich dabei um kein deterministisches Konzept handelt, sondern im Sinne des AIs und des SRA um ein Konstrukt, das strategischen und taktischen Entscheidungen Raum lässt. Innerhalb der Klimarahmenkonvention wurden die Mitgliedsländer gemäß ihrer verschiedenen Verantwortlichkeiten in drei Gruppen geteilt:

Annex I Länder (Industrieländer, welche OECD Mitglieder im Jahre 1992 waren, sowie EIT Länder (*economies in transition*) plus Russland, die baltischen Staaten sowie einige Zentral- und Osteuropäischen Länder), Annex II Länder (OECD-Länder ohne EIT-Länder) sowie Nicht-Annex I Länder (meistens Entwicklungsländer). Annex-I Länder werden in der Konvention dazu angehalten, Entwicklungsländern Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit jene Emissionsreduktionen durchführen können sowie Anpassung ermöglicht wird. Ebenso werden sie aufgefordert die Entwicklung und den Transfer von umweltfreundlichen Technologien zu EIT-Ländern) und Entwicklungsländern zu fördern (vgl. UNFCCC 2010: Homepage).

Das Ziel des Konventionstextes

Dass der Konventionstext Tendenzen der Weltordnung in verschriftlichter Form – entsprechend dem SRA – das Hegemonialwerden spezifischer Strategien widerspiegelt, macht bereits das Ziel der Klimarahmenkonvention deutlich:

„Das Endziel dieses Übereinkommens und aller damit zusammenhängenden Rechtsinstrumente, welche die Konferenz der Vertragsparteien beschließt, ist es, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann.“ (UN: 1992)

Die Komplexität des Zieles und den damit verbundenen Strategien ist der Formulierung selbst eingeschrieben und die sogenannten „core narratives“ können wie folgt beschrieben werden (vgl. Okereke 2008: 104f): Der Fokus wird innerhalb des Ziels auf Eindämmung im Gegensatz zu Anpassung gelegt. Ein weiterer *Narrative* wird als *global environmental sustainability* beschrieben, welcher für manche Autoren ein Urteil gegen ungehindertes ökonomisches Wachstum darstellt und zugleich die Stärkung von Umweltschutz zum gleichen Status wie Geld und Gewinnbringung. Für andere Autoren stellt es den erfolgreichen Versuch der G77, Umweltschutz mit dem Recht auf ökonomisches Wachstum zu verbinden, dar. Damit wäre jener *Narrativ* ein Argument für Verteilungsgerechtigkeit. Jedoch stellt der dritte *Narrativ* das wohl relevanteste Primat für neoliberales Wirtschaftswachstum und für die Mechanismen, welche dieser Philosophie förderlich sind, dar. Konkret geht es darum die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration - anstatt der Stabilisierung der Emissionen - zu erzielen. Damit gelang es eine Flexibilität für die Erreichung der Emissionsreduktion offenzuhalten.

Trotzdem die unvermeidbare und negative Beeinträchtigung von Ökosystemen und Menschen zu diesem Zeitpunkt längst feststanden, konnte sich die internationale Gemeinschaft auf keine spezifischen Werte festlegen. Damit steht das Ziel im Widerspruch zum Vorsorgeprinzip und die Möglichkeit, das Primat wirtschaftlicher Entwicklung gegen das Vorsorgeprinzip auszuspielen, ist damit in der Klimakonvention angelegt (Missbach 1999: 327).

Die Präambel

Die Verschiebung von Passagen des Haupttextes in die Präambel, die vor allem im Zuge der zweiten Weltklimakonferenz getätigt wurde, bedeutete eine Abschwächung ihres Gewichts (Missbach 1999: 162). Das Verursacherprinzip wird zwar festgehalten, jedoch nicht die Verantwortung der Länder des globalen Nordens. Ebenfalls sind Forderungen nach einem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld für die Entwicklungsländer und die Warnung vor neuen Handelshemmnissen und Auflagen für die Entwicklungshilfe aus der Präambel gefallen (ebd.).

Grundsätze der Konvention

Grundlegend ist, dass während der Debatte um die Grundsätze der Konvention - der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen - drei grundlegende Änderungen eingeführt wurden, um zu verhindern, dass für jene Sektionen der Status des Völkergewohnheitsrechts reklamiert werden kann (Lang 1993, S.20; zitiert nach Missbach 1999: 163). Die Grundsätze sollen anstatt der *Staaten* nur die *Vertragsparteien leiten* und sie sollen *unter anderem* gelten. Auch das Recht auf Entwicklung taucht in der Konvention nicht mehr auf, lediglich das Recht eine nachhaltige Entwicklung zu fördern (Missbach 1999: 163). Gegen die Nachhaltigkeitspflicht konnten sich die Entwicklungsländer allerdings sperren, denn jene wurde als Einschränkung ihrer Entwicklungssouveränität empfunden (vgl. ebd.). Auch die Vorleistungspflicht der Länder des globalen Nordens konnte innerhalb der Konvention nicht festgeschrieben werden. Jene wird primär an die Fähigkeiten und nicht an die Verursachung gebunden (Missbach 1999: 164). Demzufolge bleibt das Gerechtigkeitsprinzip innerhalb der Konvention für jeglichen Interpretationsspielraum frei und nach wie vor ein offenes Belangen. Trotzdem sehen einige die primäre Verantwortung zur Adressierung des globalen Klimawandels innerhalb der Konvention den Industrieländern zugeschrieben (Betsill 2005: 111).

Konventionspflichten

Darüber hinaus sind innerhalb der Konvention gemeinsame Verpflichtungen über die Vorsehung einer Berichtspflicht über ein nationales Verzeichnis der Nettoemissionen²¹ sowie die Einreichung durchgeführter und geplanter Schritte zur Implementierung der Konvention festgehalten (vgl. Missbach 1999: 165). Den Entwicklungsländern wurde mehr Zeit für die Verfassung jener Berichte zugestanden, zudem sollen die Industrieländer die vollen Kosten für die Erstellung der Berichte der Entwicklungsländer tragen (ebd.). Hier unterscheidet die Konvention jedoch zwischen Mitteln für die Länderberichte der Entwicklungsländer und Mitteln für die Umsetzung der Konvention: Nur für erstere sollen die „vereinbarten vollen Kosten“ gedeckt werden, für die übrigen Konventionspflichten nur die „vereinbarten vollen Mehrkosten“ (ebd.). Fakt ist, dass aus der Passage kein Anspruch abgeleitet werden kann (ebd.).

²¹ Nettoemissionen: Emissionen minus Aufnahme durch Senken (Missbach 1999: 338).

Die speziellen Verpflichtungen gelten grundsätzlich nur für Annex-I Länder. Sie sehen die Emissionsziele, konkret die Eindämmung der Treibhausgase, Finanzhilfe sowie Technologietransfer vor. Konkrete Grundprinzipien bezüglich des Transfers an Entwicklungsländer sind im Konventionstext nicht vorhanden, warum eine anhaltende kontroversielle Debatte über eben jene nicht überraschend ist (vgl. Okereke 2008: 116).

Gesamt kann die Bilanz der Verhandlungen mit einer erfolgreichen Form ohne Inhalt bezeichnet werden (vgl. Missbach 1999: 169). Die Einbettung in den UNCED-Prozess und das öffentliche Interesse, das dieser genoss, waren die Gründe dafür, dass die Verhandlungen trotz der komplexen Thematik so rasch beendet werden konnten (ebd.). Der „provisorische“ Charakter der Konvention hatte zur Folge, dass die Verhandlungen um eben jene weitergingen. Der Konventionstext war zwar für Änderungen geschlossen, die Möglichkeit zu Protokollen (*convention-protocol approach*) bestand jedoch weiterhin. Diese Chance, deren Potential vor allem im Kapitel 6 und 7 präzisiert wird, nutzten die AOSIS, denn sie brachte am 20. September 1994 einen Protokollentwurf in die Verhandlungen ein (UN: 1994).

5.2.1 Konjunkturelle Momente der Verhandlungen

Der Entwurf bettete sich in eine Verhandlungsperiode ein, in der ein Schwarzerpeterspiel zwischen Nord und Süd das Klima prägte (vgl. Missbach 1999: 173). Der globale Norden, der selbst noch keine konkreten und bindenden Ziele beschlossen hatte, forderte die größeren Länder des globalen Südens erstmals zu Verpflichtungen auf, woraufhin diese empört reagierten.

Darauf folgten zwei Jahre extrem komplexer und intensiver Verhandlungen, die zur Verabschiedung des Kyoto Protokolls im Jahre 1997 führten. Ähnlich wie die Verhandlungen um die Konvention waren die beiden Hauptkonfliktlinien in der *Ad Hoc Working Group on the Berlin Mandate* einerseits die Differenzen zwischen den USA (mit Unterstützung von Australien, Neuseeland, Kanada und – weniger deutlich – Japan) und der EU um die Substanz eines Protokolls; andererseits die Auseinandersetzungen zwischen den USA (und anderen Ländern des Nordens in deren Windschatten) und der

G77 um die Pflichten der Entwicklungsländer (vgl. Missbach 1999: 210). Die Position der Entwicklungsländer betonte vor allem die notwendige Führungsrolle der Industrieländer, den notwendigen Ausgangspunkt von den historisch kumulierten Emissionen sowie einen Kompensationsmechanismus, der vor allem Exporteure von fossilen Brennstoffen innerhalb der G77 (OPEC-Mitglieder) entschädigen sollte – einen Clean Development Fund (vgl. ebd.: 214f). Innerhalb dieser Zeit verdeutlichte sich auch die widersprüchliche Position der G77, denn einerseits forderten sie starke Reduktionsziele, andererseits hatten sie Vorbehalte gegen die Massnahmen, um diese Ziele zu erreichen (Missbach 1999: 340). Wie noch deutlich werden wird, waren die Pole AOSIS und OPEC innerhalb der G77 für diesen Spagat verantwortlich (vgl. ebd.).

Innerhalb der Kyoto-Verhandlungen ging es vor allem um die Reduktionsziele für Industrieländer, was die Anzahl der zu regulierenden Gase, den Umfang der Berücksichtigung von Senken sowie die Wahl einer Zielperiode oder eines einzelnen Zieljahres beinhaltete (ebd.: 226). Im Unterschied zu früheren Verhandlungsphasen forderten in Kyoto alle Entwicklungsländer starke Reduktionsziele für die Industrieländer (ebd.: 223). Informell ging es auch um das Thema des Emissionshandels, welchen die meisten Entwicklungsländer ablehnten, da sie jenen als Schlupfloch für die Industrieländer sahen, um Emissionsreduktionen zu vermeiden (vgl. ebd.: 230).

Zentrale Ergebnisse der Verhandlungen (vgl. UN: 1998) waren die Reduktionsverpflichtung von mindestens 5,2% aller Treibhausgasemissionen innerhalb des Verpflichtungszeitraums 2008 bis 2012 in Relation zum Basisjahr 1990; länderspezifische quantifizierte Emissionsbegrenzungs- und Reduktionsverpflichtungen für die 38 verpflichteten Industrieländer; sowie die Einführung der flexiblen Mechanismen: den Emissionshandel und JI sowie CDM, auch die Berücksichtigung von CO₂-Senken wurde geregelt (Brunnengräber 2008: 90). Bei der siebten COP im Jahre 2001 in Marrakesh wurde das Kyoto Protokoll dann endgültig finalisiert, wobei die Bush-Administration die Ratifizierung verweigerte. Das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls am 16. Februar 2005 leitete in mehrfacher Hinsicht eine neue Phase im Ringen um internationalen Klimaschutz ein. Die Treibhausgasreduktion seitens der Industrieländer ist völkerrechtsverbindlich geworden, die drei Mechanismen, um die Reduktionsziele zu erreichen, lassen jedoch einen weiten Handlungsspielraum bei der Frage nach dem *Wie* der Zielerreichung. Seit 2005 vollziehen sich daher beim Emissionshandel, dem CDM

sowie II dynamische Entwicklungen, die weit über die im Vertragswerk geregelten Bereiche hinausreichen. Das Nichterreichen der Reduktionsziele muss also einerseits auf jene Mechanismen zurückgeführt werden und vor allem auf die Konfliktlagen²² in jene diese eingebettet sind (Brunnengräber 2008: 85ff).

Aufgrund der Vernachlässigung der Verteilungsproblematik innerhalb jener Mechanismen waren jene von Anfang an enormer Skepsis und Kritik ausgesetzt, was vor allem darauf zurückzuführen war, dass den reichen Ländern des globalen Nordens vorgehalten wurde, sich von ihren Schulden freikaufen zu können, anstatt im eigenen Land Reduktionen zu forcieren. Den frühen Start um das Handeln von Emissionskrediten wollten die EU, die Inselstaaten und weitere Entwicklungsländer bei den Kyoto Verhandlungen verhindern (Missbach 1999: 237f.). Dabei standen sie jedoch konträr zu den Interessen der USA, Russland, Japan und einigen weiteren Industrie- und Entwicklungsländern (ebd.). Insgesamt zählten die G77 eher zu den Verlierern in den Protokollverhandlungen. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der USA und der JUSCANZ haben sich ihre nicht so sehr durchgesetzt (vgl. ebd.: 239).

Obwohl die Interessen der USA in den Verhandlungen also klaren Vorrang hatten, ratifizierten sie das Protokoll bis heute nicht. Zu groß ist die Sorge, dass große Länder des globalen Südens der nationalen Ökonomie schaden könnten, bzw. dominiert die Konkurrenzperspektive die US Position nach wie vor. Das Projekt der USA war von Beginn an davon gezeichnet, dass sie zwar internationale Koordination anstrebten, jedoch ohne substantielle „domestic action“ zu erfüllen, geschweige denn internationale Regulation mit Nord-Süd-Ausgleichswirkung. Der Fokus internationalen Umweltschutzes war von den USA geprägt und auf „marktwirtschaftliche“ Instrumente getrimmt. Insofern bezeichnet Hönerbach die US-Position im UNCED-Prozess als: „globaler Umweltschutz, durchgeführt in den Entwicklungsländern, zu den geringsten Kosten und mit freiem Zugang zu den natürlichen Ressourcen bei gleichzeitiger Anerkennung des Schutzes über geistiges Eigentum“ (Hönerbach 1996: 36). Der Schatten, der sich durch die US-Blockadepolitik auf die Klimaverhandlungen legte, führte dazu, dass der Weg der

²² Die Argumente hinter dem Kyoto-Protokoll repräsentieren eine neoklassische Perspektive insofern Kosten von all dem was wir zahlen internalisiert werden. Die zwei Modelle dahinter: einerseits das *commendatory control* Modell, also der Maximalwert von Emissionen, andererseits das *free market* Modell, also der Glaube die Bezahlung von den tatsächlichen Produktkosten rief eine Verbesserung der Umweltbelastung herbei (Lipschutz: 2010).

Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls steinig blieb und die Fragilität des Klimaregimes immer deutlicher wurde (Brunnengräber 2008: 91f).

Post-Kyoto Verhandlungen

Seit der COP10 in Buenos Aires ging es dann in den Klimaverhandlungen auch darum, ob das Kyoto-Abkommen bestehen bleibt oder von einem neuen Kopenhagen Protokoll abgelöst werden hätte solle, da die Emissionsreduktionsvereinbarungen für sog. Industrieländer innerhalb des Kyoto-Protokolls im Jahre 2012 auslaufen. Allerdings wurde der politische Dialog mit den stark wachsenden Ländern wie China, Indien und Brasilien seit dem G8-Treffen 2005 in Gleneagles, aber auch mit dem Treffen 2007 in Heiligendamm auf die Ebene der G8-Verhandlungen verlagert (Brunnengräber 2008: 95). Der Diskurs ist vorwiegend durch das Interesse an Energiesicherheit der Industrieländer gekennzeichnet (vgl. Sachs 2007: 107)²³.

Die Ergebnisse bezüglich eines Post-Kyoto Abkommens waren auch auf der COP13 in Bali weit unter den Erwartungen, trotzdem die Roadmap zum Kyoto II-Abkommen vor allem auf die Öffentlichkeit sehr stark wirkte. Das Abkommen sah keine einzige spezifische Verpflichtung vor (Giddens 2009: 191). Trotzdem wurde sie öffentlich als Erfolg verkauft, fraglich ist hierbei, was dann ein Fehlschlag bedeutet (ebd.: 192). Die Ausschließung einer sozialen Dimension der Verhandlungen in Bali führte sogar zu einem Abspaltungsmoment der NGO-Szene und die Frage des weiteren Verfahren blieb offen (Brand: 2009a). Trotz der heterogenen Zivilgesellschaft steigerte sich der öffentliche Druck für die COP15 in Kopenhagen kontinuierlich und wurde durch bewusst inszenierte Katastrophenszenarien und Countdownaspekte²⁴ verschärft. Durch die Form des gesellschafts-politischen Klimas rund um Kopenhagen gerieten die Regierungen (u.a. EU) unter Legitimationsdruck, vor allem bezüglich der Verhandlungsdynamik zwischen Nord und Süd (ebd.).

Durch die spezifische Konstruktion von internationaler Relevanz droht die Mannigfaltigkeit der Verhandlungen aus dem Blick zu geraten, denn wie vorher schon

²³ Melber und Wilß argumentieren insofern, dass Energiesicherheit zu den Gründungsmotiven der Weltwirtschaftsgipfeln gehört, wobei sich dieses Interesse wiederum vor allem aus der technologischen Struktur fossiler Energieversorgung ergibt (vgl. Sachs 2007: 107).

²⁴ UN Secretary General Ban Ki-moon rief einen 'global count-down to Copenhagen' am 24 September aus (Brand et.al. 2009b: 10).

erläutert, ist die Verhandlungslogik der Klimarahmenkonvention von einer Diskrepanz geprägt (ebd.). Ausschlaggebend sind dabei die Strukturen hinter der UNFCCC, welche nicht die Klimakrise – geschweige denn die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – in den Mittelpunkt der Klimaverhandlungen stellen, sondern die Marktmechanismen. Jene Diskrepanzen wurden auch in Kopenhagen mehr als deutlich, was die Ernüchterung nach der COP15 wahrscheinlich umso größer erscheinen ließ, denn die Erfolgsaussichten für ein Post-Kyoto Abkommen wurden auch bei dieser Vertragsstaatenkonferenz nicht höher. Aufgrund der stockenden Vorverhandlungen in Barcelona rief das Scheitern der COP15 für Insider jedoch keine Verwunderung hervor. Beachtlich war der öffentliche Diskurs rund um jenen Gipfel dennoch, zugleich die Intransparenz der offiziellen Verhandlungen, die die Veranstalter vor allem durch den Ausschluss der NGOs im Laufe der zweiten Woche produzierten.

Das Klima der Verhandlungen schien trotz der ambitionösen Erwartungen von so mancher Seite in Kopenhagen zumindest in den offiziellen Verhandlungen triester denn je. Da ein totales Fehlschlagen der Verhandlungen jedoch zu peinlich gewesen wäre, gab es dann schließlich die von US, China, Indien, Brasilien und Südafrika erarbeiteten 5-seitigen „Copenhagen Accords“ (UN 2009a), welche von den anderen Mitgliedern zwar zur Kenntnis genommen wurden, jedoch alles andere als eine fortschrittliche „Roadmap“ für zukünftige Verhandlungen darstellen. Eine Vertreterin von CAN formuliert diesbezüglich treffend: *„A legal form cannot lead to a target, I cannot have rules and regulations which will define my outcome, my outcome has to define the entire process“* (COP8²⁵).

Fazit: Zukunft eines internationalen Klimawandelregimes?

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Verhandlungen um ein Klimawandelregime seit Beginn an ähnliche Diskrepanzen prägen. Die Spannungen zwischen den Key Players, die divergierenden Interessen und Wahrnehmungen zwischen Nationen und Verhandlungsblöcken sind einige davon (vgl. Giddens 2009: 192). Trotzdem die Nord-Süd-Problematik noch immer eine der zentralsten Angelegenheiten innerhalb des Konfliktfeldes ist, gehen die Diskrepanzen darüber hinaus. Die Lebensstilproblematik hat sich längst in die Realitäten der globalen südlichen Eliten eingeschrieben. Soziale Sicherheit ist im globalen Norden gleich wie im globalen Süden

²⁵ COP1- COP11 sind Referenzen zu den von der Autorin getätigten Interviews im Rahmen der 15. Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen 2009.

noch immer stark an wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum gebunden, sprich die nicht-nachhaltigen Lebensstile sind ressourcenintensiv (vgl. Brand et.al. 2009b: 11). Die Ängste der größten Blocker wie die USA schürt jedoch nicht die Auswirkungen dieser Expansion von nachhaltigen Lebensstilen, sondern viel mehr die potentielle Gefährdung ihrer eigenen Wirtschaftsmacht gegenüber den neuen Supermächten. Dieses Konkurrenzparadigma gibt den Ton für die Klimaverhandlungen an und ist für den Fokus der Klimaverhandlungen, die Marktmechanismen, verantwortlich.

Von diesen hemmenden Strukturen mal abgesehen ist eines der größten Probleme dabei, dass selbst wenn gemeinsame und spezifische Verpflichtungen innerhalb eines Post-Kyoto Abkommens vereinbart werden, es noch immer keine effektiven Mechanismen gibt um diese zu erzwingen (vgl. Giddens 2009: 192). Auch die jetzigen Elemente des Kyoto-Protokolls versprechen wenig Zuversicht. Bindende Ziele sind eher nur auf nationaler oder lokaler Ebene umsetzbar und mit Hilfe eines klaren und bekannten Mechanismus zu erreichen. Den Kyoto Mechanismen werden diese Fähigkeiten oft abgesprochen. Darüber hinaus gibt es eine Menge Faktoren und Ungewissheiten, die das Emissionslevel beeinflussen und selbst Regierungen haben nur eine limitierte Kontrolle über diese Prozesse (vgl. ebd.). Insgesamt muss den Kyoto-style Abkommen eine große Skepsis entgegengebracht werden, dass sie zukünftig positiv zu diesen Prozessen beitragen werden.

Auch der Klimaforschung sind strategische Selektivitäten eingeschrieben, Modellberechnungen basieren auf business-as-usual Emissionsszenarien, legitimieren die vorherrschenden Mechanismen und drängen wichtige politische Diskussionen über die historische Verantwortung der sog. Industrieländer in den Hintergrund. In Bezug auf das Konfliktfeld, in welchem die AOSIS versuchen ihre Interessen durchzusetzen, sind konkurrierende Strategien stark mit spezifischen Wissensformen verknüpft. Die Regimebildung selbst basiert zu einem großen Ausmaß auf dem Wissen innerhalb der Arbeiten der epistemischen Gemeinschaften aus dem globalen Norden, was eine weitere wichtige Machtressource für eben diesen darstellt. Demzufolge ergibt sich eine spezifische Bearbeitung des Konflikts mit charakteristischen Wissensformen aus dem globalen Norden, welche sich in die Ziele, Argumente und Forderungen der AOSIS einschreiben. Die Charakteristika jener strategischen Selektivitäten, welche der Klimaforschung inhärent sind, wie sich jene auf staatliches Handeln auswirken und wie

sie in Bezug auf die Handlungsfähigkeit der AOSIS aufzufassen sind, stehen im Mittelpunkt des nächsten Kapitels.

5.2.2 Selektivitäten der Klimaforschung

Durch die Bildung des IPCC wurden die Klimawissenschaft und die Politik näher zusammengebracht, wobei *policy relevant science* die Grundlage der Konventionsverhandlungen bilden sollte (Missbach 1999: 137). Mit der Gründung des Panels ging die Absicht, Kontrolle über die Treibhausforschung zu erlangen, einher. Vor allem die USA unterstützen diese Regierungsinitiative und versuchten somit das aufstrebend prominente Thema zu beaufsichtigen (ebd.: 137f.). Die Nord-Süd Auseinandersetzungen fanden sich wegen der Regierungsbeteiligung ebenfalls im IPCC wieder. Und so blieb die Klimaforschung bis Mitte der 80er Jahre die Domäne einiger sog. Industrieländer. Erst ab dem Klimajahr 1989 stieg die Beteiligung von Ländern des globalen Südens, vor allem ihre Förderung wurde thematisiert. Aus diesem Anlass wurde beispielsweise auch das *Special Committee on the Participation of Developing Countries* eingerichtet, welches sich mit der Situation von sog. Entwicklungsländern befassen sollte. Das IPCC wird auch von der AOSIS als wichtigste wissenschaftliche Argumentationsgrundlage benutzt (vgl. AOSIS Homepage), warum dem Panel eingeschriebenen Dynamiken eine relevante Rolle zugeschrieben werden muss. Ihr Appell zum Überleben bezieht sich auf wissenschaftliche Daten aus dem IPCC, ein technischer Berater der AOSIS sieht den Bezug auf diese Daten sogar als Bezug auf die Realität der Welt (COP3).

Neben den Nord-Süd-Konfliktlinien gelten wissenschaftliche Unsicherheiten immer noch als Hauptmanko des IPCC. Jedoch argumentierte nach der Genfer Konferenz in den Klimaverhandlungen keine Delegation mehr mit ihnen, um den Verhandlungsprozess zu bremsen (Missbach 1999: 209). Als besonders relevant für die AOSIS scheinen die Unsicherheiten, welche sich auf den Anstieg des Meeresspiegels beziehen. Das Wegkürzen der Ausführungen bezüglich des Westantarktischen Eisschildes sowie eine Fehlinformation über das Abschmelzen der Himalaya Gletscher in der Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger führte vor allem in den Medien zu Empörungen. Auch

die Diskrepanzen zwischen dem TAR und AR4 förderten ein positives Klima um den IPCC nicht. Rechte Kritiker der Klimaforschung fechten die Debatte um das produzierte Wissen als sozial konstruiert und politisch polarisiertes Gequassel an (Demeritt 2001: 308, eigene Übersetzung). Die wenigen linken Kritiker bezeichnen den dominanten Diskurs über den Klimawandel, der durch den IPCC massiv geprägt wird, als den Interessen eines neuen technokratisch-inspirierten Ökokolonialismus entgegenkommend (ebd.).

Der Grund, warum es zu Diskrepanzen innerhalb jenes Feldes kommt, hat sicherlich auch damit zu tun, dass die meisten Politiker sowie Laien aus der Öffentlichkeit dazu gezwungen sind, in die technische Expertise ihr Vertrauen zu stecken, einer Expertise die sie nicht vollkommen verstehen (Demeritt 2001: 309). Ulrich Beck bezeichnet diese Abhängigkeit als Moderne Risikogesellschaft. Jener Diskurs macht deutlich, dass die Wissenschaft als etwas Politisches angesehen werden muss, genauso darf die soziale Dimension von Wissenschaft und deren sozialen Praxen nicht vergessen werden (vgl. ebd.). Nur durch ein solches Verständnis von Wissenschaft können die asymmetrischen Verhältnisse, die jenen Praxen eingeschrieben sind, untersucht und verstanden werden.

Inwiefern der IPCC ein für Politiker und Öffentlichkeit manipuliertes Medium darstellt, kann der Prozessablauf des IPCC deutlicher machen. Denn prinzipiell darf nicht vergessen werden, dass auch im IPCC anfangs von Annahmen ausgegangen wird. Beobachtungen werden interpretiert, Modelle entstehen, Quantifizierungen werden vorgenommen, anhand unabhängiger Daten wird validiert, Modellerweiterung kann stattfinden, womit dann Prognosen erstellt werden (Kromp-Kolb 2010). Innerhalb dieser Prognosen wird das Modell dann getestet und kann als Teil der Validierung benutzt werden, was in der Physik oft der Fall ist (ebd.). Am Beginn steht also immer eine Annahme. Datenmanipulation ist ein notwendiger Schritt um Interpretationen zuzulassen. Manipulationen können jedoch verschieden zulässig sein, die Begründung für den Vorgang ist ausschlaggebend. Bei *policy relevant science* sind jene Interpretationsspielräume von enormer Relevanz, weil sie eben je nach Akteursinteresse verwendet oder manipuliert eingesetzt werden können.

Was die instrumentelle Verwendung der wissenschaftlichen Repräsentation vom Klimawandel klar verdeutlicht, ist die ungleiche politische Ökonomie von

Treibhausgasemissionen, indem das Problem der Akkumulation in der Atmosphäre von den sozialen und ökonomischen Belangen getrennt wird (Demeritt 2001: 313, eig. Übersetzung). Denn die Luxusemissionen der Treibhausgase von fossilen Trägern in den Industrieländern werden in der gleichen abstrakten und universellen wissenschaftlichen Art analysiert, wie die überlebensnotwendigen Emissionen von der Landwirtschaft der Entwicklungsländer (Agrawal and Narain 1991, Shue 1993; zitiert nach Demeritt 2001: 313, eig. Übersetzung). Genau diese Analyseart legitimiert dann internationalen Emissionshandel, genauso wie sie die politische Diskussion über vergangene Emissionen und die Frage der historischen Verantwortung zur Seite schiebt (vgl. Demeritt 2001: 313) und eben damit, wie in den nächsten Kapiteln noch ersichtlicher wird, ein zentrales Anliegen der AOSIS darstellt. Die dominante Analyseart bestimmt aber auch den Zugang zu der wissenschaftlichen Debatte, wer zur Mitsprache autorisiert ist und auch über welche Dinge gesprochen wird (vgl. ebd.: 314). Insgesamt gibt es weltweit ca. nur ein Dutzend im globalen Norden angesiedelte, führende Forschungseinrichtungen, die für die Produktion der Klimamodelle verantwortlich sind (Agrawala 1998b, Kandlikar und Sagar 1999; zitiert nach Demeritt 2001: 330, eig. Übersetzung). Dies macht klar, dass politische Kräfte aus den sog. Entwicklungsländern teilweise kritisch zu den Behauptungen ihnen nicht bekannter Wissenschaftler stehen. Wegen dieses Mangels wurde auch von Seiten der UNFCCC und dem IPCC versucht die Expertise aus jenen Ländern in den IPCC Prozess einzubinden (ebd.). Die Relevanz von technischer Expertise aus den AOSIS Ländern wird vor allem im Kapitel 7 noch deutlicher in Relation zu weiteren Kapazitätenmängel diskutiert.

In Bezug auf das IPCC erweist es sich als problematisch, dass die Modellberechnungen auf business-as-usual Emissionsszenarien basieren, die davon ausgehen, dass gegenwärtige Emissionstrends auch zukünftig kontinuierlich weiter verfolgt werden (Demeritt 2001: 318). Dies wiederum fördert eine irreführende *baseline*-Mentalität, welche die vorherrschenden ökonomischen Strukturen und kulturellen Imperative akzeptiert, welche die Emissionen in die Höhe treiben und die breite Palette von absehbaren alternativen Entwicklungen für eine offene und unbestimmte Zukunft künstlich hemmen (vgl. Demeritt 2001: 318f).

Abseits dieser hemmenden Tendenzen für ein konstruktives *science-policy interface* zugunsten der AOSIS-Interessen, stellt sich die Frage, ob auch die AOSIS die relevante

Schlussfolgerung erkennt, dass es nicht darum geht die wissenschaftlichen Erkenntnisse für eine breitere Öffentlichkeit verständlicher zu machen, um dann an die wissenschaftlichen Fakten über den Klimawandel zu glauben (vgl. Demeritt 2001: 329). Vielmehr sollte das öffentliche Verständnis verstärkt werden und darum Vertrauen in die sozialen Prozesse, über welche jene Fakten wissenschaftlich determiniert werden (ebd.). Wissen sollte prinzipiell eher in einer konditionalen Weise präsentiert und in einer reflexiven Weise verstanden werden (ebd.).

Dieses spezifische Verständnis wäre auch für das Einflusspotential der AOSIS ausschlaggebend, denn die Ziele, Argumente und Forderungen, die über die Konstituierung der Allianz entstanden sind und im nächsten Kapitel diskutiert werden, basieren schließlich auf einem engen Zusammenspiel von *policy relevant science* und dem historisch-strukturellen Kontext, indem sich die AOSIS zu ihrer Gründungszeit wiederfand.

6 Der politische Kontext und die politische Initiative zur Formierung

6.1 Konstitutionsprozess: Die Gründungsphase AOSIS

Der Startpunkt für den Konstituierungsprozess der AOSIS muss im Sinne des SRA unter anderem auf den historisch-strukturellen Kontext zurückgeführt werden. Durch die Erläuterungen im Kapitel 5 wurden bereits die Einflüsse von strukturellen Spezifika des Gegenstands sowie dessen strategischen Selektivitäten deutlicher, um nun das politische Verhalten der Allianz besser analysieren zu können. Der Rahmen der UN-Weltumweltkonferenz in Stockholm im Jahre 1972 bot aus Sicht der AOSIS (COP3²⁶), so die Annahme, eine strategisch-selektive Chance soziale Strukturen innerhalb des raumzeitlichen strategischen Kontexts zu verändern. Die Rhetorik im Rahmen der Stockholmkonferenz befasste sich erstmalig mit der Thematisierung von

²⁶ COP1- COP11 sind Referenzen zu den von der Autorin getätigten Interviews im Rahmen der 15. Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen 2009 (siehe Literaturverzeichnis: Interviews).

Umweltproblematiken wie die Gefährdung von Biodiversität, Meer Depletion oder Klimawandel und führte weitergehend zur Formierung der UNEP. Durch die Kooperation von UNEP und WMO wurde schließlich die UNFCCC gegründet. Da sich die beiden Gremien zunächst nur auf das Verständnis der wissenschaftlichen Zusammenhänge des Klimawandels fokussierten und sozio-ökonomische und politische Dimensionen außen vor ließen, war den Südländern wegen der nicht vorhandenen Ressourcen sowie Expertisemangel eine bedeutende Beteiligung jedoch vorbehalten (vgl. Okereke 2008: 102). Die zweite Weltklimakonferenz, die im Jahre 1990 in Genf stattfand, war dann zwischen Stockholm und Rio vermutlich die größte Umweltkonferenz, denn das Medienecho war enorm, und viele NGOs begleiteten die Konferenz (Missbach 1999: 138). Die G77 hatte bis dahin die Vereinbarung durchgesetzt, dass die Verhandlungen auch für Mitglieder aus speziellen UN Agenturen offen gelegt wurden²⁷ (vgl. Okereke 2008: 102). Dies ermöglichte 30 Inselstaaten aus dem globalen Süden im Zuge der zweiten Weltklimakonferenz die AOSIS aus der Taufe zu heben, welche von Beginn an aktiv für eine schärfere Deklaration Druck machte (vgl. Missbach 1999: 138 und Okereke 2008: 103). Die AOSIS, so die Annahme, agierte dabei in spezifischen Handlungskontexten, welche von der Verbindung zwischen spezifischen institutionellen Materialität und Interaktionen von sozialen Akteuren abhängen. Die Handlungskontexte, konkret die Auseinandersetzungen in Genf, stellten für viele einen Probelauf für die Konventionsverhandlungen dar, deren baldiger Beginn absehbar war (ebd.). Bezüglich der Interaktionen von sozialen Akteuren beklagten bereits in der Vorphase der offiziellen Verhandlungen engagierte Länder des globalen Südens die fehlende Bereitschaft der sog. Industrieländer zu konkreten Maßnahmen. Demzufolge war eines der zentralen Themen des Ringens zwischen Nord und Süd von Anfang die Frage der finanziellen Entschädigung bzw. Unterstützung der Entwicklungsländer und die institutionelle Ausgestaltung dieser Hilfe (Missbach 1999: 141). Als zentral erweist sich dabei die zu diesem Zeitpunkt durchsetzungsfähige Strategie eines, wie schon sichtbar wurde, sehr einflussreichen Akteurs – die USA – innerhalb der Klimaverhandlungen.

Aus Angst an eine endlose Verpflichtung zur Bezahlung von unüberblickbaren Summen gebunden zu werden, bestanden die USA darauf, dass finanzielle Unterstützung für

²⁷ Im Zuge dessen wurde es schließlich dann auch NGOs möglich an den Verhandlungen teilzunehmen (vgl. Okereke 2008: 103).

Entwicklungsländer aus regulären Weltbankbudget kommen sollte (vgl. ebd.). Sie verwässerten die entsprechende Passage des Resolutionsentwurfs, trotzdem sich einige andere Länder bereit erklärten einen Fonds zum Schutz des globalen Klimas zu speisen (vgl. ebd.). Der daraus entstandene Kompromiss hieß Global Environment Facility (GEF). UNEP und UNDP wurden als Durchführungsorgane an der Facility beteiligt.

Im Sinne des SRAs ist die Interessensdurchsetzung eines Akteurs stets von der „strategischen Selektivität“ des Terrains abhängig, womit die Selektivitäten, die den UNFCCC-Verhandlungen von Anfang an eingeschrieben waren, die durchsetzungsfähige Strategie bedingten. Die Selektivitäten waren für eine dominante Strategie in Bezug auf finanzielle Unterstützung für Länder des globalen Südens ausschlaggebend. Trotz des minimalen Budgets, welches der GEF anfangs zur Verfügung stand, hatten die sog. Industrieländer Tatsachen geschaffen. Auf der Ebene von Deklarationen gelang es dann auch den Entwicklungsländern in den Jahren 1989-1990, das Terrain abzustecken (Missbach 1999: 141). Dies führte zur Herausbildung der drei zentralen Nord-Süd-Themen in den Klimaverhandlungen: die Gestaltung der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, damit das Kriterium der Gerechtigkeit erfüllt ist und dem Süden keine Entwicklungshindernisse entstehen; der Umfang und die Kanäle, durch welche der Norden Finanzhilfe an den Süden leistet; sowie die Schaffung von effektiven, innovativen und umfassenden Mechanismen für den Technologietransfer (vgl. ebd.: 142). Inwiefern jene Themen vom dominanten Konsens innerhalb der Verhandlungen geprägt sind, wird bei der spezifischen Diskussion über die Ziele, Argumente und Forderungen der Allianz deutlich.

Auch die Konstituierungsphasen der zwei Arbeitsgruppen des *International Negotiating Committee for a Framework Convention on Climate Change* (INC) – die unter der Führung der Generalversammlung stattfanden, strukturierten die Gegebenheiten für die Konvention grundlegend. AG1 sollte sich mit allen Verpflichtungen, also mit Emissionsstabilisierungen oder –reduktionen, Technologietransfer und finanzieller Unterstützung der Entwicklungsländer befassen, während der Schwerpunkt der AG2 auf rechtlichen Aspekten und institutionellen Mechanismen lag (Missbach 1999: 143f.). Die Formulierung „new and additional funding“ für die Entwicklungsländer wurde wegen heftiger Auseinandersetzungen mit den USA auf die Kompromissformel der Deklaration der 2. Weltklimakonferenz, „adequate and additional financial resources“ gekürzt (ebd.:

144). Der Vorsitz der beiden Arbeitsgruppen konnte erst beim zweiten INC-Treffen geregelt werden, da der globale Norden und Süden einen Anspruch auf die einflussreichen Posten erhoben. Der Doppelvorsitz von Japan und Mexiko für AG1, Kanada und Vanuatu für AG2 war auch für die AOSIS ein bedeutendes Zeichen. Die Inselstaaten erlebten damit ihre offizielle Anerkennung in den Klimaverhandlungen (Missbach 1999: 144).

Innerhalb des Konstituierungsprozesses erkannte die AOSIS die Notwendigkeit eine stärkere Stimme für die am meisten gefährdeten Inselstaaten zu erlangen (COP3, COP4). Die individuelle Erkenntnis über die Risiken für ihre Inseln war vorhanden, die wirkungsvolle Artikulation der Problematik stellte jedoch eine größere Herausforderung dar. Die partikularen Risiken für die Inselstaaten würden niemanden aufhorchen lassen und aus diesem Grund beschlossen sie das zu tun, was die meisten Entitäten mit gemeinsamen Anliegen in diesem Falle tun: eine Gruppe zu bilden; die AOSIS (COP3, COP2, COP4).

6.2 Politische Identität der AOSIS



(AOSIS 2010: Homepage)

Laut dem AI können Akteure ihre eigene Identität bilden. Jene definiert eigene Interessen sowie Normen und hebt vor allem spezifische Aspekte des Eigeninteresses, spezifische Regeln und normative Ziele hervor. Die Identität der Allianz bildet ein Kollektiv von 43 Mitgliedstaaten und Beobachter, welche sich grob in fünf regionale Gruppen aufteilen lassen: Afrika, Karibik, Indischer Ozean, Mittelmeer, Pazifik und Südchinesische See. 37 AOSIS Staaten sind UN Mitglieder, repräsentieren fast 28% der Entwicklungsländer und 20% der UN Mitglieder (AOSIS 2010: Homepage). Die große Anzahl der Mitglieder lässt auf die heterogene Beschaffenheit in Bezug auf deren soziale, politische, ökonomische, historische und geographische Diversität schließen. Im Sinne des SRAs müssen jene

Diversitäten als zentrales Kriterium der politischen Identität der Allianz betrachtet werden, da Strategien und Projekte, die zur Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene führen, unter anderem auf ihnen basieren.

Eine klar definierte Identität, deren Vorteil der AI in einer Verringerung der internen Such- und externen Transaktionskosten und somit einer Erhöhung der Effizienz von Interaktionen sieht (Scharpf 2000: 120), hat die AOSIS auf den ersten Blick jedoch nicht. Die Bezeichnung *Small Island Developing States* trifft nicht auf alle Mitglieder gleichmäßig zu, so sind Länder wie Kuba oder PNG keine kleine Staaten und Belize, Guyana, Guinea-Bissau sowie Suriname tief-liegende Küstenstaaten und keine Inseln. Über die Jahre veränderte die neu erlangte Unabhängigkeit vieler Inselstaaten die Mitgliederzahl der AOSIS, trotzdem sind viele der Inseln noch immer keine eigenen Staaten sondern abhängige Territorien (Niederländische Antillen, Jungferninseln - britisch und US, Guam - US, amerikanisches Samoa) oder wie die Cook Inseln und Niue selbstverwaltete Territorien mit freier Assoziierung zu Neuseeland und Mikronesien, die Marshall Inseln und Palau sind mit den USA assoziiert. Aufgrund dessen, wegen der geringen Bevölkerungszahl oder weil die Staaten keine Information zur Verfügung gestellt haben, sind zwölf der AOSIS Länder nicht im HDI Verzeichnis²⁸. Durch die teils verbesserte wirtschaftliche Lage einiger Länder der Allianz fallen nicht mehr alle in die Definition von *Small Islands Developing States*. Als aufstrebender Industriestaat ist Singapur innerhalb der AOSIS ein Sonderfall, da das Land bei der AOSIS Gründung vor ca. 20 Jahren jedoch den Aufnahmekriterien eines kleinen und sich entwickelnden Inselstaates entsprach, ist es heute noch immer Mitglied (COP3). Damit könnte der Allianz nun natürlich die relative Stabilität ihrer Identität angerechnet werden, womit ihr, laut dem AI, gleichzeitig eine Effizienz zugeschrieben werden kann. Prinzipiell ist eine höhere Flexibilität, in Bezug auf die Mitglieder der AOSIS demnach nützlich, kann aber im Angesicht der Verwerfung ihrer Gründungsmotive und somit auch einer internen Norm, angeprangert werden. Laut SRA sind Handelnde jedoch reflexiv, zur Reformulierung innerhalb ihrer eigenen Identitäten und Interessen fähig und können in strategische Kalkulationen über ihre gegenwärtige Situation eingreifen (vgl. Jessop 2007: 41).

²⁸ Sechs AOSIS-Länder sind keine UN-Mitglieder: Cook Inseln, Niue sowie die vier Länder mit Beobachterstatus, die abhängige Territorien sind; von Kiribati, den Marshall Inseln, Mikronesien, Nauru, Palau und Tuvalu gibt es keine Daten für den HDI.

Neben Singapur ist Barbados dennoch das einzige Land der AOSIS, welches ebenfalls in der Very High Human Development (VHHD) Kategorie ist. High Human Development (HHD) verzeichnen zehn AOSIS Staaten²⁹; in die Medium Human Development (MHD) Kategorie fallen mit siebzehn AOSIS Ländern³⁰ am meisten, was auch von der AOSIS betont wird (COP3); Low Human Development (LHD) verzeichnen zwei AOSIS Staaten³¹. Die Reflexivität der AOSIS bezüglich dieses Sachverhalts kennzeichnet sich dahingehend, als dass die unterschiedlichen Entwicklungsstände angeblich durch eine interne Kooperation versucht werden auszugleichen (COP2).

Trotz der Heterogenität sind viele der SIDS mit ähnlichen physischen und strukturellen Entwicklungshemmnissen konfrontiert und teilen vor allem über diese Kategorien relevante moralische Werte und kognitive Sicherheiten, die für ihre politische Identität im Sinne des AIs ausschlaggebend sind. Die territorial kleinen Länder sind geographisch abgelegen, haben eine geringe Bevölkerungsanzahl, wenig Personal, enge wirtschaftliche Grundlagen, sind dementsprechend sehr anfällig für externe Schocks sowie von Auslandshilfe abhängig. Teilweise sind sie dann aufgrund der Abhängigkeiten oft verschuldet und gleichzeitig mit den höchsten Energiepreisen der Welt belastet. Ihre ökologische Fragilität und Verletzlichkeit teilen sie ebenso wie eben die Fähigkeit nicht vollauf an den internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Aufgrund der geographischen Ausweitung der SIDS sind die Inseln teil von allen fünf UN-Regionen, deren bestehende Marginalisierung wurde jedoch auch auf der COP15 wieder präsent. Aufgrund ihrer Größe wurden die Länder auf Globen sogar vergessen, worüber sich die aktuelle Vorsitzende der Allianz, Dessima Williams, entzürnte. Die Pazifikregion war lange Zeit keine eigene Region, sondern Teil der Asien-Pazifik Region und wurde auch als „secret region“ benannt (VIE).

Als einige der wohl grundlegendsten Elemente der politischen Identität der Allianz können ihre moralischen Werte gesehen werden, die auf dem Fakt basieren, dass der Klimawandel Menschenrechte verletzt (vgl. Sachs 2009), womit sich der folgende Exkurs nun überblicksmäßig beschäftigt.

²⁹ Zehn HHD-Länder der AOSIS: Antigua und Barbuda, Bahamas, Dominica, Grenada, Kuba, Mauritius, Saint Kitts und Nevis, Seychellen, St. Lucia, Trinidad und Tobago

³⁰ Siebzehn MHD-Länder der AOSIS: Belize, Dominikanische Republik, Fiji, Guyana, Haiti, Jamaika, Kap Verde, Komoren, Malediven, PNG, Salomoninseln, Samoa, Saint Vincent und die Grenadinen, Sao Tome und Principe, Suriname, Tonga, Vanuatu

³¹ Zwei LHD-Länder der AOSIS: Guinea-Bissau, Osttimor

6.2.1 Exkurs: Klimawandel verletzt Menschenrechte

Der Klimawandel verletzt überwiegend das Recht auf Gesundheit und Leben, auf Nahrung und Wasser, Wohnung und Eigentum, gesunde Umwelt und den Bestand kultureller Spezifika etwa bei indigenen Völkern, Umsiedlung und Migration (Rathgeber 2009: 10). Damit geht es um das Recht auf materielle sowie kulturelle Sicherheit (ebd.)³². Bo Kjellen versucht diese Thematik mit dem Begriff der *neuen Diplomatie für Nachhaltige Entwicklung* aufzuarbeiten (Kjellen: 2004). Die relevanteste Erkenntnis ihm zufolge ist die Bedrohung mit der wir es zu tun haben, welche jedoch nicht an eine einzelne Nation oder Gruppe gekoppelt werden kann, da es um unseren Lebensstil geht (COP9). Einerseits erscheint es so, als ob wir alle im gleichen Boot sitzen, andererseits spielen Tradition und Sicherheitsinteressen eine fundamentale Rolle (COP9). Klimawandel und internationale Sicherheit werden innerhalb des dominanten Klimaschutzdialogs meist mit Energiesicherheit verbunden, vermehrt wird vor allem auf die Reduzierung von Importabhängigkeiten gesetzt. Trotzdem wird davon ausgegangen, dass der Wettbewerb um Energie und Rohstoffe weiter zunimmt und schwache Staaten vor dem Hintergrund von Ressourcenkonkurrenz weiter destabilisiert werden (GTZ 2008: 51).

Der Anspruch auf die Erfüllung der Rechte auf materielle sowie kulturelle Sicherheit wurde in der UNFCCC, nicht völkerrechtsbindend verankert, geschweige denn etwaige Sanktionierungsmaßnahmen. Im Kontext der Inselstaaten stellt sich durch ihre Bedrohungslage nicht zuletzt die Frage der Staatsbürgerschaft und der Garantie staatsbürgerlicher Freiheitsrechte (vgl. ebd.). Vor allem die Möglichkeiten lokaler und besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen an den internationalen Klimaverhandlungen teilzunehmen, rücken jene wichtigen Grundcharakteristika, mit welchen sich politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse befassen sollen, jedoch in den Hintergrund. Der UN-Menschenrechtsrat hat sich erstmals 2009 mit der Verknüpfung von Klimawandel und Menschenrechten befasst, da das Konzept der Klimaflüchtlinge im

³² Das Recht auf Nahrung und Wasser ist im internationalen Abkommen zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (WSK-Rechte) verankert (Rathgeber 2009: 11). Das bislang nur als Absichtserklärung bestehende «Recht auf Entwicklung» und die Millenniums-Entwicklungsziele sind zwei weitere Normgerüste aus dem Kontext der Menschenrechte (ebd.). Das Recht auf Entwicklung, welches im Entwurf der Rahmenkonvention noch in einer Prinzipienabsatz enthalten war, wurde innerhalb des Vertragstexts im völkerrechtlichen Sinne nicht verankert (Missbach 1999: 159).

Völkerrecht nicht vorhanden ist. Im Jahre 2000 beantragte Tuvalu in Neuseeland Flüchtlingsstatus. Tatsächlich versuchen viele Insulaner den Begriff „Flüchtling“ zu meiden, denn sie fürchten, dass damit das freiwillige Verlassen ihrer Gebiete konnotiert werden könnte.

Ebenso wird im dominanten Diskurs von den sogenannten Klimaflüchtlingen gesprochen, da Migration die ultimative Form von Anpassung darstellt, auch wenn es keine Alternative ist über die irgendjemand nachdenken mag (COP9). Die Angst vor der großen Welle von Umweltmigranten scheint jedoch unbegründet, da Migration schon immer eine Form der Anpassung auf den Klimawandel und Umweltzerstörung darstellte, es nach wie vor vermehrt zu zirkulärer, innerstaatlicher Migration kommen wird und die Inselstaaten demnach eine Ausnahme darstellen (COP10). Warum Migration für die AOSIS dennoch die letzte Option von Anpassung darstellt, verdeutlichen die folgenden Ausführungen bezüglich ihrer lokalen Bevölkerung.

6.2.2 Problem-Framing der politischen Identität

Eine moralische Instanz zu sein, bedeutet für AOSIS selbst, dass es nicht um Geld geht, sondern darum Menschen ins Zentrum zu stellen, das Überleben jener und das Überleben des Planeten und der Umwelt zu sichern (COP7/COP3). Die Rechte der Inselstaaten zu repräsentieren scheint für die AOSIS im Mittelpunkt ihrer politischen Identität zu stehen. Wenn AOSIS Vertreter davon sprechen, dass sie die Rechte der Inselstaaten repräsentieren, muss sich die Frage gestellt werden, welche Rechte die AOSIS tatsächlich repräsentiert. Ein wichtiges Stichwort ist hierbei die Bevölkerung, denn jene behauptet die AOSIS schließlich zum Mittelpunkt ihrer Identität gekürt zu haben. Den Blickpunkt auf die Bevölkerung der Inselstaaten gesetzt zu haben, bedeutet sich auf eine äußerst heterogen geprägte Anzahl von Kulturen, Kolonialgeschichten und etliche andere Spezifika in Bezug auf deren demographische Breite einzulassen. Jene regionalen Spezifika können nun im Zuge dieser Arbeit nicht aufgearbeitet werden, zentral erscheint hingegen die Frage, wie die Staaten die Interessen ihrer Bevölkerung im Rahmen der AOSIS integrieren.

6.2.2.1 Selektive Partizipationsmöglichkeiten

Da es in größeren Länder wie Guyana, Belize, Suriname und PNG eine hohe Anzahl indigener Bevölkerung (COP3), ebenso wie in den meisten Südseeinseln wie den Cook Inseln, Fiji, Kiribati, Niue, Samoa, Tuvalu, Vanuatu etc. gibt, erscheint es notwendig die Position der AOSIS mit einem Fokus auf deren indigene Bevölkerung zu untersuchen³³. Das Faktum, dass sich einige der AOSIS Repräsentanten selbst als Indigene verstehen und deshalb die Stimme jener Bevölkerungsgruppen automatisch innerhalb der Gruppe sowie nach außen durch die Allianz repräsentiert sehen (COP2), darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine spezifische Repräsentation von Indigenen im Rahmen der Allianz genauso wenig wie in der Konvention selbst vorgesehen ist. Dem Terrain der UNFCCC ist eine strategische Selektivität eingeschrieben, welche die Partizipationsmöglichkeiten strukturiert. Vertreter der als besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen haben über die bloße Teilnahme als Beobachter keine institutionelle Möglichkeit, ihre spezifischen Anliegen in die Klimaverhandlungen einzubringen, um Projekte und Programme etwa des Anpassungsfonds auf ihre Nöte abzustimmen (Rathgeber 2009: 13). Als Sprachrohr für indigene Bevölkerungsgruppen dient lediglich organisierter Protest außerhalb der offiziellen Plenarsitzungen oder das Lobbyieren als NGOs, die oft als Synonym zu Indigenen Organisationen in den Inselstaaten zu sehen sind. Der befremdende Charakter der riesigen internationalen Treffen (und die limitierten Kapazitäten, eig. Anmerkung) tragen allerdings dazu bei, dass wenige Insulaner von der COP angezogen werden, die meisten Leute wollen nicht einmal in die Nähe davon (VIE). Auch das Verständnis eines bottom-up Prozesses, welcher für einen AOSIS Vertreter zwar notwendig ist, jedoch für ihn *party-driven* sein sollte, spricht im Interesse der Delegierten (COP2), spiegelt den eher enger gehaltenen Blick in Bezug auf die Repräsentation von Bevölkerungsinteressen durch die AOSIS wieder. Die AOSIS sieht jedoch mit ihrem Anspruch den Menschen ins Zentrum zu setzen auch die Rechte von Indigenen thematisiert, die Segmentierung von Gruppen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass jeder vom Klimawandel betroffen ist (COP2). Darum fand wohl auch die spezifische Thematisierung von Indigenen Rechten bis dato innerhalb der AOSIS nicht statt (COP7). Die Vielzahl der Staaten und die nationalen Spezifika, die

³³ Die Bevölkerung der Karibik prägte vor allem der Sklavenhandel durch europäische Kolonialisten, wodurch es heute nur mehr wenige Ureinwohner gibt und der Großteil der Bevölkerung afrikanischer Herkunft ist.

damit aufgearbeitet werden müssten, könnten Gründe dafür sein. Eine CAN-Vertreterin meint, dass es eher in Ländern mit großen Waldgebieten um die indigenen Rechte geht³⁴ (COP8), was bei der AOSIS außer PNG eher seltener der Fall ist. Fakt ist jedoch, dass durch die Verletzlichkeit der Inselstaaten die Bevölkerung jener als direkte Betroffene angesehen werden muss. Die AOSIS-Strategie kennzeichnet sich damit, dass die Allianz genauso wenig wie die UNFCCC selbst eine spezifische Repräsentation der Bevölkerung ihrer Staaten auf internationalem Terrain vorsieht. Vom Untergang bedroht, machen sich die AOSIS Mitglieder eher auf nationaler Ebene darüber Gedanken alternative Wohn- und Lebensmöglichkeiten für die Bevölkerung zu schaffen. Was auch im Verständnis des SRA Sinn macht, denn nationale Interessen genießen auch in multilateralen Verhandlungen eine höhere Priorität als gemeinschaftliche. Da die internationale Gemeinschaft noch keine Vereinbarungen über eventuelle „Klimaflüchtlinge“³⁵ getroffen hat, gibt es zurzeit lediglich bilaterale Übereinkommen mit Australien oder Neuseeland, die wie schon erwähnt auf die Arbeitskraft der BewohnerInnen ausgelegt sind. Diese potentielle Umsiedelung erweist sich jedoch alles andere als konfliktfrei, da die indigene Bevölkerung sehr stark mit ihren Territorien verbunden ist und sich die internationale Gemeinschaft offensichtlich nicht darüber im Klaren ist, was der Verlust für die Bevölkerung und deren Kulturen bedeutet. Die Zeitfrage steht für die AOSIS jedoch bei der Sicherung ihrer Territorien im Mittelpunkt, dementsprechend kommen die Länder an der Migrationsfrage nicht vorbei. Die IOM bezeichnete Migration übrigens schon immer als eine Art der Anpassung an den Klimawandel und Umweltzerstörung (COP10). Die Bevölkerung selbst sieht Migration als letzte Möglichkeit der Anpassung, oder lehnt Migration gänzlich ab. Eine Aktivistin meint, dass es nur drei Dinge benötigen würde: „*Money, Technology and Cutting of Emissions* (COP6)“. Alles andere sei kein Problem, denn die Bevölkerung wüsste, wie sie das Wasser beseitigen können und niemand wäre gezwungen auszuwandern (COP6).

³⁴ In der aktuellen Debatte um einen REDD Plus Mechanismus wurden die Rechte von Indigenen vor allem durch die USA, Kanada, Neuseeland und Kolumbien (COP11) sehr stark verwässert, indem Plantagen ebenso als Waldgebiete anerkannt werden können. Aber auch die EU hat sich in der Debatte um indigenen Rechte nicht hervorgetan und bezüglich des PIC und *forest protection* keine Ambitionen gezeigt (VIE).

³⁵ Wie bereits erwähnt lehnen Teile der Bevölkerung den Begriff „Klimaflüchtling“ kategorisch ab, da ihnen dadurch womöglich gleich wenig Rechte zustehen, wie anderen Flüchtlingen.

6.2.2.2 Wissensformen und Stigmatisierung

Die Bedeutung von Wissen in diesem Kontext ist vor allem für die Bevölkerung selbst eine unverzichtbare Ressource. Da den Inselstaaten zu wenig finanzielle und technologische Hilfe für Anpassung zur Verfügung gestellt werden, sind sie auf das Wissen der lokalen Bevölkerung angewiesen. Wie wertvoll jenes traditionelle Wissen vor allem für nachhaltige Systeme ist, wird auf UN-Ebene nicht widerspiegelt. Da das Verständnis von Natur bei Indigenen nicht mit den Marktmechanismen korreliert (VIE), ist es schwer in den Prozess integrierbar. Die polynesischen Maori verstehen Natur beispielsweise als etwas Integrales, als Teil der eigenen Familie mit der respektvoll und in Harmonie umgegangen werden soll (ebd.). Auch der Umgang mit Ressourcen wird anders interpretiert, denn die Nutzung von Ressourcen ist noch an Bedarf gekoppelt (ebd.). Nur wenn etwas wirklich gebraucht wird, wird es auch verwendet, nicht verschwendet und immer wiederverwendet bis zum letzten Stück (ebd.).

Die Inwertsetzung (Monetarisierung) von Natur und deren Abstraktion, wie über die Marktmechanismen im Rahmen der UNFCCC, ist für sie eine völlig unverständliche Zugangsweise, ja eher eine Pervertierung der Thematik. Der Zwiespalt und das Unverständnis der internationalen Gemeinschaft, indigenen Rechte tatsächlich zu vertreten, finden sich in aktuellen Debatten, wie beispielsweise um den REDD plus Mechanismus, wieder. Die Inwertsetzung von Waldgebiet erfordert die Aneignung von Land, was bekanntlich nicht konfliktfrei verläuft und nicht selten Vertreibungen von indigenen Bevölkerungsgruppen zur Folge hat. Der Aspekt der Vertreibung hat auch für die Inselstaaten höchste Priorität. Für die AOSIS haben die sog. Industrieländer die Verantwortung dafür zu tragen, die Bevölkerung hat jedoch oft einen anderen Zugang:

„They (Bevölkerung von Ozeanien, eig. Anm.) don't even know they are in danger of being drowned. These are people who are so devoted to their culture that they will stay on the island even if it starts to go under water because they think a miracle will happen. (VIE)“

Oft kennt die Bevölkerung den Grund für die klimatischen Veränderungen nicht und versucht sich bestmöglich anzupassen (VIE, COP5). Mit den zunehmenden Unbeständigkeiten werden sie jedoch immer unruhiger, außerdem sind sie mit der Opferrolle, die sie einnehmen sollen, unzufrieden (COP5). Der betroffenen

Armutbevölkerung werden die Kompetenzen und ein emanzipatorisches Potential abgesprochen, insofern sie nicht als unmittelbare Betroffenen, nicht als Handelnde und nicht als politische Subjekte, sondern als Opfer des globalen Klimawandels konstruiert und stigmatisiert werden, denen klimapolitisch geholfen werden muss (Dietz/Brunnengräber 2008: 411). Aus diesem Grund versuchen sich auch die Insulaner immer mehr selbst zu organisieren und über die Öffentlichkeit Druck auf die Verhandlungen auszuüben. Die AOSIS spielt auch für zivilgesellschaftliche Organisationen und vice versa eine Rolle und wird von einem NGO-Vertreter des *Pacific Calling Partnership* sogar als starker Akteur des Pazifiks wahrgenommen (COP5). Eine stärkere Involvierung der grass roots Bewegung in die AOSIS Treffen wäre jedoch wünschenswert (COP5), so der NGO-Vertreter weiter.

Die politische Identität der Allianz wurde nun schon in Ansätzen durch die Analyse ihrer Normen, also den Bedingungen und Zwecken für ihre Handlungen, sowie anhand der Analyse einiger Interessen ein wenig schärfer. Im Sinne des AIs geht es dabei um das Eigeninteresse an Fortbestand (Selbsterhaltung), an Zugriff auf Ressourcen (Wachstum) und an autonomer Handlungsfähigkeit (Autonomie). Vor allem das Hemmnis des Zugriffs auf Ressourcen erschwert die Autonomie der Allianz. Die Interessen für ihren Fortbestand werden nun durch die spezifische Analyse der Ziele, Argumente und Forderungen der Allianz deutlicher.

6.3 Strategien und strategisch-relationale Momente im Handeln der AOSIS

6.3.1 Ziele

Die Reflexion über die Notwendigkeit ihre limitierten Kapazitäten (wie z.B. kleine Delegationen), die ihnen als kleine Inselstaaten zur Verfügung standen, im Kollektiv zu stärken und so auszuweiten, war von Anfang an gegeben (COP2, COP3, COP4, COP7, VIE). Durch die limitierten finanziellen und technologischen Kapazitäten der AOSIS-Länder können sie die Auswirkungen des Klimawandels nicht alleine bewältigen, aus

diesem Grund nützen sie die UNFCCC als globales Forum Ressourcen von den (großen) Industrieländern zu mobilisieren (COP8).

Neben den Treffen während der Vertragsstaatenkonferenzen stellen vor allem die Barbados Konferenz 1994, 1999 und 2005 in Mauritius sowie der AOSIS *Climate Change Summit* in New York im September 2009 wichtige Zeitpunkte für strategische Abmachungen dar. Jene Zusammenkünfte hatten die Verabschiedung des *Barbados Programm of Action* (SIDS: 1994, SIDS: 1999) und die *Mauritius Strategy of Implementation* (SIDS: 2005, SIDS: 2010), um die Barbados Strategie zu implementieren, zur Folge (vgl. SIDS 2010a: Homepage). Die Barbados Konferenz 1994 war die erste Konferenz, welche die Agenda 21 in ein Aktionsprogramm für eine Ländergruppe umsetzte. Dabei gab es 15 vorrangige Gebiete (z.B. den Klimawandel und Meeresspiegelanstieg, Natur und Umweltkatastrophen, Abfallbehandlung), welche auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene durch entsprechende Aktionen und Maßnahmen der nachhaltigen Entwicklung von SIDS zu gute kommen sollten (vgl. SIDS 2010a: Homepage). 1999 wurden die vorrangigen Aktionsgebiete nach Priorität für die kommenden fünf Jahre abgestimmt. Die aus den Konferenzen entstandenen Strategien kennzeichnen das breite Engagement der AOSIS, genauso wie die große Anzahl der darin enthaltenen Verweise auf andere UN Konventionen das breite Verständnis für die Themengebiete offen legt (vgl. SIDS: 2005). Die Strategien benennen konkret die asymmetrischen Verhältnisse, in denen die Länder eingebettet sind, und fordern auch eine Neugestaltung jener Bedingungen auf internationalem Terrain³⁶.

Die aus dem Summit in New York von 2009 entstandene AOSIS *Climate Change Declaration* (AOSIS: 2009) diente vor allem in Kopenhagen bei der COP15 als Verhandlungsgrundlage sowie als Basis für den AOSIS Vorschlag für ein Kopenhagen-Protokoll (AOSIS: 2009a).

³⁶ "...the international community should take all necessary and appropriate measures, including ensuring support for structural and macroeconomic reform, a comprehensive solution to the external debt problem and increasing market access for developing countries. Efforts to reform the international financial architecture need to be sustained with greater transparency and the effective participation of developing countries in decision-making processes should be ensured. A universal, rules-based, open, non-discriminatory and equitable multilateral trading system, as well as meaningful trade liberalization, can substantially stimulate development worldwide, benefiting countries at all stages of development." (SIDS: 2005)

6.3.1.1 Legal-bindendes Werk mit Unterstützung über Anpassung, Finanz- und Technologietransfer

Die AOSIS sieht die UNFCCC als primäres internationales und intergouvermentales Forum an um eine globale Antwort auf den Klimawandel zu geben, indem sie ein legal-bindendes Werk für ein internationales Klimawandelregime und existierende Verbindlichkeiten unter der UNFCCC und dem Kyoto-Protokoll anstreben (COP2). Ein präzises und starkes politisches Abkommen, worauf bis heute von vielen Seiten gehofft wird, dürfte demnach nicht modifizierbar sein, sprich für keine Änderungen offen gehalten werden (COP9). Der notwendige „*polity jump*“ dafür, wie ihn ein Interviewter passend bezeichnet hat, fand jedoch auch nicht in Kopenhagen statt (COP9). Ein für die AOSIS passendes Ergebnis hätte ein Produkt eines *party driven* Prozesses dargestellt, das die Bali Action Plan Elemente³⁷ enthält und so adressiert, dass jene implementierungsorientiert sind (COP2).

Als Block versuchte sich die AOSIS bereits innerhalb des *International Negotiating Committee for a Framework Convention on Climate Change* (INC) als ganzes, aber auch innerhalb der regionalen Gruppen und der größeren Gruppe der G77, für ihre Interessen stark zu machen (Ashe et.al. 1999: 212). Die Erwähnung der spezifischen Probleme und besonderen Bedürfnisse der kleinen Inselstaaten in der Präambel (in Paragraph 12, 14 und 19), welche das erste Ziel der AOSIS Strategie im Zuge der Konventionsverhandlungen darstellte, bestätigte zwar deren Anerkennung, steht aber nicht in Relation zu den notwendigen Verpflichtungen für die sog. Industrieländer. Aus diesem Grund ist es nach wie vor im Interesse der AOSIS jene Probleme und Bedürfnisse in die Grundsätze sowie in die Verpflichtungen der Konvention integriert zu sehen. Wie bei den Erläuterungen zu den Forderungen der Allianz noch sichtbar werden wird, befürworteten die AOSIS, neben der EU und den Umwelt-NGOs³⁸, bereits während der Verhandlungen um die Annex-I

³⁷ Der Bali Action Plan sieht vor allem die Einigung zu einem Protokoll bis zur COP15 vor, welches über 2012 hinaus wirkt. Es soll zum langzeitigen kooperativen Handeln sowie zu einem langzeitigen globalen Ziel für Emissionsreduktion anregen, sowie konkretes Handeln für Eindämmung, Anpassung, Technologieentwicklung und -transfer sowie die Verfügungstellung finanzieller Ressourcen für die Entwicklungsländer fördern (vgl. UN: 2007).

³⁸ Die Umwelt-NGOs sind innerhalb der Klimaverhandlungen im Climate Action Network organisiert und koalieren grundsätzlich mit der EU, G77 und China, und/oder AOSIS (je nach Themengebiet) (Betsill 2005: 110, eigene Übersetzung). Darüber hinaus gibt es die Business und Industrie NGOs wie z.B. die Globale Klimakoalition, den Business Environmental Leadership Council, Gruppenvertreter Erneuerbaren

Länder bindende Ziele und Zeitpläne für die Emissionsreduktion (vgl. Betsill 2005: 112 und Ashe et.al. 1999: 213).

Von Seiten der sog. Industrieländer gibt es realpolitisch bislang keine ambitionierten Ziele zur Eindämmung der Emissionen, die AOSIS Staaten kämpfen weiterhin mit den Auswirkungen des Klimawandels und pochten deshalb von Anfang an auf die Unterstützung durch Anpassungsprogramme. Die anschließende Diskussion über die besondere Verletzlichkeit der Inseln im Kapitel 6.3.2 macht klar, dass Anpassung auf vielfältige Weise und durch externe Finanzierung stattfinden muss. Genauer gesagt soll im Sinne von ex-ante Evaluationen sichergestellt werden, dass neu entwickelte bauliche Infrastrukturen auch den zukünftig widrigen klimatischen Veränderungen standhalten (Burton/Aalst 2004; zitiert nach Dietz/ Brunnengräber 2008: 412). Andererseits wird die Entwicklung und Implementierung spezifischer Technologien oder Infrastrukturen gefördert, die sektorale Anpassungsprozesse unterstützen (Dietz/ Brunnengräber 2008: 412). Anpassung richtet sich also auf physisch-materielle und infrastrukturelle Maßnahmen. Tatsächlich ist aber vor allem bei einigen der AOSIS Ländern klar, dass Anpassung nur bis zu einem gewissen Punkt möglich ist, irgendwann kippt das System und dann müssen die Inseln evakuiert werden (COP8).

6.3.1.2 Integration in den CDM

Um die Emissionsreduktionen für sog. Industrieländer möglichst rentabel zu gestalten, wurden im Zuge des Kyoto Protokolls die Marktmechanismen: der Emissionshandel (Emission Trading, ET), die gemeinsame Umsetzung (Joint Implementation, JI) und der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanismus, CDM) institutionalisiert. Über jene Mechanismen soll der private Sektor, als auch Entwicklungsländer angespornt werden, ihre Emissionen zu reduzieren (vgl. UNFCCC 2010: Homepage/CDM). Der CDM ist im Gegensatz zu ET oder JI³⁹, die eher generelle Statements darstellen, einer der detailreichsten Punkte des Kyoto Protokolls, ihm wird

Industrien; sowie Local Governments und municipal Authorities und Indigenous Peoples' Organizations (ebd.).

³⁹ ET und JI funktioniert ausschließlich zwischen Annex-I Ländern, also Staaten mit quantitativen Emissionszielen (Altvater/Brunnengräber 2008: 13).

daher auch hier mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den zwei anderen Instrumenten, da er sich als Schlupfloch erweist (vgl. Altvater/ Brunnengräber 2008: 15). Durch ihn sollen in Entwicklungsländern emissionsreduzierende Projekte geschaffen werden, wodurch zertifizierte Emissionsreduktionskredite erworben werden können, wobei jeder einer Tonne CO₂ gleichgesetzt wird (vgl. UNFCCC 2010: Homepage/CDM). Diese Kredite können gehandelt, verkauft und von industrialisierten Ländern benutzt werden, um Teile ihrer Emissionsreduktionsziele zu erlangen (ebd.). Der Mechanismus soll nachhaltige Entwicklung und Emissionsreduktionen stimulieren, während er industrialisierten Ländern eine flexible Handhabung, wie sie ihre Reduktionsziele erreichen können, offeriert (ebd.). Die Projekte müssen sich durch eine rigorose und staatliche Registrierung sowie einen *Issuance* Prozess qualifizieren. In diesem Prozess wird über ihre tatsächlichen, messbaren und verifizierbaren Emissionsreduktionen, welche außerdem zusätzlich stattfinden müssen, entschieden (ebd.).

Hauptargument für das Ziel der Integration in den CDM ergibt sich aus verschiedenen Problematiken, die mit der Einführung der Marktmechanismen einher gingen. Zunächst ist die Zusätzlichkeit der Projekte nicht immer gewährt, außerdem zielt der Mechanismus auf große und industrielle Projekte ab, wo die Transaktionskosten gering sind. Demnach gibt es in Brasilien, Indien und China, also dort wo die sichersten und profitabelsten Investitionen locken, die meisten Projekte und nicht in den AOSIS Staaten (COP9, UNFCCC 2010: Homepage). Kritiker sehen vor allem dadurch die Option zu *business-as-usual* Politik beständig.

Obwohl der CDM auf einem brasilianischen Vorschlag zu einem Clean Development Fund basierte, avancierte er entgegen seines ursprünglichen Zwecks, zu einem Mechanismus (COP9). Grundsätzlich, so Missbach, hätte der Emissionshandel zu einem starken Umverteilungsmechanismus werden können, allerdings hätte er zugunsten des Südens angelegt werden müssen (Missbach 1999: 259). Diese Chance war der Grund, warum sich auch die UNCTAD schon früh für den Emissionshandel interessiert hatte (siehe United Nations 1994; zitiert nach Missbach 1999: 259). Da die Zulassung des Emissionshandels aber nicht auf der anfänglichen Grundforderung des Südens – gleiche Verschmutzungsrechte für jedeN ErdbewohnerIn – beruht, ist ihm dieses Prinzip fremd. Tatsächlich scheint der CDM sozusagen zum Gegenteil des ursprünglichen Vorschlags des Südens zu avancieren, erlaubt er doch JI-Projekte mit Emissionskrediten, die der

Süden zuvor heftig bekämpft hatte (Missbach 1999: 268). Auch pragmatische Netzwerke wie das CAN lehnen den CDM als Mechanismus ab und wollen die Option des *Offsetting* entfernt sehen (COP8).

Dennoch verlaufen die gegenwärtigen Tendenzen innerhalb des Klimawandelregimes in eine Richtung, in der EH gestärkt wird, da die Anreize für Unternehmen sonst nicht mehr gegeben wären (COP9). Für die AOSIS spielt die Debatte um sektorale Programme innerhalb des CDMs eine große Rolle. Um den Fokus von den Bullies auf die SIDS zu lenken finden nun Initiativen wie SIDS Dock (siehe unten) statt. Dadurch sollen die SIDS in die Mechanismen integriert werden und von der Projektebene nicht mehr ausgeschlossen bleiben.

6.3.2 Argumente

Die moralische Stimme der Verhandlungen, die sich die AOSIS selbst zuschreibt (COP7, COP4) und die ihr zugeschrieben wird (COP9, Missbach 1999), um genauer zu sein, die moralischen Werte der Instanz, sind der Ausgangspunkt für ihre Argumentationsgrundlage. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass sie die am meisten betroffene Staatengruppe hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels darstellen und deshalb auch wenig Flexibilität in Bezug auf ihre Handlungsmöglichkeiten haben (COP7). Im Mittelpunkt der Ausgangsposition von der AOSIS standen von Anfang an die drohenden Gefahren der Klimaveränderungen für die kleinen Inselstaaten. So betonten sie in der *“Elements of a Framework Convention on Climate Change”*: *“The very existence of low-lying coastal and small vulnerable island countries is placed at risk by the consequences of climate change”* (A/AC.237/misc.1/Add.3, S.22; zitiert nach Missbach 1999: 149).

6.3.2.1 Sicherung ihres Überlebens und besondere Verwundbarkeit

Das Hauptanliegen war immer zu Überleben, jenes Recht zu sichern und die globale Aufmerksamkeit auf diese Vulnerabilität zu lenken (COP2, COP7). Eine moralische

Instanz zu sein, bedeutet für AOSIS selbst, dass es nicht um Geld geht, sondern darum Menschen ins Zentrum zu stellen, das Überleben jener und das Überleben des Planeten und der Umwelt zu sichern (COP7). Der Allianz geht es um Rechte, und zwar um die Rechte der Inselstaaten (COP3). Die Problematiken die mit diesem Argument einhergehen wurden bereits im Kapitel über die politische Identität diskutiert. Darüber hinaus wird dabei zentral, dass es nicht ausschließlich um die Rechte eines einzelnen Staates geht, sondern um die Rechte zwischen mehreren Staaten. Die AOSIS bezieht sich kollektiv nicht auf die einzelnen Rechte innerhalb der Staaten, denn das Mandat ist dahingehen angelegt außerhalb der Länder zu agieren (COP3).

Im Kern ihrer Argumentation findet sich eine Art Katastrophenszenario, denn wenn die anderen Länder nicht auf sie hören, wird es noch dramatischere Auswirkungen geben, und die Anpassungsmaßnahmen werden noch teurer werden (COP3). Die bisherigen in der UNFCCC getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich Anpassung basieren auf einem *Vulnerabilitätsverständnis*, das Verwundbarkeit primär als Ergebnis des Klimawandels begreift und soziale Vermittlungsmechanismen vernachlässigt (Diez/ Brunnengräber 2008: 413). Das Konzept der kontextualisierten Vulnerabilität arbeitet hingegen mit einem dynamischen Konzept und verweist darauf, dass die Folgen des Klimawandels auf spezifisch politische, soziale und institutionelle Strukturen und Prozesse des Wandels treffen (vgl. ebd.). Mittlerweile wird auch innerhalb des IPCC anerkannt, dass die Verwundbarkeit gegenüber dem Klimawandel von sozioökonomischen Bedingungen abhängig und sozial-räumlich zu differenzieren ist (IPCC 2007; zitiert nach ebd.)⁴⁰.

Im Konzept von Jakobeit und Methmann sind es vor allem drei Faktoren, die die Verwundbarkeit eines Staates oder einer Region bestimmen: die Exposition wie stark die Region von Klimaveränderungen betroffen ist; die Sensibilität wie stark ein System auf die klimatischen Veränderungen reagiert; und die Anpassungsfähigkeit, welche die Kapazität einer Region beschreibt, mit den Folgen der Veränderungen umzugehen (Jakobeit/ Methmann 2007: 8).

⁴⁰ „Verwundbarkeit zeigt an, inwieweit ein System für nachteilige Auswirkungen der Klimaänderungen, inklusive Klimaschwankungen und –extreme anfällig ist bzw. nicht fähig ist, diese zu bewältigen. Die Verwundbarkeit leitet sich ab aus dem Charakter, der Größenordnung und der Geschwindigkeit der Klimaänderungen und –abweichung, der ein System ausgesetzt ist, ebenso wie aus der Empfindlichkeit und Anpassungskapazität dieses Systems.“ (IPCC 2007: 38)

Innerhalb der UNFCCC gibt es im Artikel 4.8 eine angeführte Liste der Kriterien für besondere Verwundbarkeit. An erster Stelle finden sich kleine Inselstaaten, gefolgt von Ländern mit tiefliegenden Küstengebieten. Insgesamt ist die Liste jedoch so lang, dass sich fast jedes Entwicklungsland darin wieder findet. Ähnlich sieht es bei der AOSIS aus, denn durch die Vielzahl an Mitgliedern ist deren Verwundbarkeit aufgrund der variablen geographischen Gegebenheiten sehr heterogen. Die Probleme variieren demnach zwischen den AOSIS Staaten, sind nicht immer auf den Klimawandel zurückzuführen, werden aber häufig durch diesen verschlimmert (COP 4).

Trotzdem treffen die drei Faktoren des Konzepts der Verwundbarkeit auf die AOSIS zu, denn die Bedrohung der physischen Existenz einiger tief-liegende Inseln wie z.B. die Malediven, Kiribati, Vanuatu, Tuvalu oder einigen Bahamas Inseln kennzeichnet ihre hohe Exposition. Infolge der Klimaänderung und des Anstiegs des Meeresspiegels sind Küstengebiete immer größeren Risiken ausgesetzt (COP4, COP5, COP6, IPCC 2007: 25)⁴¹. Da einige der Inseln als Atolle nur wenige Meter über dem Meeresspiegel liegen (Kiribati 2m), droht ihnen Überflutungsgefahr. Problematisch ist hierbei die Ungewissheit über den Meeresspiegelanstieg. Ein technischer Berater der AOSIS sieht die Chancen bei 450ppm⁴² unter 2 Grad zu bleiben jedoch als ziemlich unrealistisch, da dies das Schmelzen des Grönlandeis hervorrufen würde, was einen Anstieg des Meeresspiegels um 4-7m bedeutet (COP3). Ebenso führt der Meeresspiegelanstieg zur Erosion von Stränden und Korallenbereichen, was eine Verschlechterung des Küstenzustandes insgesamt bewirkt und voraussichtlich mit einer Beeinträchtigung örtlicher Ressourcen wie z.B. der Fischerei, den Häfen, Flughäfen, Hotels etc. einhergeht und die Attraktivität dieser Ziele für den Tourismus verringert (COP3, IPCC 2007: 30).

Durch die relativ geringe Anpassungsfähigkeit von Gebieten, die bereits durch klimatische Effekte bedroht sind, treffen die beiden weiteren Faktoren der Verwundbarkeit ebenso auf die AOSIS zu. Die geographischen und demographischen Gegebenheiten der Inselstaaten, die eine hohe Bevölkerungsdichte aufweisen, vergrößern den Druck auf die ohnehin schon limitierten Inlandsressourcen, im speziellen Wasser und

⁴¹ In zahlreichen Gebieten tragen der Anstieg des Meeresspiegels und die menschliche Entwicklung gemeinsam zu Verlusten von Küstenfeuchtgebieten und Mangroven sowie in zahlreichen Gebieten zu zunehmenden Schäden infolge von Küstenüberflutungen bei (IPCC 2007: 22).

⁴² Der IPCC spricht in seinem AR4 von einer globalen atmosphärischen Kohlendioxidkonzentration von etwa 379ppm im Jahre 2005 (IPCC 2007: 2).

Ackerland, außerdem gefährden sie fragile Ökosysteme (Ocampo 2002: 8). Ein zentrales Problem stellt die Ressource Wasser dar. Zunächst sind kleine Inseln von Regenwasser oder Grundwasser abhängig (COP4), durch den Anstieg des Meeresspiegels ist das Trinkwasser gefährdet, es wird kontaminiert. Dies produziert eine Gesundheitsgefahr für die InselbewohnerInnen. Die Leute werden schon jetzt öfter krank und suchen nach sichereren Umgebungen (COP5, COP6). Auch extreme Wetterbedingungen wie längere und unerwartete Trockenzeiten sowie Hitzeperioden oder längere tropische Stürme wie Zyklone stellen eine besondere Herausforderung dar (COP4, COP5, COP6, AOSIS Homepage). Des Weiteren wirkt sich die Salzwasserinfiltration auf die Biodiversität der Inseln aus, so sterben immer mehr Kokosnussbäume vor allem in tief liegenden Atollen aber auch in den größeren Ländern (COP4, COP6). Durch den Hitzestress sind auch Korallen verwundbar, sowie der Bleiche und dem Absterben ausgesetzt (vgl. IPCC 2007: 25). Resümierend spricht ein Vertreter von der *Pacific Indigenous Peoples environment coalition* (PIPEC) davon, dass 15 von 27 Ländern und Territorien der Pazifikregion (gesamt Mikronesien, Teile von Melanesien wie Fiji und Samoa sowie Teile von Polynesien wie Tonga und Kiribati etc.) mit Ende dieses Jahrhunderts unbewohnbar werden, das sind 70% der Pazifischen Region (VIE).

Während größere Länder die Auswirkungen nur regional spüren und sich der Rest des Landes innerhalb dessen bewegen kann, betreffen die Auswirkungen in fast allen AOSIS Ländern den gesamten Staat (COP7). Durch die spezielle Lage in tropischen Gegenden sind sie besonders anfällig auf natürliche Katastrophen wie Wirbelstürme, Erdbeben oder Vulkanaktivitäten, was ihre Lage zusätzlich verschärft. Diese natürlichen Katastrophen sind immer wiederkehrend und wirken sich demnach auf einen großen Bevölkerungsanteil sowie die Ökonomien aus und teilweise übersteigen die Verluste sogar das jährliche BIP einzelner Staaten (vgl. Ocampo 2003: 8; AOSIS Homepage). Die Kapazitäten der nationalen Regierungen mit jenen klimatischen Veränderungen umzugehen ist durch die beeinträchtigte sozio-ökonomische Tragfähigkeit der Staaten äußerst limitiert. Verschärfend wirkt ebenso das Faktum, dass die betroffenen Staaten ohnehin schon von Entwicklungshilfegeldern abhängig sind. Zusätzlich werden die Folgen des Klimawandels hier bestehende Konflikte um Zugangsrechte zu unverzichtbaren natürlichen Ressourcen wie Wasser oder landwirtschaftlicher Nutzfläche potenzieren oder neu entfachen (Unmüßig & Cramer 2008, Smith & Vivekananda 2007, WBGU 2007; zitiert nach Dietz/ Brunnengräber 2008: 405).

Insgesamt steht für die AOSIS Länder die Zeitfrage um die Sicherung ihrer Territorien im Mittelpunkt, die Zulassung einer Fehlerrate ist für sie im Gegensatz zu großen industrialisierten Ländern und Entwicklungsländern sehr klein (COP8). Mit dem Zeitargument kann die AOSIS auch ihre besondere Verwundbarkeit legitimieren, da sie die ersten Betroffenen sind bzw. sein werden. Die zeitliche Dimension gekoppelt an andere hemmende strukturelle Gegebenheiten, sowie das Zutreffen der drei Faktoren aus dem Verwundbarkeitskonzept sind für die AOSIS Grund genug innerhalb der Verhandlungen eine besondere Rolle einzufordern.

6.3.2.2 Verursacher- und Vorsorgeprinzip

Die Motivation für die Allianz sowie ein weiteres Hauptargument der AOSIS Position bezüglich der Sicherung ihrer Territorien ist das sogenannte Gerechtigkeitsprinzip. Jenes zielt auf die historische Verantwortung der sog. Industrieländer ab (*polluter pays principle*), da jene sozio-ökonomisch und politisch von der Umweltzerstörung profitieren und die beabsichtigten Lösungsansätze eine größere Last und Kosten für den globalen Süden bedeuten⁴³. Diese Last entsteht durch die *adopting policies to mitigate global warming*, wobei es sich um politische sowie ökonomische Kosten handelt. Politisch in dem Sinne, dass der versprochene wohlhabende Lebensstil nicht mehr möglich ist⁴⁴. Ökonomisch insofern, als dass eine alternative Technologiewende verfolgt wird. Darüber hinaus werden die ökonomischen Kosten für die Verfolgung einer alternativen Technologiewende, die im Norden sowie im Süden erfolgen soll, auf den globalen Süden verschoben. Die Relevanz der doppelten Belastung für den globalen Süden, ist dabei für die AOSIS zentral.

Die historische Verantwortung soll von den sog. Industrieländern über Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen ernst genommen werden. Die AOSIS pocht auf die Übernahme der Verantwortung unter anderem indem der globale Norden seine Emissionen reduziert. Wie bereits erwähnt, waren die Umweltverhandlungen anfangs von der Angst der sog. Entwicklungsländer geprägt, von den sog. Industrieländern

⁴³ Schon beim Zustandekommen der UNFCCC versuchten die AOSIS das *polluter pays principle* in den Konventionstext zu bekommen, was ihnen jedoch nicht gelang (vgl. Ashe et.al. 1999: 215).

⁴⁴ Die Nicht-Generalisierbarkeit des nördlichen Entwicklungsmodells (fossilistische Industrialisierung) wird im Falle des Treibhausgasausstosses am deutlichsten (Missbach 1999: 11).

Maßnahmen aufgedrängt zu bekommen, die den eigenen Entwicklungsprioritäten zuwiderlaufen. Demzufolge war ihre Motivation davon geprägt strukturelle Veränderungen durch die Verankerung internationaler Regulationselemente zugunsten des Südens zu schaffen. Moralische Konzepte wie pro Kopf Emissionen⁴⁵ und das CDR Prinzip werden jedoch durch den Fokus der auf Gerechtigkeit proklamierten Mechanismen innerhalb des Regimes unterwandert (vgl. Okereke 2008: 99). Jene Konzepte (wie die flexiblen Mechanismen), die ihren Ursprung innerhalb des Regimes selbst haben, untermalen die tatsächlichen auf Gerechtigkeit abzielenden Lösungsansätze.

Die Anerkennung des Verursacherprinzips ist eine grundlegende Bedingung für die Anerkennung der Finanzierungspflicht. Hierbei handelt es sich um eine Kompensation, so ist die Verfügungssouveränität der Empfänger naheliegend, nicht so, wenn es sich um Hilfe, die durch die Möglichkeiten der Geber bestimmt ist, handelt. Während des Konfliktes um eine NWWO hatten die afrikanischen Länder versucht, Kompensationen für die Schäden des Kolonialismus zu erhalten (Bodansky 1993: S.480; zitiert nach Missbach 1999: 326). Gegenwärtig stellen die Industrieländer Finanzmittel zur Verfügung, weil sie größere Möglichkeiten haben – nicht aus einer historischen Verantwortung heraus (vgl. Missbach 1999: 155). Sie tendieren dazu die CDR als internationale Bürde, die mit dem Klimawandel auferlegt wurde, zu interpretieren und auf der Basis von Kapazitäten und Möglichkeiten die Schuld der Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen (vgl. Okereke 2008: 112).

Das langsame Weiterkommen der Verhandlungen um entsprechende Gelder für Anpassung macht die Notwendigkeit von nationalen Anpassungsmaßnahmen deutlich. Ein AOSIS Vertreter meint diesbezüglich, dass es in fast 49 Ländern NAPAs Vorbereitungen gibt, sie aber wegen der finanziellen Engpässe nur in fünf Ländern implementiert werden (COP2). Die vorhandenen finanziellen Ressourcen werden in unterschiedlichen Bereichen genutzt, teilweise wurden zum Schutz gegen den Meeresspiegelanstieg so genannte *seawalls* errichtet, was eher eine kurzfristige, gleichzeitig eine sehr etablierte Anpassungsmethode darstellt (COP4, COP5, COP6). Durch die Gelder wurde aber auch die Aufmerksamkeit der Bevölkerung geweckt, in dem sie gelernt hat, was die Auswirkungen des Klimawandels bedeuten und was sie - im Sinne

⁴⁵ Insofern sollen alle Menschen weltweit das gleiche Recht haben gleichviele Emissionen auszustoßen.

der Rettung ihrer Biodiversität - dagegen machen kann (COP4). Die Projekte ernteten in dieser Hinsicht einen Startschuss für einen Prozess, als dass sie eventuell zu einem Perspektivenwechsel beitragen (ebd.). Neben der Forderung von Emissionsreduktionen im globalen Norden, werden eigene Ambitionen um die Inseln zu erhalten deutlicher (ebd.). Die Erfolge der Programme sind jedoch größtenteils von bilateralen Beziehungen der Staaten zu den Financiers abhängig (COP2).

Andere Projekte, wie die *Sustainable Energy Initiative (SIDS Dock)* gehen in eine ganz andere Richtung und fokussieren auf die Reduktion von Emissionen sowie auf Energieeffizienz innerhalb der SIDS (COP4). Wegen der reservierten Haltung der sog. Industrieländer bezüglich der Abkehr von fossilen Energieträgern und Emissionsreduktionen versuchen die AOSIS Länder durch solche Projekte eine Vorbildrolle einzunehmen. Außerdem erhoffen sie sich mehr Investitionen von multilateralen Organisationen, dem privaten Sektor und Spenderländern. Über die *SIDS Dock Initiative* erwarten sie sich ein Andocken an die europäischen und US-Carbon Märkte⁴⁶ und anderen grünen und sozial verantwortungsvolle Investment Fonds, sowie Technologie- und weiteren Transfer zu fördern (Deo/ Binger: 2009).

6.3.3 Forderungen

6.3.3.1 Emissionsreduktionen im globalen Norden

Im Rahmen der UNFCCC entstanden die Hauptforderungen der AOSIS von Anfang an vor allem aus der Motivation heraus, dass die Allianzmitglieder Angst vor den Folgen des Treibhauseffektes haben und deshalb Emissionsreduktionen der Industrieländer fordern (vgl. Missbach 1999: 259). Die Berichte des IPCC bzw. deren Daten verwendet die AOSIS als wichtigste Forderungsgrundlage. Besonders bedeutsam ist für die AOSIS, dass ihre Verhandlungsgrundlagen auf solider Wissenschaft und Analysen basieren, da sie ihr Verhandlungspotential allein über den Sympathieeffekt nicht glauben ausschöpfen zu

⁴⁶ “The potential value of trading avoided GHG emissions is estimated to be between USD \$100-400 billion annually. It will thus be a mechanism that facilitates technological transfer and flow of financial capital we intend to for small islands to derive significant benefits through SIDS-Dock” (Binger 2009, In Deo/ Binger 2009).

können (COP7). Trotzdem ist es eine Kombination aus einem moralischem Appell und einem starken wissenschaftlichen Ansatz mit dem die AOSIS argumentiert (COP7).

Die AOSIS nannte von Beginn an ein Stabilisierungsziel für die atmosphärische Konzentration von Treibhausgasen, das Niveau und der Zeitrahmen blieb jedoch zunächst offen. Insgesamt hatten die Entwicklungsländer hierzu keine einheitliche Position, die G77 war in dieser Frage tief gespalten (Missbach 1999: 153). Trotzdem brachten die Inselstaaten einen Alternativvorschlag ein, der eine Stabilisierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 1995 festschrieb und die Vertragsstaatenkonferenz darauf verpflichtete, für die Zeit danach Reduktionsziele zu bestimmen (Bodansky 1994, S.66-67; zitiert nach Missbach 1999: 153).

Der Protokollentwurf der AOSIS wurde kurz vor Ablauf der First eingebracht (vgl. Missbach 1999: 173) und kann als notwendige Initiative gesehen werden mit der breiten Akzeptanz der nicht-bindenden Reduktionsziele nicht mehr Vorlieb zu nehmen. Innerhalb dessen wurde das Toronto-Ziel, eine bindende CO₂-Reduktionsverpflichtung der Annex-I-Staaten von mindestens 20 Prozent bis zum Jahr 2005, übernommen. Für Nicht-Annex-I-Staaten gab es keine neuen Verpflichtungen, diese können sich aber dem Protokollziel freiwillig anschließen (UN: 1994). Dass der AOSIS Entwurf keine Verpflichtungen für Nicht-Annex I Länder enthalte, war für die G77 entscheidend (Klimaforum 95, Bulletin Extra, Nr. 7, 13.2.95; zitiert nach Missbach 1999: 331). Die Verhandlungen um Emissionsbegrenzungen der sogenannten Entwicklungsländer wurden von einigen Vertretern der AOSIS offengehalten, im Gegensatz zu größeren Ländern des globalen Südens, die durch eine mögliche neue Kategorie von Ländern eine potentielle Konditionalität für Technologie- und Finanztransfer sahen.

Bezüglich des Nord-Süd-Ausgleichs sah die AOSIS von anfang an die historische Verantwortung klar im Norden. Auch heute geht es für die AOSIS noch immer darum, das die Vorreiterrolle innerhalb der Verhandlungen von den Annex-I Ländern übernommen werden soll (COP2). Jene Länder müssen aus der historischen Verantwortung heraus ihre Schulden bezahlen (COP2). Die aktuelle Verantwortung liegt zwar bei allen Ländern, aber eben nicht gleichmäßig. Genau darauf beharren die meisten sog. Entwicklungsländer nach wie vor, was eben auch innerhalb der G77 immer wieder zu Diskrepanzen führt. Die AOSIS stellt sich mit ihrer ambitionierten Position vor allem gegen die OPEC, wobei anfangs vor allem jene divergierenden Interessen die

widersprüchliche Position innerhalb der G77 hervorrief. Denn die AOSIS ließ sich die Option Verpflichtungen für sog. Entwicklungsländer einzufordern offen.

Auch in die COP15 Verhandlungen ging die AOSIS mit einer konkreten Deklaration und brachte am 15.12.2009 einen Antrag „*for the survival of the Kyoto Protocoll and a copenhagen protocol to enhance the implementation of the UNFCCC*“ heraus, welcher von einem Interviewten sogar mit dem *Berlin Proposal* aus dem Jahre 1995 verglichen wurde (COP9).

Viel schärfer als es der Bali Plan vorsieht, kennzeichnet die AOSIS Position vor allem die Beanspruchung die Klimaerwärmung auf 1.5°C zu beschränken – spezifischer: eine langzeitige Stabilisation der Atmosphärischen GHG Konzentration unter 350 ppm der CO₂ Äquivalente (AOSIS: 2009, COP7, COP3). Ein Abkommen, das über diese Zahl geht, will die AOSIS nicht akzeptieren, da sie damit zu ihrem eigenen Untergang zustimmen würden (COP3, COP7)⁴⁷. Mit diesem Ziel geht die AOSIS über die Forderungen der meisten Umwelt-NGOs hinaus, welche ein 2°C Ziel fordern (CAN-Netzwerk).

Konkret fordert die Allianz, dass die Emissionen spätestens im Jahre 2015 ein Maximum erreichen sollen und danach bis 2020 um 45% und bis 2050 um 85% mit dem Basisjahr 1990 reduziert werden sollen⁴⁸. Forderungen bezüglich Reduktionsmaßnahmen für die Industrieländer und weitergehende Maßnahmen der Entwicklungsländer gab es innerhalb der AOSIS zwar von Beginn an, aus Blocksolidarität wurde diese Position jedoch anfangs der Regimeverhandlungen nicht besonders lautstark vertreten (Missbach 1999: 257).

Im Laufe der Jahre wurde der Fokus auf Eindämmung für die Strategie der AOSIS jedoch immer ausschlaggebender (COP9/COP2). Aus diesem Grund versucht sie sich mit jenen Nationen aber auch mit NGOs zu organisieren, die größere Emissionsreduktionen befürworten (COP9). Bo Kjellen bezeichnet diesen Allianzschließungsaspekt sogar als zentralste Strategie der AOSIS (COP9). Vor allem die Analyse der externen

⁴⁷ Bolivien stellte als einziges Land den Anspruch auf ein 1 Grad Ziel (ENB 2009), denn bei einem Anstieg der Meeresoberflächentemperatur um ca. 1-3 Grad werden schon Korallenbleichen und Sterben prognostiziert (IPCC 2007: 25). Und manche tief liegenden Inseln sind ebenso vom Untergang bedroht.

⁴⁸ Das *Pacific Island Forum Secretariat* fordert hingegen eine globale Emissionsreduktion um mindestens 50% bis 2050 sowie sollte spätestens im Jahr 2010 ein Maximum erreicht werden (PIFS 2009).

Arbeitsweisen im nächsten Kapitel werden deshalb die Spezifika jener Strategie aufarbeiten.

6.3.3.2 Forderungen bezüglich Anpassung und Konkretisierung der Finanzierungsdebatte

Da die Forderungen bezüglich Anpassung für die AOSIS von Anfang an eine wichtige Priorität in den Verhandlungen darstellten, kamen von ihrer Seite schon früh Vorschläge über diverse Finanzierungsmechanismen⁴⁹ (vgl. Okereke 2008: 106). Der aktuelle Vorschlag eines Multilateral Fund on Climate Change (MFCC) (vgl. AOSIS 2009a) droht sich jedoch in die Vielzahl der bisherigen Vorschläge zu diversen Klimafonds einzureihen. Mittels eines Anpassungskomitees bestehend aus einer Mehrheit von nicht Annex-I Mitgliedern soll die Implementierung von Handlungen für Anpassung - mit speziellem Fokus auf verletzte Entwicklungsländer - gewährleistet werden (vgl. AOSIS 2009a).

Konkret fordert die AOSIS eine adäquate⁵⁰ und legal-bindende Finanzierung durch die Industrieländer (COP2), eine Institutionalisierung für Anpassung, Kapazitätsförderung und Technologie, welche die Länder respektiert (COP7, AOSIS 2009). Viele Mechanismen zur Finanzierung von Anpassung in sogenannten Entwicklungsländern wurden von der UNFCCC initiiert, die Beiträge für jene sind aber meist freiwillig. Die Höhe des Anpassungsfonds ist nach wie vor sehr umstritten, eine substantielle Summe ist unumgänglich (COP9). Der Wille dazu scheint bei den Industrieländern jedoch nicht vorhanden zu sein (COP8).

Die Frage, wer die Kontrolle über den zukünftigen Finanzbedarf der Konvention und über die Verwendung der Mittel haben darf, dominiert die Diskussion über die institutionelle Ausgestaltung des Finanzierungsmechanismus (vgl. Ashe et.al. 1999: 214). Der aktuelle

⁴⁹So brachte sie 1992 den Vorschlag ein *Green Fund Scheme* zu implementieren (Okereke 2008:106). Insgesamt gibt es eine große Anzahl von Überlegungen über unterschiedliche Arten von Klimafonds wie z.B. den Special Climate Change Fund (SCCF), den Least Developed Country Fund (LDCF) oder den Adaptation Fund (AF).

⁵⁰ Ein AOSIS-Vertreter spricht diesbezüglich von "*significant, permanent, stable, productive, long term financing, not on fast track*" (COP7).

Vorschlag der Allianz sieht innerhalb des MFCC sechs *funding windows* vor: Adaptation, Mitigation⁵¹, REDD, Insurance, Capacity-Building und Technology (AOSIS 2009a). Ein *Executive Board* aus 19 Mitgliedern (drei Mitglieder von jener UN-Regionalgruppe, zwei Mitglieder der SIDS, und zwei Mitglieder der LDC Gruppe) soll Empfehlungen an die COP über die Proportionen bezüglich der einzelnen *windows* abgeben, aber Anpassungsfinanzierungen prioritär behandeln (AOSIS 2009a).

Bezüglich der Forderung von angemessene institutionelle Strukturen für z.B. Anpassung, *capacity building* oder Technologie (COP7), soll die Implementierung des Kyoto Protokoll fokussiert werden. Es bräuchte kein neues Abkommen, sondern eine Umsetzung des Gegebenen⁵². Da sich das Kyoto Protokoll sehr stark auf Emissionsreduktionsverpflichtungen bezieht, ist sich die AOSIS darüber im Klaren, dass es eine gewaltige Modifizierung des Protokoll bedarf, um ihre Forderungen zu integrieren.

6.3.3.3 Forderungen bezüglich Technologietransfer

Bezüglich des notwendigen Technologietransfers kam von der AOSIS schon früh der Vorschlag, einem internationalen Gremium Technologien zur Verfügung zu stellen, wobei alle Länder gleichen Zugang zu diesem Gremium haben sollten (vgl. Missbach 1999: 152). Auch in Kopenhagen wurde erneut der Vorschlag zu einem Technology Mechanismus gemacht, der von einem Executive Body on Technology von 21 Mitgliedern (vier Mitglieder von jeder UN Regionalgruppe, mit Einbezug der LDCs, und einem Mitglieder der SIDS) getragen werden soll (AOSIS: 2009a). Der AOSIS geht es vor allem um die Technologieentwicklung und den Transfer in ihre Länder um umweltschädliche *Lock-in Effekte* vorzubeugen sowie nachhaltige Entwicklung zu fördern (AOSIS: 2009a). In Anbetracht der *package deals*, in denen sich viele Inselstaaten mit ihren Geberländern befinden, werden in ihrem Antrag auch die

⁵¹ “Developing country Parties, based on national circumstances and in the context of sustainable development, poverty reduction and access to energy, and enabled by financing, technology and capacity-building support provided by developed country Parties through the mitigation window of the MFCC, shall submit strategies for achieving substantial deviation from baselines.” (AOSIS: 2009a).

⁵² Dies wird schon beim Titel ihres in Kopenhagen eingebrachten Antrags „...for the survival of the Kyoto Protocol and a Copenhagen protocol to enhance the implementation of the United Nations Framework Convention on Climate Change“ klar (AOSIS: 2009a).

notwendigen Zugangsrechte zu den Technologien, Kapazitätengenerierung sowie die Beseitigung von Barrieren in diesem Bereich gefordert (vgl. ebd). Diesbezüglich bemerkte ein IOM-Vertreter, dass es nicht lediglich um einen Transfer gehen darf, sondern der Aufbau von Kapazitäten ebenso relevant ist, vor allem die Partnerschaft mit der indigenen Bevölkerung und *grass roots* Organisationen (COP10).

Wird der Fokus auf diese Thematik gelegt, kann die Debatte um IPRs nicht ausgespart bleiben. Daher muss mitbedacht werden, dass sich die G77 zu Beginn der Debatte für die Lockerung des Patentschutzes einsetzte. Internationale Mechanismen sollten eingerichtet werden, um – unter anderem – Patente aufzukaufen und unter nicht-kommerziellen Bedingungen an Entwicklungsländer weiterzuleiten (Missbach 1999: 156). Die nördlichen Unternehmer wollen diese Patente aber nicht freigeben, weshalb nach anderen Wegen gesucht wird, wie diverse Fonds, die von den Industriestaaten gefüllt werden sollen (Brunnengräber 2009: 162). Im Rahmen der Debatte um IPRs gibt es unterschiedliche Auffassung, wer für die Aufgaben zuständig ist. Die USA sah die Aufgabe der Regierung darauf beschränkt, Hindernisse für kommerzielle Transaktionen wegzuräumen, offene Märkte und ein freies Investitionsklima wurden von den USA als Mittel des TT betrachtet (Missbach 1999: 284). Mit dem Scheitern der ITAP Verhandlungen endete die einzige Initiative im Konventionsprozess den TT zu konkretisieren (Missbach 1999: 284), wodurch es eine Verschiebung der Thematik auf bilaterale Programme und vom GEF finanzierte Projekte gab. Dies macht den Anspruch der AOSIS, die Einrichtung neuer Komitees, die für die Abwicklung jener Thematiken die Verantwortung übernehmen sollen, umso verständlicher.

6.4 Arbeitsweise intern

Machtpotential hängt laut Jessop auch von der Organisation, den Kalkulationsmodi sowie den Ressourcen von sozialen Kräften ab (vgl. Jessop 2007: 44). Auch im AI wird der Einfluss von Akteuren gesellschaftlicher Selbstorganisation in Relation zu ihrer Organisationsfähigkeit gesehen. Der AI betont die Organisationsvorteile eines kooperativen Akteurs, wobei die Handlungsform verändert wird, indem sie auf individuelle Weise die Handlungsressourcen mobilisieren, diese dann aber über einen

Vertrag zusammenlegen. Demzufolge erscheint es zentral, dass die Organisation vom Zeitpunkt der offiziellen Gründung an innerhalb des UN Systems erfolgte, wo die AOSIS als ad hoc Lobby und Stimme für Small Island Developing States (SIDS) tätig ist (AOSIS Homepage). Die AOSIS ist demnach zurzeit keine legale Instanz (COP3), über eine Formalisierung im Jahr 2010 wurde aber intern während der COP15 spekuliert (COP7). Dieser Prozess hänge jedoch vom Ausgang der Verhandlungen und den Möglichkeiten der Ressourcenmobilisierung in Bezug auf die Kapazitätengenerierung ab (COP7).

Die Zusammenarbeit der Allianz sollte sich von Anfang an nicht nur auf die Klimaverhandlungen beschränken (COP9). Denn das Engagement der AOSIS ist auf einer breiteren Basis als der UNFCCC angelegt. Deshalb ist die AOSIS generell in Foren, die für „Nachhaltige Entwicklung“ relevant sind, tätig (COP7). Die Aktivitäten innerhalb der UNFCCC müssen demnach in ein breiteres, system-übergreifendes und globales Aktivitätsfeld eingebettet gesehen werden, in dem sich die AOSIS für ihre Anliegen einsetzt (COP7, COP2, COP9). Konkret ist mit diesem Feld vor allem die UNCSD gemeint. Die gleichzeitige Aufarbeitung dieses Felds würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Trotzdem wurde versucht relevante Kontexte, wie die Entwicklungsproblematiken und strukturelle Asymmetrien in denen sich die AOSIS Länder wiederfinden, sowie strategische Selektivitäten spezifischer Terrains, für die Analyse in Betracht zu ziehen.

Um ihrer Marginalisierung entgegenzuwirken versuchen sich die AOSIS möglichst strukturiert auf die Verhandlungen vorzubereiten, die interne Organisation in Gruppen zählt zu einem wichtigen Kriterium. Die beiden größten Gruppen sind die Pazifische Insel Gruppe, die beispielsweise Verhandlungen mit der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie SPREP koordiniert, und die Karibische Gruppe über die CARICOM⁵³ (COP4). Die Organisationsvertretungen (z.T. NGOs) stehen in direkter Verbindung mit den Delegierten und nehmen auch an geschlossenen Treffen der Allianz teil (COP4). Bei der COP15 gab es darüber hinaus innerhalb der Gruppe ein Medienteam, das vor allem für die Pressekonferenzen verantwortlich war

⁵³ Mitglieder der CARICOM: Antigua and Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, Trinidad und Tobago, Suriname

(COP7). Die Pressekonferenzen werden von der AOSIS selbst als sehr wichtiger strategischer Aspekt für ihre Interessensvermittlung gesehen (COP7). Dies wurde auch bei einem Besuch auf der COP15 deutlich, wobei zahlreiche Journalisten nach der PK um die Beantwortung weiterer Fragen von den AOSIS Vertretern drängten. Neben dem Medienteam gab es noch ein wissenschaftliches, ein politisches und ein technisches Team für die Verhandlungen (COP7).

Die Kompromissfindung ist, wie in jeder größeren Gruppe wahrscheinlich, intern die größte Herausforderung für die AOSIS. Der Wille zur internen Kooperation wird von einem AOSIS Vertreter jedoch bestätigt (COP4). Der Einfluss der einzelnen Mitglieder variiert eher themenbezogen, denn nicht jeder Gegenstand kann von der Allianz im Kollektiv aufgenommen werden (COP7). Das interne Klima wird als sehr gut, vertrauensvoll und generell reibungslos beschrieben (COP7). Einerseits kann dies natürlich immer angezweifelt werden, andererseits sind die Mitglieder wegen der limitierten Expertise und der breiten Palette der Themenvielfalt im Rahmen der COP, die sie einzeln niemals abdecken könnten, sowieso aufeinander angewiesen. Die Durchsetzung der Allianz hängt unter anderem von den RepräsentantInnen ab, die gleichzeitig innerhalb der Allianz selbst durchsetzungsfähiger agieren als andere. Während der Alliantreffen kann sich jeder zu Wort melden und eben versuchen die anderen von seinen Interessen zu überzeugen (COP3), das Konsensprinzip entscheidet dann automatisch über seinen Erfolg. Die AOSIS selbst meint sich keine Diskrepanzen leisten zu können (COP2). Falls sie doch entstehen, dann meistens, wenn darüber verhandelt wird, wie die AOSIS Interessen der globalen Gemeinschaft vermittelt werden sollen (COP2).

Die AOSIS operiert im Sinne eines Vorsitzenden (Chair) und dessen Mission zur UN, demnach spielen die Repräsentanten der AOSIS für das Verhandlungspotential und Durchsetzungsvermögen eine enorme Rolle und hatten seit der Formierung der Allianz die unterschiedlichsten Gesichter. Die Repräsentanten der AOSIS Länder stammen teilweise aus den Ländern selbst, oder anderen Ländern wie Norwegen oder den Vereinigten Staaten. Wie in den Ausführungen zum Tuvalu Proposal (UN 2009) noch deutlich werden wird, hat innerhalb der Verhandlungen in Kopenhagen der aus Australien stämmige Botschafter Ian Frey als Repräsentant für Tuvalu eine spezielle Rolle

eingenommen. Grundsätzlich sind es aber die Chairs, die wohl die wichtigste Rolle für die AOSIS innehaben.

Der erste Chair der AOSIS war von 1991 bis 1994 Botschafter Robert Van Lierop von Vanuatu. Zu diesem Zeitpunkt schien die Allianz sehr gut organisiert gewesen zu sein, was eben auch auf die Repräsentanten selbst zurückzuführen ist (COP9). Anschließend übernahm Botschafterin Annette des Iles von Trinidad und Tobago von 1994 bis 1997 das Amt, Botschafter Tuiloma Neroni Slade von Samoa übernahm von 1997 bis 2002. Botschafter Slade stellte eine der wichtigsten Persönlichkeiten innerhalb der ganzen Verhandlungen da, was auch den Startschuss für die aktive Rolle der AOSIS in den Verhandlungen gab (COP9). Die Delegation von Samoa spielte demnach vor allem bei den Verhandlungen um das Berliner Mandat eine sehr wichtige Rolle. Botschafter Jagdish Koonjul von Mauritius von 2002-2005, Botschafter Enele Sopoaga von Tuvalu von 2005 bis 2006, Botschafter Julian R. Hunte von Saint Lucia im Jahre 2006, Botschafter Angus Friday von Grenada von 2006 bis 2009, welcher schließlich das Amt in die Hände der gegenwärtigen Repräsentantin Botschafterin Dessima Williams von Grenada übergab (Homepage AOSIS).

Neben dem Hauptrepräsentanten gibt es noch Vizerepräsentanten und einige andere Spezialorgane innerhalb der AOSIS. Die jetzigen Vizerepräsentanten sind Botschafter Collin Beck von den Salomonen und Antonia P.M. Lima von Kap Verde sowie den Verhandlungskordinator Charles Leon von Grenada, ein technischer Berater ist Al Binger von Grenada (Stand: 2010). Die Repräsentanten haben während der COPs jedoch teilweise mehrere Aufgaben, so war Charles Leon während der COP15 Co-Chair der AWG-KP (*contact group on the scale of emission reductions by Annex I Parties*) und Ms. Dessima Williams u.a. *information consultant* beim SBI.

Während der COP15 gab es täglich morgens und abends geschlossene AOSIS-Treffen sowie je nach Lage meist nach jenen Treffen Pressekonferenzen, welche meistens vom Chair und/oder Vizechair geleitet wurden. Diese Treffen waren für die AOSIS Grundlage für die Verhandlungskordinierung, da innerhalb des Bella Centers auf der COP15 den SIDS lediglich ein ca. 13 m² kleines Büro zur Verfügung stand, in dem 2 Schreibtische Platz hatten. Diese Tatsache stimmt besonders nachdenklich, da das US Medien Center auf der COP15 mindestens gleichgroß wie die Büros der SIDS, G77+China und African

Union zusammen waren. Innerhalb der AOSIS Gemeinschaft existiert sogar der Standard Witz, dass die Größe des Büros in Verbindung zu den Emissionswerten zu sehen ist (COP7). Die Organisatoren scheinen an einer größeren Einrichtung für die SIDS jedoch kein Interesse zu haben. Denn obwohl die AOSIS seit 20 Jahren besteht, bekam die Allianz das erste Mal in Poznan 2008 ein Büro auf einer Klimakonferenz zur Verfügung gestellt (COP7).

6.5 Arbeitsweisen extern

6.5.1 Bündnisstrategien mit Staaten

Prinzipiell versucht die AOSIS ihre Forderungen mit möglichst vielen Delegationen zu besprechen, mit Annex-I Ländern genauso wie innerhalb der G77 (COP2). Einerseits sieht die AOSIS das größte Potential um ihr Durchsetzungsvermögen zu stärken über Bündnispolitiken mit einflussreicheren und entwickelten Ländern (COP4), konkret ergeben sich mit gleichfalls tiefliegenden Ländern Europas wie Holland, Belgien oder Dänemark Verbindungen. Vor allem die Unterstützung der EU war für die AOSIS von Beginn an eine wichtige strategische Hilfe. Im Gegensatz zum dominanten US Projekt war jenes der EU jedoch schon in den Verhandlungen um Kyoto brüchiger, da kein interner Konsens bestand und der Union deshalb sogar eine Handlungsunfähigkeit zugesprochen wurde (Missbach 1999: 251). Grundsätzlich akzeptierte diese jedoch die historische Verantwortung der IL, welche substantielle Vorleistung erforderte und betonte stets die Bedeutung von Finanzhilfe und Technologietransfer. Die europäische Führungsrolle kam jedoch im Laufe der Jahre immer mehr ins Schwanken, und der Kurs der anfänglich ambitioniert erschien, verkam immer mehr in Richtung US-Position (ebd.). Ein interner Konsens bezüglich eines Reduktionsziels fand die EU nicht und von einer CO₂ Steuer, das von mancher Seite als wirksamste bezeichnete Instrument, distanzierte sich die EU schnell wieder und schob die Verantwortung auf die Einzelstaaten (vgl. Missbach 1999: 254ff.).

Von mancher Seite kommt der Anspruch, dass die AOSIS Verbündete aus der G8 bräuchte, da sie sonst ewig die kleinen, armen Vettern bleiben werden, die eine Menge Lärm machen, aber gleichzeitig nicht zu Wort kommen (COP4). Die Frage des

Kompromisses bzw. was die AOSIS für jene Bündnisse aufgeben müsste, ist ausschlaggebend. Dabei stellt vor allem der Aspekt der „Nichtverhandelbarkeit“ bestimmter Thematiken eine besondere Herausforderung dar (COP5). Im Zentrum steht das Recht Überleben zu können, was legitimer Weise kein Thema für Verhandlungen darstellen sollte, es bekanntlich aber tut (vgl. z.B. das Nichterreichen der MDGs).

Neben der Strategie mit sog. Industrieländern Allianzen zu schließen, erhielt die AOSIS auch über die G77 Unterstützung. Die gewachsene Blocksolidarität innerhalb der G77 stellt dabei wohl eine der bedeutendsten Ressourcen im Bereich der Klimaverhandlungen dar (COP4 etc.). Die AOSIS-Staaten forderten von Beginn an auch für die Entwicklungsländer die Formulierung, Einrichtung und Umsetzung nationaler Aktionspläne (NAPAs) (vgl. Missbach 1999: 154). Mit ihrer Ambition auch innerhalb der Entwicklungsländer Emissionen zu reduzieren, konnten sie sich jedoch innerhalb des Südens nicht durchsetzen, mögliche Gründe dafür waren die Angst vor Souveränitätsverlust sowie die Vorstellung eines „review“-Prozesses (ebd.).

Das größte Potential innerhalb der G77 ergibt sich womöglich über die African Group, eine CAN Vertreterin sieht darin eine große Chance für die AOSIS Position in Bezug auf deren Wahrnehmung (COP8). Auf der COP15 nahmen die Afrikanischen Länder eine viel stärkere und radikalere Position als sonst ein und traten ebenso im Kollektiv auf (COP9). Im Zuge der COP15 hat die Afrikanische Union sogar kurzzeitig als Zeichen ihrer Frustration die Verhandlungen verlassen. Genauso wie die AOSIS zeigten die Afrikanischen Länder damit ein Querstellen gegen nicht verhandelbare Thematiken.

6.5.2 Bündnisstrategien mit NGOs

Bevor nun konkreter Bezug auf die Rolle von NGOs für die AOSIS genommen wird, sollte betont werden, dass die Bezeichnung NGO und Indigenenorganisationen von Small Islands oft gleich gesetzt ist und auch gleichbedeutend von den Organisationen selbst verwendet wird. Denn NGOs auf den Solomon Inseln sind indigenen Vertretungen, weil niemand anderer dort lebt (VIE). Dieses Verständnis erscheint im Kontext der internationalen Verhandlungen besonders relevant, da die Repräsentanz von Indigenen im

Bereich der COPs oft untergraben wird bzw. Indigene oft gar keine Stimme innerhalb der UNFCCC haben, da dem NGO Status auf dieser Ebene teils eine völlig andere Bedeutung zukommt.

Wie schon der AOSIS Proposal 1994 zeigt, wurden wissenschaftliche Belege für die AOSIS Position zu einem Großteil durch NGO-Unterstützung ermöglicht. Dabei stellen NGOs nicht nur technische Information zur Verfügung, sondern agieren bekanntlich im Zuge der Verhandlungen auch als beratende Instanzen und tragen so zur Kapazitätenstärkung vor allem für kleine und schwache Delegationen aus dem globalen Süden bei. Vor allem für kleine Delegationen bieten NGO-Spezialisten eine wichtige Hilfe, da sie nicht über die Mittel verfügen, spezialisierte Delegationen zu solchen Verhandlungen zu schicken, sondern überlassen diese Aufgabe in der Regel dem UNO-Botschafter. Von der internationalen NGO FIELD sitzen sogar Anwälte in den Konferenzen und verhandeln für die Allianz seit Beginn an (vgl. Betzold 2009: 141).

Die Herstellung von Öffentlichkeit ist neben dem face-to-face-Lobbying die zweite wichtige Strategie der NGOs, um die Klimaverhandlungen zu beeinflussen. Genau diese Strategie überschneidet sich mit der AOSIS Strategie. Die Vertretung von NGOs während der AOSIS Treffen kommt allerdings auf die Länder selbst an, manche fördern das mehr, manche weniger je nach politischen Standards der Staaten (COP6).

Trotzdem findet die Unterstützung der NGOs auf den verschiedensten Ebenen und über diverse Instrumente statt. Die Präsenz der regionalen Organisationen wie SPREP, 350.org, Avazz, Pacific Calling Partnership, Tuvalu Outlook etc. stellt auf den internationalen Konferenzen eine wichtige Ressource dar. Denn SPREP zählt z.B. das Veranstalten von diversen Aktivitäten wie Side Events, das Briefen von Ministern oder high level delegates zu seinen Arbeitsbereichen (COP4). Ziel dieser Organisation, so eine SPREP-Vertreterin, sollte zumindest in Kopenhagen sein: *„...to ensure that what happens this week will go to our leaders and that they will be well briefed to understand what's been happening and the position to make the final decisions, to participate in the final decision making”* (COP4).

Ebenso stellt 350.org laut einem AOSIS-Vertreter eine sehr hilfreiche Organisation dar, weil sie die gleiche Botschaft wie die AOSIS vermittelt und grass-roots Unterstützung für

die Forderungen der AOSIS bildet (COP7). Schon allein der Name der Kampagne enthält eine Grundforderung der AOSIS.

Unterstützung ferner dem internationalen Terrain

Neben der Organisierung auf internationalem Terrain, befinden die NGO-Vertreter auch die „*island-island* Kooperationen“ zwischen den NGOs immer wichtiger (COP4). Auch die *International Organisation for Migration (IOM)* versucht den regionalen Dialog zu fördern und regionale Herausforderungen mit regionalen Lösungsansätzen anzugehen (COP10). Auch in Bezug auf die Ausgestaltung nationaler Anpassungsprogramme spielen NGOs eine wichtige Rolle, da Projekte oft über die Vorschläge von NGOs wie SPREP initiiert werden (COP4). Auch die *Pacific Indigenous peoples environment coalition (PIPEC)* versucht beispielsweise über Seminare und Publikationen zu den Thematiken der internationalen Regimeverhandlungen das regionale Wissen zu fördern und möglichst viele Repräsentanten zu den internationalen Treffen zu bringen (VIE).

Auch CAN versucht vorab den Konferenzen über Workshops Kapazitäten der Akteure aus der Zivilgesellschaft für die Verhandlungen innerhalb der UNFCCC aufzustocken (COP8). Dieses Wissen soll dann an die Regierungen der AOSIS weitergegeben werden, teilweise kommt aber auch direkter Kontakt zu den Regierungsvertretern vor Ort zustande (COP8). CAN versucht hier beispielsweise auch die Teilnehmer auf die regionalen Hegemonen (Australien, Neuseeland) zu sensibilisieren, damit die Entscheidungen nicht völlig von jenen abhängig gemacht werden (COP8).

Herausforderungen bei Bündnissen mit NGOs

Die Zusammenarbeit mit internationalen NGOs ist darüber hinaus auch außerhalb der AOSIS-Strukturen sehr wichtig, da die breite Masse nicht über den Zustand der Inseln Bescheid weiß (VIE). Nichtsdestotrotz funktioniert jene Unterstützung nicht immer reibungslos. Die Regierungsvertreter schrecken teilweise davor zurück NGOs um Unterstützung zu fragen, da jene die fehlende Wissenskapazität publik machen würden (VIE). Treffend formuliert ein Verhandlungsexperte, warum die großen Umwelt-NGOs nicht immer als Unterstützung für die AOSIS fungieren:

„...I think it is important to realize that mainly in the poorer countries not all of the people are very happy with the big environmental NGOs because they have said sometimes to me that it is unfortunate that we are not lions or polar bears, then these

people would be much more concerned about us then now when we are just humans... ” (COP9).

Passend fasst eine FoE-Aktivistin eine der grundlegendsten Problematiken zusammen:

“So I think that the NGOs have to understand that although the system has been designed to have the civil society reduced to NGOs, the NGOs do not hold this representativeness and they are the ones that are still defending something. They are in the same legitimacy crises as the whole UNFCCC.” (COP11)

Alternative Antworten auf jene Legitimationskrisen werden in den Demokratisierungsbestrebungen der Anti-Globalisierungsbewegung seit 10 Jahren nicht nur gesucht, sondern auch bestritten. Die AOSIS lässt sich auf eine solche fundamentale Systemkritik jedoch nicht ein, da ein wirklicher Redemokratisierungsdiskurs des Regimes von der Allianz nicht angestrebt wird.

Im Zuge der COP 15 hat sich vor allem in Kopenhagen das Klimaforum als spezieller Ort für jene Bewegung dargestellt. Die Demokratisierung der UNFCCC ist innerhalb dieser Räumlichkeiten zentral gewesen, was auch der Grund war, warum sich Teile der NGO Szene sehr stark auf dieses Forum konzentriert haben. Insgesamt diente es als eine sehr große Plattform für öffentliche Bildung, wo viele relevante Thematiken diskutiert und Material verteilt werden konnten (COP11). Eine FoE-Brazil Aktivistin beschreibt Ansätze von Demokratisierungsbestrebungen: *“...so the democratization would not include just one COP a year, at different locations where it is very expensive to come and stay, but a more truly ongoing process with open participation...”* (COP11).

Die Resonanz um das Klimaforum war überaus positiv und die Relevanz als Katalysator für eine größere Bewegung rund um „climate justice“ sahen viele Teilnehmende als gegeben. Auch die große Teilnahme von Jugendlichen war beachtlich und deren Motivation wurde von einigen Interviewten betont (COP11/ COP6). Jene Tendenzen sind angesichts des bisher analysierten ein wichtiger Moment für die AOSIS um Bündnispartner aus der Zivilgesellschaft zu finden.

7 Einfluss der Allianz

Um das Verhandlungspotential der Allianz im Rahmen der UNFCCC ermitteln zu können, wurden in Kapitel 5 und 6 die Erfassung des historisch strukturelle Kontexts, die Konstituierung und politische Identität der Allianz samt ihren Zielen, Argumenten, Forderungen sowie Arbeitsweisen bereits diskutiert. Die Analyse des Konstitutierungsprozesses verdeutlichte, dass die Allianz seit Beginn an in einem Rahmen agiert, dem spezifische strategische Selektivitäten eingeschrieben sind, die größtenteils zu Ungunsten der AOSIS Interessen ausfallen. Durch die limitierten Kapazitäten ihrer Länder ist die AOSIS jedoch auf die Hilfe anderer Länder angewiesen, denen die strategischen Selektivitäten des Terrains eher zugute kommen. Die notwendigen Ressourcen für diese Hilfe versuchen sie unter anderem über die UNFCCC zu akquirieren. Dabei scheinen auf dem Terrain der UNFCCC die Interessen des internationalen Kapitals und der dominierenden Staaten fest institutionalisiert zu sein. Relevante Entscheidungen über die Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse werden dabei über die WTO gefällt. Ihr breites Engagement kennzeichnet das Verständnis darüber, dass die Probleme, denen sie gegenüberstehen, nicht ausschließlich über die UNFCCC gelöst werden können. Der Grund, warum die AOSIS ihr Tätigkeitsfeld nicht auf die UNFCCC beschränkt, ist klar, denn auch sie erkannten, dass es um den Entwicklungsgrad eines Landes geht, der die Rolle eines Staates oder einer Staatengruppe innerhalb der Verhandlungen ausmacht (COP7). Von den Institutionengebäuden des globalen Nordens bleibt die AOSIS ausgeschlossen, was für sie die Notwendigkeit auf der Ebene der UNFCCC ihre Interessen zu vertreten noch brennender darstellt. Die Länder haben es geschafft eine stabile politische Identität innerhalb der UNFCCC und darüber hinaus zu bilden. Das folgende Kapitel soll nun eine Einschätzung über das tatsächliche Durchsetzungsvermögen der AOSIS innerhalb dieses Terrains bieten.

7.1 Einschätzung der besonderen Verwundbarkeit

Vor allem die Thematisierung ihrer Verletzlichkeit sowie die geforderte Unterstützung im Sinne von Anpassung sind für die AOSIS zentral und können sozusagen als

Legitimitätsgrundlage ihrer politischen Identität angesehen werden. Die AOSIS schreibt sich selbst eine katalytische Funktion innerhalb des Prozesses zu, insofern sie von Anfang an auf die Verletzlichkeit ihrerseits hingewiesen hat (COP3).

Da das Argumentieren mit der direkten Betroffenheit jedoch noch immer eine Ausnahmeposition darstellt, ist es für die meisten Länder schwierig sich formal mit der AOSIS zusammenzuschließen (COP9). Diejenigen, die sich zu größeren Reduktionen bekennen, fühlten sich aber schon immer zu den AOSIS Ländern hingezogen (COP9).

Trotz der Tatsache, dass die AOSIS eine verhältnismäßig kleine Bevölkerungsgruppe repräsentiert, haben sie ein sehr starkes Argument und eben dieses hat Einfluss auf die Verhandlungen. Die Fähigkeit auf die Verhandlungen Druck auszuüben, wird von mancher Seite sogar als beachtlich bezeichnet (COP9). Über jene Betroffenheit herrscht auch innerhalb der UNFCCC Konsens meint Bo Kjellen, senior adviser der schwedischen Delegation (COP9). Über die Zurverfügungstellung von Ressourcen in Bezug auf finanzielle Hilfe, TT oder Anpassungsmaßnahmen herrscht jedoch, wie noch deutlich werden wird, kein Konsens. Dies muss im Zusammenhang mit dem breiten Verständnis der besonderen Verwundbarkeit innerhalb der UNFCCC gesehen werden. Obwohl kein einziger Artikel ausschließlich auf die Bedürfnisse der kleinen Inselstaaten eingeht, sieht die AOSIS vor allem durch den Artikel 4(4)⁵⁴ und 4(8) (auch über Artikel 3(2) und 4(9)) ihre Interessen thematisiert und liest darin eine erhebliche Verpflichtung für die Industrieländer, welche als „liability provision“ (Rückstellung für Verbindlichkeiten) interpretiert werden könnte (Ashe et.al. 1999: 212). Fakt ist jedoch, dass die kleinen Inselländer im Artikel 4(8) nur Teil einer langen Liste sind, der fast alle sog. Entwicklungsländer entsprechen. Die UNFCCC verweist sogar spezifisch auf die ölexportierenden Länder (OPEC) innerhalb der Nicht-Annex I Ländergruppe als besonders verwundbare Gruppe (UNFCCC Homepage). Neben tief liegenden Küstenregionen und jenen Gegenden, die durch Desertifikation und Dürren bedroht sind, wird der potentielle ökonomische Verlust für die OPEC Länder erwähnt, denen durch Investitionen, Zusicherungen und Technologietransfer entgegen gekommen werden soll (ebd.).

⁵⁴ Ashe und Lierop sprechen sogar davon, dass mit Artikel 4(4) *In providing for the costs of adaptation and mitigation*, die Konvention sogar signifikant darüber hinaus geht, was AOSIS vernünftigerweise erwarten hätte können zu erreichen (vgl. Ashe et. al. 1999: 214).

Diesbezüglich betonte ein Vertreter der AOSIS, dass die Allianz seit 20 Jahren versucht, sich für ihre Interessen stark zu machen und es ihnen nicht vorrangig um die Sichtbarkeit der Allianz geht, sondern die Weiterentwicklung zu forcieren (COP2).

Problem-Framing des Arguments der Verwundbarkeit

Durch den Begriff der Verwundbarkeit versucht die AOSIS das Hauptaugenmerk auf sich zu lenken. Aus diesem Grund muss sich die Frage gestellt werden, ob die AOSIS-Länder tatsächlich die Verwundbarsten für die Auswirkungen des Klimawandels darstellen. Demnach sollte die Frage gestellt werden, ob nicht die African Union für klimatische Auswirkungen aufgrund ihres Entwicklungsstatus noch viel vulnerabler als die meisten AOSIS Länder sind. Bo Kjellen fragt sich diesbezüglich, ob die AOSIS Länder womöglich mehr auf Technologietransfer als auf finanzielle Unterstützung pochen, weil sie darin eine bessere Überlebenschance für ihre Inseln sehen (COP9). Mit der Selbst- und Fremdbetitelung als die am meisten verletzlichen Staaten wird auf ihre strukturelle Verletzlichkeit, in Bezug auf ihre demographische, geographische, sozio-ökonomische sowie entwicklungspolitische Situation aufmerksam gemacht. Die Verletzlichkeit, die AOSIS für sich beansprucht, ist jedoch in anderen Nicht-AOSIS Ländern genauso gegeben. So verfügt China beispielsweise über alle Elemente eines besonders verwundbaren Landes: Eine lange, tiefliegende Küstenlinie, an der sich zudem noch wichtige Industrie- und Bevölkerungszentren befinden, weite, ebenfalls dichtbesiedelte, überschwemmungsgefährdete Flusstäler, ausgedehnte aride Gebiete und eine große Abhängigkeit von der Landwirtschaft (Geping, 1999. S.108; zitiert nach Missbach 1999: 257). Missbach stellt deshalb keinen direkten Zusammenhang zwischen einer objektiven Bedrohungslage und einer Verhandlungsposition, die primär von der Angst der Folgen des Treibhauseffektes geprägt war (ebd.), fest. Was bei der AOSIS jedoch relevant ist und ihnen innerhalb der Debatte nützt, ist das Faktum, dass in ihren Gebieten zwar weit weniger Menschen bedroht sind als beispielsweise in den Großdeltas Asiens und Afrikas, sie aber trotzdem in besonderem Maße verwundbar sind (IPCC 2007: 25f).

7.2 Einfluss in den UNFCCC-Verhandlungen

Grundsätzlich befand die Allianz das Zustandekommen der Konvention als außerordentlichen Erfolg für sich selbst und sahen sogar 10 von ihren damaligen 12 Verhandlungszielen als realisiert (vgl. Ashe et.al. 1999: 209). Vor allem mit dem Konsensprinzip innerhalb der UNFCCC verbinden die AOSIS Staaten nach wie vor eine gewisse Ausgeglichenheit mit der Konvention (COP3). Trotzdem erkannten sie auch die verwässerten Thematiken wie die Absenz von spezifischen Emissionsreduktionszielen oder Zeitplänen für Industrieländer sowie die Absenz von permanenter und klarer Finanzierung vor allem in Bezug auf Anpassung und Absenz der Implementation für Küstenzonen Management Systeme (Ashe et.al. 1999: 209, eig. Übersetzung).

Prinzipiell sahen die AOSIS ihr Ziel eine Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration bei den Konventionsverhandlungen als erfüllt (vgl. Ashe et.al. 1999: 213). Keinen Erfolg hatten sie jedoch mit der Forderung jene Treibhausgase zu reduzieren. Die USA, mit Unterstützung der JUSCANZ Gruppe setzte sich jedoch für freiwillige Ziele, ohne fixen Zeitplan ein (Betsill 2005: 112, eigene Übersetzung). Grundsätzlich befanden sie die wissenschaftlichen Belege für zu unsicher und fürchteten verheerende ökonomische Auswirkungen (vgl. ebd.). Diese Position wurde vor allem durch die Globale Klimakoalition (GCC) unterstützt, die von Vertretern der Fossilen Energie Industrie dominiert wird (ebd.). Schließlich wurden die Anliegen der JUSCANZ akzeptiert. Auch wenn dies wesentlich schwächere Ziele innerhalb der Konvention zur Folge hatte, konnte man sich nicht der Gefahr aussetzen, die USA als Verhandlungspartner zu verlieren. Demnach wurde auch das AOSIS Ziel - *umgehende und signifikante Reduktionen der Treibhausgase* - nicht explizit erfüllt (vgl. Ashe et.al. 1999: 213).

Relevant erscheint bezüglich der Forderung nach Emissionsreduktionen, dass sich die Position der AOSIS klar von der G77 unterscheidet, da sie sich vor eigenen Maßnahmen nicht abwenden. Wie schon erwähnt, stand die Position der Entwicklungsländer zu Emissionsreduktionen der Industrieländer in engem Wechselspiel mit der Motivation der Abwehr von Entwicklungshindernissen (Missbach 1999: 262). Die Angst vor eigenen Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt führte immer wieder dazu, dass der globale Süden das Interesse an Emissionsreduktionen verlor. Deshalb erschien es den sog.

Entwicklungsländern sicherer den gesamten Prozess zu bremsen, als Gefahr zu laufen, zu früh drastische Maßnahmen oder gar Emissionsbegrenzungen ergreifen zu müssen. Vor allem die OPEC Länder sind dafür bekannt, dass sie jegliche Reduktionen ablehnen.

Vorsorgeprinzip

Als vielleicht wichtigster Erfolg der AOSIS-Staaten gilt die Erwähnung des Vorsorgeprinzips in der Rahmenkonvention (vgl. Ashe et.al. 1999: 213 und Missbach 1999: 164). Der erste Chairman Robert Van Lierop von Vanuatu machte sich schon 1991 für die Verankerung jenes Prinzips mit undiplomatischen emotionalen Worten stark:

„For us the precautionary principle is much more than a semantic or theoretical exercise. It is an ecological and moral imperative. We trust the world understands our concern by now. We do not have the luxury of waiting for conclusive proof, as some have suggested in the past. The proof we fear, will kill us.“ (Bodansky 1993, S. 503; zitiert nach Missbach 1999: 164).

Doch auch das Vorsorgeprinzip wurde nur abgeschwächt in die Konvention aufgenommen, denn auf Druck der USA aber auch der EU, sowie JUSSCANNZ (Betsill 2005: 111) wurde es an Kosteneffektivität, umfassenden Ansatz und gemeinsame Umsetzung gekoppelt (vgl. Missbach 1999: 164). Fraglich bleibt, ob von einem Erfolg gesprochen werden kann, wenn jene Bindung durch die AOSIS in einen anderen Satz verschoben wurde (vgl. Ashe et.al. 1999: 213). Die Betonung der Beibehaltung eines offenen, internationalen Wirtschaftssystems, um die Probleme der Klimaänderung besser zu bewältigen, verdeutlicht jedoch die Koppelung in weiteren Paragraphen der Grundsätze abermals.

AOSIS Protokoll 1994

Einer der relevantesten Protokollentwürfe der AOSIS, jener von 1994 fand von einigen Seiten Zuspruch, vor allem Deutschland begrüßte ihn. Allerdings ergänzte Deutschland diesen unter anderem mit dem Vorschlag zur Beschränkung der Wachstumsraten der Emissionen für einige fortgeschrittene Länder des globalen Südens.

Insgesamt hatte das AOSIS-Protokoll in seiner ursprünglichen Form keine Chance und die Ziele wurden stark verwässert (vgl. Missbach 1999: 188). Trotzdem sollte das Protokoll ausdrücklich Teil der Verhandlungen für ein Berliner Mandat sein (COP9⁵⁵,

⁵⁵ COP1 bis COP11 sowie VIE sind Verweise auf die im Rahmen dieser Arbeit getätigten Interviews.

Missbach 1999: 183). Sein formeller Entwurf, so erinnert sich ein damaliger Verhandlungsleiter, hatte einen starken Einfluss auf die Verhandlungen, warum innerhalb dieser Periode auch vom Durchbruch der Allianz gesprochen wird (COP9). Ein AOSIS-Vertreter meint sogar, dass das Kyoto Protokoll auf dem AOSIS-Entwurf basiere und der Aufruf zu einem internationalen Regime, das den Klimawandel adressieren sollte, kam demnach von den Malediven (COP7). Obwohl die Verhandlungsleitung den AOSIS Entwurf bereits 1994 in die Hände bekam, wurde bald klar, dass ein bindendes Protokoll in Berlin noch nicht verabschiedet werden konnte (COP9).

Die Ergebnisse des Kyoto-Protokolls bezüglich der Reduktionsverpflichtung von mindestens 5,2% waren fern von 20%, die die AOSIS forderte. Die starke Forderung der AOSIS, welche von Anfang an klar auf die Emissionsreduktion innerhalb der Annex-I Länder pochte, muss als übergangen interpretiert werden. Auch die Verlagerung des politischen Dialogs auf die G8 und das zentrale Interesse der sog. Industrieländer, nämlich Energiesicherheit, rücken die Interessen der AOSIS in den Hintergrund und übergehen das Mitspracherecht der kleinen Inselstaaten praktisch völlig.

Einfluss über Staatenbündnisse

Gegenwärtige Emissionstrends sind weit entfernt von den Forderungen der AOSIS. Selbst das *Pacific Islands Forum Secretariat*, welches sich vorwiegend um die Stimulierung der Wirtschaft sowie political governance und Sicherheit der Region sorgt, vermerkt zwar die AOSIS Position, sprechen allerdings in ihrem *Pacific Leaders' Call To Action On Climate Change* von einem 2 Grad (oder weniger) Ziel (Pacific Islands Forum Secretariat 2009). Was in Anbetracht deren Mitglieder jedoch wieder weniger kurios erscheint. Denn Australien und Neuseeland sind neben FSM, Fiji, Kiribati, Nauru, Niue, Palau, PNG, Marshall Inseln, Samoa, Solomon Inseln, Tonga, Tuvalu und Vanuatu wohl Tonangeber in dieser Debatte. Viele Länder (z.B. Indonesien oder Indien), die in einer ähnlichen Situation wie die AOSIS sind, unterstützen ebenso das 2 Grad Ziel oder haben gar kein fixes Reduktionsziel. Ein AOSIS Vertreter meint diesbezüglich, dass deren Position nicht viel mit den wissenschaftlichen Fakten zu tun hat, aber mit den Interessensgruppen von denen sie abhängig sind (COP3).

Das zentrale Problem ist dabei, dass ab einem gewissen Zeitpunkt das nationale Interesse der Partner wie z.B. von Australien oder Kanada in der Kompromissfindung dominiert

und die emissionsreichen Verschmutzerländer die Entscheidungen, wieviel sie reduzieren, selbst fällen (COP4).

Bei den Verhandlungen um die COP15 wurde abermals deutlich, dass die G77 kein monolithischer Block ist, sondern von verschiedenen Interessen - Indien und China einerseits und kleinere, ärmere Länder aus Afrika und der Pazifik- und Karibikregion andererseits – geprägt (COP9). Neben den bekanntesten Blockern wie USA, Australien etc. sind es auch die großen Länder des globalen Südens – Indien, Brasilien und China – die die Inselstaaten in ihren Forderungen nicht unterstützen. Die sogenannte Bremserfraktion (anfänglich China, Iran, Jordanien, Kuwait, Libanon, Nigeria, Oman, Qatar, Saudi Arabien, Syrien und die VAE) betrachteten in den anfänglichen Verhandlungen den IPCC-Report nicht als „basis for urgent action“ (ECO, 17.7.96, S.1; zitiert nach Missbach 1999: 202). Auch heute noch gelten v.a. Saudi Arabien etc. als Bremsen der Verhandlungen und somit stellen die OPEC-Länder im Rahmen der G77 womöglich die größte Herausforderung für die Allianz dar.

Eine „winning coalition“ (Betzold 2009: 140) zwischen der AOSIS und der EU sowie den Schlüsselländern des aufstrebenden globalen Südens wurde in Kopenhagen nicht sichtbar. Im Gegenteil, denn die erste Woche der Verhandlungen in Kopenhagen war eher von den Empörungen über den sogenannten „Danish Text“ geprägt, welcher vorab der offiziellen Verhandlungen von einer ausgewählten Runde von Industriestaaten („UK, US and Denmark known as the circle of commitment“ vgl. Vidal: 2009) angefertigt wurde, um in Kopenhagen auf dem Tisch zu landen. Vor allem kritisierten Länder des globalen Südens die intransparente, undemokratische und extrem exklusive Art und Weise, wie dieser Text zu Stande kam.

AOSIS Mitglieder wie die Solomon Inseln oder Kiribati hegten zwar Kritik an dem Abkommen, offizielle Einwände gegen eine undemokratische und intransparente Prozedur kamen jedoch aus der AOSIS nur von Kuba und Tuvalu, die die Unterzeichnung dessen verweigerten (ENB: 2009). Insgesamt wurde von Seiten der AOSIS dem Prozess, der zum Zustandekommen des Kopenhagen-Abkommens führte, die Legitimität nicht abgesprochen (ENB: 2009). Laut der AOSIS handelte es sich um einen seriösen Prozess für dessen Enddokument sie auch stünde (ENB: 2009). Dem gegenüber standen vor allem die Einwände aus der Zivilgesellschaft, denen fortschrittliche Übereinkünfte über fixe Ziele in nächster Zukunft aussichtslos erschienen und deshalb die These „*Better no deal,*

than a bad deal!“ befürworteten. Denn das Zustandekommen eines Abkommens würde die Entwicklungsländer sowieso nur in eine noch größere Armutsfalle bringen und zum bestehenden Leiden zwingen (vgl. Klein: 2009). Die wichtigste Forderung der AOSIS, die Eindämmung der Treibhausgase, wird damit nach wie vor umgangen.

Herausforderungen für die Vermittlungsinstanz AOSIS

Trotzdem nehmen die AOSIS die Rolle einer potentiellen Vermittlungsinstanz zwischen fortschrittlichen Ländern des globalen Nordens und Entwicklungsländern ein (vgl. Betzold 2009: 140). Dabei liegt das Potential darin gegen starke Blocker eventuell kollektiv zu agieren bzw. wirken zu können.

Auf der COP 15 haben sich mehr als 100 Länder aus der African Union und weitere LDCs zu dem 1,5°C Ziel und somit zu einer zentralen Forderung der AOSIS bekannt (COP7). Interessant erscheint hierbei, dass von mancher Seite die Akzeptanz der AOSIS höher eingeschätzt wird, als die von der African Union, da es trotz der Anzahl der AOSIS Länder weniger Spezifika gibt als bei der African Union und die Interessen so überschaubarer bleiben (COP9). Demzufolge ist die African Union womöglich mit noch mehr existenziellen Herausforderungen betroffen, kann aber aufgrund der noch beschränkteren Kapazitäten weniger zu einer homogenen Identitätsbildung beitragen als die AOSIS.

Unter anderem bleiben die Möglichkeiten der Allianz als schwerwiegende Vermittlungsinstanz zu agieren, aufgrund der dem Terrain eingeschriebenen strategischen Selektivitäten, den spezifischen Interessen der „Bullies“ des globalen Südens und den stark etablierten Blockerfronten sowie den limitierten Kapazitäten der Allianz selbst, jedoch fraglich.

Für die AOSIS steht allerdings fest, denn das wurde auch während der Finanzkrise sichtbar, dass die finanziellen und technischen Ressourcen vorhanden sind, die ihnen zugute kommen könnten (COP2). Das ausschließliche Problem ist die Verteilung dieser Ressourcen (COP2). Der gute Wille von dem vor allem vor Kopenhagen noch alle sprachen, gehört ebenfalls zu den Motivationsgründen für die AOSIS, ihre Interessen weiterhin zu vertreten (COP2).

Die Akzeptanz der historischen Verantwortung innerhalb der öffentlichen Meinung von Industrieländern stellt allerdings noch immer eine große Herausforderung dar (ggf.COP9). Ein langjähriges Verhandlungsmitglied meint diesbezüglich:

„If we were actually increasing the carbon dioxide content of the atmosphere from 280ppm from the beginning of the 19th century to 300 by the end of the 19th century it is difficult I think to speak of an historical debt because we didn't know, nobody could know that it was negative in a way. So it is a difficult concept of manners, the historical debt. But what is quite clear of course, the small island states, their contribution to global warming from the beginning of time has been extremely, extremely limited and so that is also why their moral cases are resting on very save ground.“ (COP9)

Wie bereits erwähnt lehnten die USA ein rechtlich bindendes Stabilisierungsziel von Beginn an ab (Paterson, S. 56; zitiert nach Missbach 1999: 158). Was auf die Klimaverhandlungen von Anfang an blockierend wirkte, denn wie eine Vertreterin von CAN passend feststellte:

“The Bush by coal-lobbyist and US basically not letting their congress pass bills and especially you know the Republicans. It is not a good political landscape right now. And those that have the political power are basically proving to be the biggest blocks.“ (COP8)

Im Moment liegt diese Verantwortungsübernahme jedoch weit unter dem IPCC Bereich, was wiederum bedeutet, dass die Temperatur ansteigen wird und die Inseln sinken werden (COP2).

7.3 Organisationsvorteile

Die AOSIS hat im Sinne des AIs den Nutzen, Aufgaben intern zu dezentralisieren und eine Kollektivintelligenz zu schaffen. Der größte Erfolg der Allianz könnte womöglich die Formierung selbst und ihre Zusammenkünfte sein bzw. der Nutzen, den diese im Sinne von Kapazitätenbildung hat (COP4, COP7). Die Treffen nutzen den Mitgliedern, relevante Thematiken in einem geschlossenen Rahmen zu besprechen und sie dann im Idealfall als Kollektiv zu einer Position zu verbinden. Als Gruppe wird die Behandlung einzelner Fachgebiete erleichtert und damit eine bessere Aufarbeitung und ein höheres internes Gewicht bedingt (COP7). Dabei ist zu beachten, dass je nach aktuellem Stand der Verhandlungen ein spezifischer Konsens gebildet wird. Über einen gemeinsamen Sprecher, der „on behalf of the AOSIS“ agiert, wird dieser anschließend in die

Verhandlungen eingebracht (vgl. Voges/Biberhofer 2010: 132). Anknüpfend an diesen Konsens kann jedes Land zusätzlich seine eigene Position forcieren, jedes Land kann sich dem Konsens der Gruppe anschließen, aber auch Erweiterungen oder indirekt Einschränkungen einbringen (vgl. ebd.). Die Entscheidungssouveränität wird demnach nicht gänzlich an den kooperativen Akteur AOSIS abgegeben.

Die Gründe dafür liegen in der heterogenen Beschaffenheit der AOSIS selbst, die auch nationalstaatliche Zwänge impliziert, sowie im historisch-strukturellen Kontext, in welchem die Allianz eingebettet agiert. Wie bereits deutlich wurde, sind die Akteursgruppen innerhalb der UNFCCC vor allem durch die spezifischen Interessen der Nationalstaaten gekennzeichnet. Länder des globalen Nordens und Südens sind von diversen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen geprägt⁵⁶. Auch innerhalb der AOSIS sind es, wie in jeder anderen Gruppierung, Partikularinteressen wie z.B. Flugtransportsteuer, die eventuell problematisch sind (COP9). Die abgeschiedene Lage mancher Inseln und die teils institutionelle Korruption, stellen weitere Herausforderungen dar. Neben dieser Ebene der nationalen Interessen finden die Verhandlungen mindestens auf zwei weiteren Ebenen statt, einer technischen, wo die Verhandlungspartner über technische Details abstimmen sowie einer politischen, wo die MinisterInnen und StaatenvertreterInnen involviert und teilweise mit den technischen Details konfrontiert werden (COP7). Es findet de facto ein kontinuierlicher Austausch zwischen diesen beiden Ebenen statt (COP7). Der Detaillierungsgrad auf der politischen Ebene ist jedoch nicht sehr hoch, obwohl dieser für die Generierung neuer und relevanter Erkenntnisse und Gewissheiten über den Prozess unabdingbar ist (COP7). De facto ist dieser komplexe Austausch von issues aber die höchste Entscheidungsebene (COP7). Weitere Herausforderungen an dieser Entscheidungsebene wirkungsmächtig teilzunehmen werden im Abschnitt 7.4 noch verdeutlicht.

Nichtsdestotrotz wird eine gute Organisation der AOSIS auch von außen bestätigt (COP9). Ausschlaggebend dafür waren unter anderem die Chairs der Allianz, die wohl eine der wichtigsten Rolle innehaben, wenn es um die Repräsentation des Konsens innerhalb der UNFCCC geht. Vor allem durch die kompetente Vertretung über Robert

⁵⁶ Von besonderem Interesse erscheint die Aufgliederung der sog. Entwicklungsländer in eine Gruppe der ökonomisch avancierten, die auch als Bullies of the South bezeichnet werden (vgl. Voges/Biberhofer 2010) sowie der mehr verwundbaren, wie die AOSIS und die LDCs. Innerhalb deren es ebenfalls eine Gruppierung von 5-6 konkurrierenden Staaten auch die Ölstaaten gibt.

Van Lierop und Tuiloma Neroni Slade schien die Allianz sehr gut organisiert gewesen zu sein. Sie stellten wichtige Persönlichkeiten dar, welche unter anderem das Einflusspotential der AOSIS steigerten. Neben der Rolle der Repräsentanten zählt die interne Organisation über die verschiedenen Teams zu den relevantesten Kriterien für den Einfluss der Allianz. Sie scheint die teilweise heterogen gehaltene politische Identität zusammenzuhalten. Ebenso zählt die Unterstützung über NGOs, welche die Allianz vor allem für das Berliner Mandat und darüber hinaus erfuhren, zu den wichtigsten Momenten für deren Einfluss.

Der Protokollentwurf von 1994 wurde größtenteils von der englischen NGO *Foundation for International Law and Development* verfasst (vgl. Missbach 1999: 275). Auch CAN Europe äußerte schon bei den Kyoto Verhandlungen Präferenzen für das AOSIS Protokoll schriftlich (Missbach 1999: 278). Bei der COP15 unterstützte CAN International abermals einen AOSIS Entwurf (COP8). Dabei betont eine Vertreterin des CAN-Netzwerks, dass sie zwar keine politischen Gruppen unterstützen, da sie dadurch ihre Glaubwürdigkeit verlieren würden, sie aber sehr wohl Prinzipien, wie die Sicherung von Überleben, adäquate Finanzierung und technologische Unterstützung für die AOSIS unterstützen (COP8).

Ohne die Hilfe von NGOs, so kann festgehalten werden, wäre die AOSIS nicht in der Lage gewesen sich als seriöse Verhandlungsgruppe zu etablieren (vgl. Betzold 2009: 140). Eine Aktivistin aus der Pazifikregion meint: „*To me the government wouldn't be able to do anything without them.*” (COP6)

7.4 Herausforderungen bezüglich der Kapazitäten

Da in die strategischen Handlungen nur Ressourcen eingesetzt werden können, die auch tatsächlich vorhanden sind, ist die Stärkung der Allianz, wie z.B. die Formalisierungsanliegen, von der Ressourcenmobilisierung abhängig. Letztere wird von den Verhandlungsergebnissen bedingt (COP7). Die Aussichten auf diese gestalten sich jedoch ziemlich triest. Und selbst wenn die Kapazitäten der Allianz gestärkt werden würden, hätten die Inselstaaten wegen ihrer kleinen Ökonomien keinen größeren Einfluss

in den Verhandlungen, da sie gegenüber einflussreicheren Südländern im Terrain der UNFCCC kategorisch unterprivilegiert sind.

Trotzdem muss die interne Stabilität der AOSIS betont werden, denn diese sieht die Allianz als ihre Stärke um eben die spezifischen Kapazitätenmängel zu kompensieren (COP7). Für die AOSIS kommen dabei jedoch eine Vielzahl von Herausforderungen ins Spiel denen nun das Hauptaugenmerk gewidmet wird.

Durchsetzungsfähigkeit über Repräsentanten, finanzielle- und Wissensressourcen

Zunächst geht es darum, ein gewisses Panel an Leuten zur Verfügung zu haben, die an den Treffen teilnehmen und auf einem entsprechenden Level verhandeln. Folglich müssen sie das Verständnis und die Konsequenz für die Verhandlungen mitbringen. Hierbei gibt es pro Insel nur ca. ein bis zwei Personen, die sich dem Thema wirklich widmen, meistens auf einer technischen Ebene, wodurch sie sich auf die Adaptierung fokussieren (VIE). Andere Delegationen reisen hingegen mit einer Anzahl von über 100 Personen an. Dementsprechend gestaltet sich die Teilnahme an den oft parallel stattfindenden Sitzungen extrem schwierig. Genügend kompetente Repräsentanten sind aber für eine wirkungsmächtige Partizipation ausschlaggebend. Insofern einige Regierungsvertreter der AOSIS den komplexen Verhandlungen unmöglich folgen können und teilweise deren Inhalt nicht verstehen (VIE), gilt dieser Mangel als eine der größten Herausforderungen bezüglich ihres Einflusspotentials. Auch die Administration der UN-Organe und das Verhalten derjenigen Personen spielt dabei eine wichtige Rolle. Ein AOSIS-Vertreter meint diesbezüglich, dass es erheblich mehr Leute aus verwundbaren Regionen innerhalb der UN geben sollte, damit die Organisation von Grund auf verständnisvoller und mitfühlender gegenüber den Verwundbaren wird (COP3). Die Stärkeren brauchen keinen Schutz, es sind immer die Schwachen, die diesen benötigen (COP3).

Damit geht die Problematik der Kosten für Partizipation auf einer lokalen, nationalen und vor allem hier relevanten internationalen Ebene einher (COP7/ COP8). Ein AOSIS Vertreter spricht davon, dass es sehr teuer ist, Unterkünfte und Anreise für die Allianzmitglieder zu finanzieren, aber auch die technische Expertise selbst ihren Preis hat (COP7). Obwohl von der UNFCCC Unterstützung für die Teilnahme sowie vorbereitende Aktivitäten geleistet wird (COP7), sind sie anscheinend so limitiert, dass erst in Poznan

ein Büro für die AOSIS vorgesehen war. Insofern würde ein *Capacity Building Modul* der AOSIS eine stärkere virtuelle Existenz geben und eine Debatte um Partizipationsrechte in den Vordergrund rücken (COP7). Die Organisatoren scheinen an einer größeren Einrichtung für die SIDS jedoch kein Interesse zu haben. Denn obwohl die AOSIS seit 20 Jahren besteht, bekam die Allianz das erste Mal in Poznan 2008 ein Büro auf einer Klimakonferenz zur Verfügung gestellt (COP7).

Eine weitere Einflussmöglichkeit betrifft die Generierung von Wissen. Denn die Wissensproduktion wie das Nichtwissen sind wichtige Faktoren der ungleichen Verhandlungsmacht (vgl. Diez/ Brunnengräber 2007: 410). Die (Weiter-) Entwicklung und Förderung lokaler Forschungseinrichtungen würde für die AOSIS insofern eine Stärkung bedeuten, da sie eigene wissenschaftliche Erkenntnisse über ihre Regionen in die Verhandlungen einbringen könnte. Zur Zeit fließen noch zu wenig Ressourcen in die lokalen Einrichtungen mit dem Zweck eine tatsächliche Partizipation in Richtung wissenschaftlichen Erkenntnissen als gefördert bezeichnen zu können (COP7). Der AOSIS geht es dabei vor allem darum die technische Expertise in den Ländern zu stärken (COP7, COP8). Darüber hinaus muss bedacht werden, dass die nationale Klimapolitik oft sektoral innerhalb der politisch ohnehin schon schwachen Umweltministerien behandelt wird (vgl. Diez/Brunnengräber 2007: 410). Die Stellen sind dann teilweise extern finanziert genauso wie die Teilnahme an den UN-Konferenzen.

7.5 Die Trennungslinien: Anpassung, Finanz- und Technologietransfer

In den Verhandlungen werden die Südländer über die Debatten um Anpassung, Finanz- und Technologietransfer integriert. Der Begriff der Integration darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in die spezifischen Verhandlungen die Forderungen des Südens automatisch einfließen, im Gegenteil sie gelten sogar als die Nord-Süd-Trennungslinien (vgl. Missbach: 1999). Ein Grundparadigma hierbei ist, dass der globale Süden im Zuge des Prozesses der Ort der globalen Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels wurde.

Ausschlaggebend ist hierbei allerdings, dass durch die Anpassungsdebatte der Fokus von der notwendigen Eindämmung eher abzukommen scheint. Die Eindämmung wird im globalen Norden nicht als Lösungsoption für die Probleme der AOSIS Länder gehandhabt. Die Debatten um notwendige Emissionsreduktionen sind fernab ihrer Forderungen und beziehen sich auf teils innereuropäische Verhältnisse bzw. Konkurrenzverhältnisse zwischen den sog. Industrieländern (vgl. Input-Output Problematik). Von Beginn an war ersichtlich, dass vor allem die USA und die OECD einen entsprechenden Finanzierungskörper abschlugen, weil er sich offensichtlich mit der dominanten neoliberalen ökonomischen Ideologie schlug (vgl. Okereke 2008: 106). Da Argumente für Anpassungsprogramme viel mehr ethischer und moralischer Justierungen bedürfen, wurde der Fokus auf Eindämmungsmaßnahmen über finanziell rentable Mechanismen, wie dem CDM, unternommen (ebd.:106f).

Obwohl die Institutionalisierung der Anpassungsthematik innerhalb der UNFCCC noch lange nicht abgeschlossen ist, war die Initiatorenleistung für diese Thematik dennoch vielleicht eine der größten Leistungen der AOSIS (COP4). Die Verhandlungen wurden damit in eine andere Richtung gelenkt, in der das Gerechtigkeitsthema womöglich einen größeren Stellenwert erfahren könnte (vgl. Okereke 2008: 108).

Die *National Adaptation Programmes of Action* (NAPAs) brachten aber auch Probleme mit sich, da die Partizipationskanäle für die lokale Bevölkerung im NAPAs-Prozess sehr limitiert waren und die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Anpassungsprozesse auf lokaler Ebene kaum erfolgte. Insofern finden die Interessen subalternen Bevölkerungsgruppen in nationale Anpassungsprogramme kaum Eingang (vgl. Diez & Scholz 2008; zitiert nach Diez/ Brunnengräber 2008: 411).

Die nationale und regionale Anpassung erfolgt oft über Pilotprojekte, mit denen die Ausführenden jedoch eine Menge Unsicherheiten verbinden. Auch durch die Abhängigkeit von den Financiers⁵⁷ sind die Projekte in eine komplexe Dynamik eingebettet. Die lokale Bevölkerung fürchtet sogar, dass die finanzielle Begleichung der Projekte von deren Erfolg abhängig gemacht wird und dass versprochene Gelder wieder verloren gehen könnten (COP6). Die Zivilbevölkerung betrachtet jene Programme sehr

⁵⁷ Zu berücksichtigen ist hierbei, dass jene Projekte wenn sie unter dem Hut der IFC stattfinden oft von den Financiers wie der Weltbank, GEF, Neuseeland, Australien oder Japan abhängen.

kritisch und sieht die Anpassungsthematik teilweise sogar als größtes Problem (COP6). Das Geld sei zwar vorhanden, wird jedoch nicht genutzt, auch nicht für Anpassungsmaßnahmen, die in den Augen der lokalen Bevölkerung Sinn machen würden (COP6). Ein Wunsch einer Aktivistin wäre sogar die Forschung zu vergessen und einfach *seewalls* zu bauen (COP6). Fakt ist, dass das Wissen der indigenen Bevölkerung für Anpassungsmaßnahmen vor allem bei so betroffenen Gebieten wie den AOSIS Länder entscheidend ist, denn praktische Anpassungsmechanismen werden meistens aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelt (COP10). Schon alleine darum ist ein Dialog erforderlich, der mit einem integralen Ansatz an die Problematiken herangeht und alle Beteiligten einschließt (COP10). Zur Zeit ist jener Dialog meistens auf Regierungen der jeweiligen Länder beschränkt (COP10). Die derzeitigen Implementierungsbestrebungen der Projektleiter sind demnach vor allem für die lokale Bevölkerung fragwürdig. Eine Aktivistin bringt es bezüglich der Finanzierung auf den Punkt: „...*I don't trust anything that comes to us, it is all tied to what they need in their own homes to develop themselves. What they give to us is small, but what they are asking for is big*“ (COP6).

Dass die Erfolge der Programme größtenteils von bilateralen Beziehungen der Staaten zu den Financiers abhängig sind, bestärkt die Notwendigkeit der AOSIS Forderung zur institutionellen Festschreibung (COP2). Darüber hinaus haben einige Länder sogenannte *climate change units* innerhalb ihrer Ministerien etabliert, womit sie signalisieren, dass in vielerlei Hinsicht *policies*⁵⁸ über die Thematik erstellt werden (COP6). Die Kapazitäten sollen über vermehrte Dokumentation von Daten, ausreichend-kompetentes Personal, sowie Investitionen aus dem nationalen Budget gestärkt werden (COP4). Genau diese Kreation von Kapazitäten, *policies* sowie öffentlichem Bewusstsein sind laut einem AOSIS Vertreter die Hauptproblematiken bei der nationalen Implementierung (COP3). Die beschriebenen Projekte basieren, so eine SPREP-Vertreterin, größtenteils auf Kooperationen zwischen den AOSIS Ländern selbst und der Erkenntnis, dass über jene Austauschbeziehungen sehr wichtige Lernprozesse entstehen (COP4).

⁵⁸ „...policy (policies)“ betrifft die Inhalte politischer Entscheidungen, ist auf die Ziele und programmatischen Orientierungen der Politik gerichtet und betont die Gestaltung als Aufgabe von Politik; (Pelinka 2000: 20).

7.5.1 Debatte um Finanzierungsleistungen

Die notwendige Förderung der AOSIS Gruppe über finanzielle Unterstützung wird prinzipiell in der Internationalen Gemeinschaft anerkannt (COP9). Innerhalb der Prinzipien der UNFCCC handelt es sich beim Paragraph 4.7 nur um eine bloße Feststellung, dass die Erfüllung von Verpflichtungen der Entwicklungsländer der Bereitstellung finanzieller Mitteln und Technologie durch die Industrieländer bedarf. Ein Anspruch kann daraus nicht abgeleitet werden (Missbach 1999: 165). Die verfügbaren Mittel hängen damit von der Bereitschaft der Industrieländer zur Wiederauffüllung der Umweltfazität ab (vgl. Missbach 1999: 167). Das GEF-Mandat ist jedoch auf globalen Nutzen beschränkt, insofern können finanzielle Unterstützungen für kleine Inselstaaten gar nicht erfolgen. Auch die AOSIS war über die Festsetzung des GEFs als vorläufigen Finanzierungsmechanismus zunächst ebenso enttäuscht (vgl. Ashe et.al. 1999: 214).

Bezüglich der Finanzleistungen aus dem globalen Norden gibt es zwischen den sog. Entwicklungsländern in Bezug auf die Verwendung allerdings gespaltene Prioritäten. Einerseits gibt es die großen Emittenten, die mit zusätzlichen Geldern ihre Energieeffizienz steigern und Alternativenenergien fördern könnten (Bullies of the South vgl. Voges/Biberhofer 2010), auf der anderen Seite die potentiellen Opfer: Inselstaaten, Staaten mit tiefliegenden Küstenzonen und Staaten in Dürregebieten. Sie sorgen sich um die Kosten von Sturmschäden, Küstenbefestigungen und Ernteaussfällen. Nach wie vor ist das politische Gewicht dieser oft divergierenden Positionen sehr unterschiedlich; den potentiellen Opfern blieb nur der Appell an die moralische Verantwortung des Nordens (vgl. Missbach 1999: 155f). Konsens herrscht lediglich darüber, dass die finanziellen Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden sollen, neu und zusätzliche Kostenaufbringung darstellen müssen. Das Problem der Zusätzlichkeit thematisiert vor allem die unabhängige zur Verfügungstellung von Ressourcen abseits der Entwicklungshilfegelder. Denn Entwicklungshilfegelder werden ohnehin schon wegen der Finanzkrise geringer, was sich bei Spendern wie Japan zeigt (COP10). Diese sich verschärfenden Tendenzen machen die Notwendigkeit, jene Hilfe separiert zu sehen, noch deutlicher.

Insgesamt werden die Kosten für Anpassung meistens substanziell unterschätzt. Die Gründe dafür sieht das IED beispielsweise darin, dass einige Sektoren aus dem Kostenassessment ausgespart oder nur partiell abgedeckt wurden und dass die Kosten teilweise als „climate mark-ups“ gegen niedrige Levels von angenommenen Investitionen berechnet wurden (Parry/ et.al. 2009: 7). Die Anpassungskosten von der UNFCCC werden vorwiegend über Studien der Weltbank, Oxfam, UNDP und dem Stern Report ermittelt, die sich gegenseitig unterstützen, genauer gesagt werden sie konvergent verwendet und nicht gegenseitig oder anderweitig getestet (Parry et.al. 2009: 8). Prinzipiell wird von einem Anpassungsdefizit ausgegangen, was größtenteils aus einem Entwicklungsdefizit resultiert und vorwiegend die negativen Auswirkungen des Klimawandels auf Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen erklärt (IPCC 2007; zitiert nach ebd.: 11). Die Summe der notwendigen Gelder reicht von 80 bis zu 500 Milliarden jährlich, ein Vielfaches der nationalen BIPs der AOSIS Mitglieder (COP7). Auch die großen Umwelt NGOs wie das CAN Netzwerk versuchen sich für vorhersagbare und innovative Finanzierungsoptionen einzusetzen, allerdings bislang erfolglos (COP8). Der Wille zu öffentlicher Finanzierung ist nicht gegeben, geschweige denn (im Angesicht der Wirtschaftskrise) die Bindung an langfristige Abkommen (COP8).

7.5.2 Problematik der Marktmechanismen

Die privaten Financiers, die durch dieses System (EH, eig.Anm.) zugelassen werden, verwässern die Finanzierung für Eindämmung und Anpassung (COP11). Schlupflöcher werden durch günstigen Emissionskauf geschaffen und nationale Emissionsreduktionen können übergangen werden, indem sie ins Ausland verlagert werden.

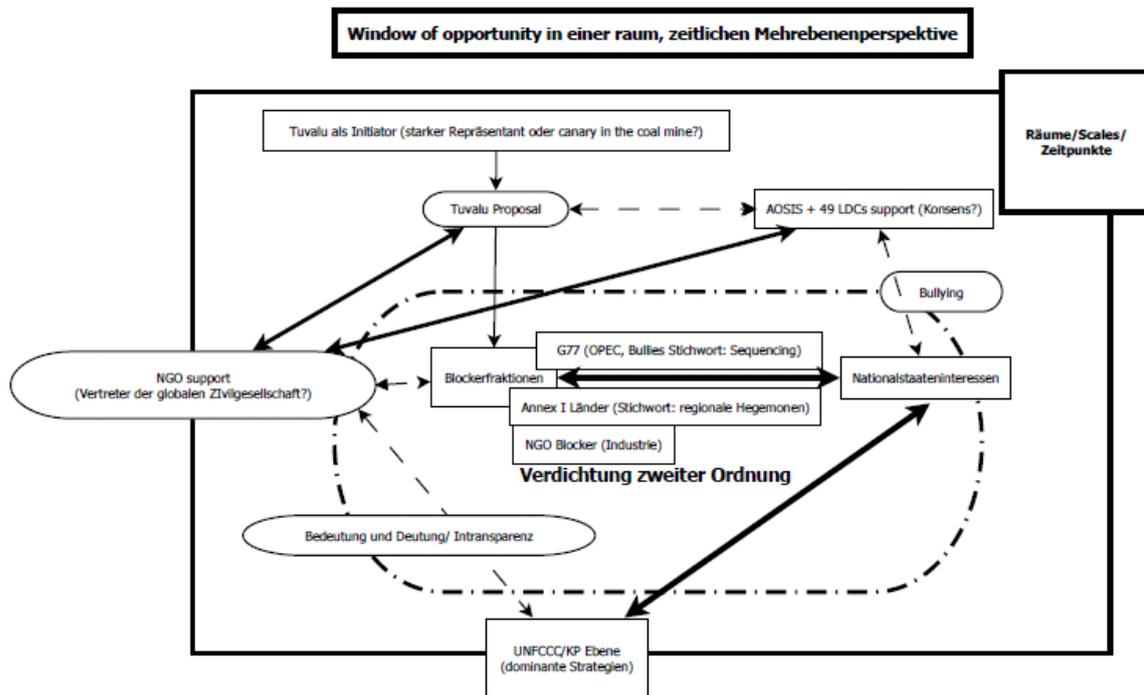
Problematisch ist dabei, dass durch jene Mechanismen eine abermalige sogenannte CO₂-Kolonialisierung stattfindet. Tatsächlich ist dadurch die anfänglich besprochene vierte Option, der Wandel zu einem solaren Regime, der die nachhaltige Nutzung und erneuerbare Energien vorsieht, blockiert. Die Volatilität der Märkte ist extrem hoch und die dominante Strategie für Lösungsansätze bezüglich einer Umweltproblematik bleibt vorherrschend. Andererseits sollte an dieser Stelle festgehalten werden, dass sich die AOSIS sehr wohl darüber bewusst ist, dass die jetzige Wahrnehmung der historischen

Verantwortung und das Abgleichen der Schulden den Grund und den Geist von Kooperation in Frage stellt (COP2). Der Ausgangspunkt von einer kompetitiven Perspektive - von einer Marktperspektive - steht zweifelsohne im Gegensatz zur AOSIS Position, die sich auf die Menschen konzentriert und einen kollektiven und globalen Zugang schaffen möchte (COP2). Realpolitisch scheint jedoch in Bezug auf den gesamten Prozess der Politisierung des Klimawandels, in dem Maße, in welchem auf Kooperation und „gemeinsame Interessen“ insistiert wird, grundsätzliche Kritik eher störend und wird zunehmend mit dem Argument der fehlenden Alternativen zurückgewiesen (Görg/Brand 2002: 16).

Bevor im Kapitel 8 die Ergebnisse dieser Arbeit zusammengeführt werden, dient nun ein abschließendes Fallbeispiel aus den COP15 Verhandlungen dazu, die Grenzen der Allianz in Bezug auf ihr Durchsetzungsvermögen zu präzisieren.

7.6 Begrenztes Gelegenheitsfenster: Tuvalu Proposal

Im Laufe der COP15 Verhandlungen gab es einen strategischen Moment, ein sogenanntes *window of opportunity* (wie in der Graphik dargestellt), dessen Analyse an dieser Stelle passend erscheint. Das Ereignis macht einerseits die Grenzen der Handlungsfähigkeit der Allianz in Bezug auf ihren internen Konsens deutlich, andererseits die Problematik, mit ihren kollektiven Interessen Anklang in der Internationalen Gemeinschaft - spezifischer innerhalb der UNFCCC - zu finden. Die Schilderung jener Spezifika stellt insofern eine Zusammenführung mehrerer in dieser Arbeit angesprochenen Punkte dar, welche gleichsam verhinderten, dass dieser Moment einen Verhandlungsumschwung (*polity jump*) evozierte.



Erstes Charakteristikum des Sachverhalts war, dass der Initiator nicht die AOSIS selbst war, sondern der Zwergstaat Tuvalu⁵⁹. Indem der aus Australien stammende Botschafter Tuvalus, Ian Frey, am 9.12.2010 eine ergreifende Rede über die Verwundbarkeit der Inseln und weitere globale Auswirkungen während der Plenarverhandlungen der COP15 hielt und dabei zu starken, legal bindenden Maßstäben für die Kontrolle des Klimawandels aufrief, schaffte er es sogar in die internationalen Schlagzeilen. Denn nachdem seine Forderungen zu einem neuen Protokoll unter der Konvention, das die globale Temperatur unter 1,5°C halten soll, blockiert wurden, verließ er den Verhandlungssaal. Die AOSIS unterstützte den Tuvalu Proposal (UN: 2009)⁶⁰ im Prinzip, jedoch schienen nicht alle Aspekte im Interesse aller AOSIS-Länder gewesen zu sein (COP7, COP4). Das geforderte legal bindende Werk ist einer der Aspekte, der von AOSIS unterstützt wird (COP7). Das 1,5°C Ziel, mehr finanzielle Unterstützung der Industrieländer an die Entwicklungsländer sowie stringendere Emissionsreduktionsziele für die Industrieländer sind weitere Grundelemente des TP, welche die AOSIS sowie 49 LDCs unterstützten (Förster: 2010). Eine CAN-Vertreterin meint diesbezüglich, dass Tuvalu mit diesem Antrag etwas unternommen hätte, wozu die Konvention seit 20 Jahren nicht fähig und dieser insofern sehr nützlich war: Die USA zu einem legal bindenden

⁵⁹ Tuvalu ist neben den anderen AOSIS Ländern: Cook Inseln, Kiribati, Nauru, Niue und Palau kein G77 Mitglied.

⁶⁰ Eine CAN Vertreterin spricht sogar kurz von dem TP als AOSIS Proposal (COP8).

Abkommen zu bewegen (COP8). Da die USA jedoch dem Kyoto Protokoll nicht zustimmen wird, sei dazu ein zweites Protokoll notwendig (ebd.). Durch den Antrag des Zwergstaats könnte eventuell sogar eine große Bewegung Richtung Anpassung und Finanzierung ausgelöst werden, eine ganze Architektur (für ein neues Abkommen eig. Anm.) kann dadurch aber nicht geschaffen werden (ebd.). Problematisch erwies sich der Widerstand aus der G77, denn auch die großen sich entwickelnden Ökonomien wurden integriert, da der Antrag Sequencing⁶¹ erlauben würde (ebd.). Blockierend wirkten vor allem Öl produzierende Länder (z.B.: Saudi Arabien⁶²), die ihrer Ansicht nach durch den Antrag schwer getroffen werden würden. Aber auch Indien, China (wegen der Befürchtungen bezüglich Sequencing eig. Anm.) und die EU lehnten den Antrag ab (ENB: 2009). Die Verlagerung des Antrags auf informelle Konsultierungen hatte dann zur Folge, dass die Forderungen sozusagen an den blockierenden Fronten hängen blieben. Die Grundessenzen des TP, lassen sich gut mit den Zielen der AOSIS vereinen. Die Forderungen bauen auf den moralischen Argumenten welche die Allianz ausmacht. Damit lehnt sich der TP jedoch genauso, wie die AOSIS selbst gegen die Internationale Hegemonie, konkret gegen bestimmte Lebensverhältnisse und Wertvorstellungen in Gesellschaften sowie gegen dominante Projekte und Strategien auf, die Internationale Hegemonie absichern. Vor allem der Staat Australien, der als regionaler Hegemon für die AOSIS eine besondere Rolle spielt, prangerte den Proposal des kleinen Inselstaats an. Das starke Auftreten des kleinen Inselstaats hatte sogar zur Folge, dass von Seiten der australischen Delegation Mobbing als Antwort betrieben wurde (COP6). Eine Aktivistin meint diesbezüglich, dass sogar mehrere Länder der AOSIS bestochen werden, um den Mund zu halten und der Fall um Tuvalu als Präzedenzfall hergenommen werden kann (COP6). Aufgrund der finanziellen Abhängigkeit zu den regionalen Hegemonen ist diese Bestechung eventuell aber gar nicht auf direktem Wege notwendig, da sich die AOSIS Staaten über die Konsequenzen bewusst sind. Die Konditionen der Auslandshilfen sind schließlich stark von bilateralen Verhältnissen zu den Geberländern abhängig, genauso

⁶¹ Dementsprechend würden Annex-I Länder Ziele aufnehmen, sprich die wichtigsten sog. Industrieländer müssen sich zuerst bewegen und dann muss es ein vergleichbares Level an Bestrebungen von sog. Entwicklungsländern geben (COP8). Falls diese "firewall" (Annex I und Non-Annex I Länder in verschiedenen Gruppen zu belassen) nicht bestehen bleibt, dann wird das zweite Protokoll keine Bindung in der G77 außerhalb der AOSIS haben (ebd.). Denn genau davor scheuen sich die Entwicklungsländer, dass sie diese Trennung nicht beibehalten können (ebd.).

⁶² Saudi Arabien, zusammen mit Indien, Venezuela, Algerien, Kuwait, Oman, Nigeria, Ecuador und China, lehnten eine Kontaktgruppe ab und präferierten informelle Konsultationen bezüglich des Antrags (ENB 2009: 6). Da es bezüglich des Formens einer Kontaktgruppe keinen Konsens gab, beschloss die COP Präsidentin Hedegaard informelle darüber zu konsultieren (ebd.)

wollen sich einige Staaten eventuell die Chance nicht verspielen, um Asyl ansuchen zu können.

Starken Support gab es für den Tuvalu Antrag eher aus den Reihen der Zivilgesellschaft, die die starke Präsenz sehr lobten und das tatkräftige Auftreten (Verlassen der Sitzung) unterstützten (COP5/ COP6). Ian Freys Rolle wird von vielen Seiten als spezielle gesehen, denn es bräuchte Menschen wie ihn, die als Initiator agieren (COP6). Auch CAN hat versucht, einige Entwicklungsländer von dem Antrag zu überzeugen oder einen zweiten Blick darauf zu werfen und ihn nicht gleich abzulehnen (COP8). Das Problem war laut einer CAN-Vertreterin jedoch, dass der TP erst zwei Tage vor der Ankunft der Minister wieder aufgenommen wurde (COP8). Die Blocker innerhalb der G77 und außerhalb, haben alles versucht die Verhandlungen um den Antrag auf ein bindendes Abkommen so lange zu verzögern, bis die Minister in Kopenhagen eingetroffen waren. Auf dieser Ebene kann praktisch kein neuer Text mehr dazukommen (ebd.). Da der Vorschlag schon seit Juni auf den Tischen lag, wäre es wichtig gewesen, dass die NGO Unterstützung früher begonnen hätte (ebd.). Doch auch bei mehr Unterstützung von „Außen“, sprich über NGOs, bleibt es fraglich, ob sich die Forderungen durchgesetzt hätten. Vor allem wenn die intransparenten Maßnahmen der Organisatoren als Antwort auf die angehenden Proteste gedeutet werden. Insgesamt schaffte es selbst der sehr starke Antrag nicht, einen Verhandlungsumschwung hervorzurufen (COP11). Dennoch bleibt Hoffnung, denn der Antrag wird in die Agenda der COP16, wegen des Ausstehens eines Konsens, automatisch inkludiert (ENB 2009: 6).

8 Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, den Weg, wie die *Alliance of Small Island States* (AOSIS) zu einer moralischen Instanz geworden ist, sprich die Konstituierung der Allianz, deren Verhandlungspotential und Durchsetzungsvermögen im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen, darzustellen. Geleitet wurde die Analyse von zwei zusammenhängenden Frageblöcken. Der erste Fragenblock befasste sich mit dem spezifischen Handlungsrahmen in dem die AOSIS eingebettet sind und welche Dimensionen bzw. Asymmetrien diesen kennzeichnen. Die Phase und die Charakteristika, in die der Konstituierungsprozess der AOSIS fällt, standen dabei im Zentrum. Außerdem war die Analyse vor allem auf die Gründungsjahre 1990, die Verhandlungen um Kyoto 1995 sowie die Konferenz in Kopenhagen 2009 bezogen. Der zweite Fragenblock fokussierte vor allem die Machtaspekte, in die die AOSIS erstens als Block und zweitens im Block eingebettet ist. Von besonderer Relevanz waren die Handlungsfähigkeiten der AOSIS als kollektiver Akteur. Konkret ging es darum, herauszuarbeiten, welche Ziele die Allianz hat, wie sie argumentiert, damit ihre Forderungen legitimiert und welchen Einfluss die Allianz damit hatte. Der theoretisch-konzeptionelle Rahmen half dabei, den Blick für das umfangreiche Feld, das durch die Fragestellungen geöffnet wurde, zu präzisieren.

Durch den SRA wurde der Fokus innerhalb der Arbeit auf das Machtpotential der AOSIS gelegt, welches nicht nur von der Positionierung innerhalb der sozialen Formation abhängt, sondern auch von der Organisation, den Kalkulationsmodi sowie den Ressourcen von sozialen Kräften. Die Positionierung der AOSIS war von Anfang an von der Reflexion über die Notwendigkeit ihre limitierten Kapazitäten, die ihnen als kleine Inselstaaten zur Verfügung standen, im Kollektiv zu stärken und auszuweiten, geprägt. Da sie jene Herausforderungen nicht alleine bewältigen können, nützen sie unter anderem die UNFCCC als Forum, um Ressourcen aus dem globalen Norden zu mobilisieren. Dementsprechend wurde der Fokus auf die Strategien und Aktionen gesellschaftlicher Kräfte innerhalb der strukturellen Beschränkungen gesetzt, die dabei eine zentrale Rolle spielen. Diese stehen in einem konfliktiven Verhältnis zueinander und sind im jeweiligen Moment mehr oder weniger durchsetzungsfähiger. Dies führt zu einer spezifischen

materiellen Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, wodurch ein „hegemoniales Staatsprojekt“ entstehen kann. Die Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen - spezifischer die Verdichtung zweiter Ordnung auf der internationalen Ebene - sowie deren Veränderungen standen im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Interessensdurchsetzung oder Unterdrückung durch Machtausübung wurde dabei relational abgeschätzt. Dementsprechend wurde das Verhandlungspotential der Allianz vor allem in Verbindung zu dominanten Strategien innerhalb des Feldes der UNFCCC analysiert und interpretiert. Vor allem der Begriff des Strategisch-Relationalen, den Jessop über die Erweiterung der Kategorie der strukturellen Selektivität gewinnt, spielte dabei eine besondere Rolle. Der Begriff der strategischen Selektivität stand im Zentrum und somit die unterschiedlichen Auswirkungen von staatlichem Handeln auf soziale Kräfte und deren Handlungsfähigkeit. Struktur und Handlung wurden innerhalb dieser Arbeit dialektisch behandelt. Den Ausgangspunkt skizzierte dabei, dass Handelnde zwar den strukturellen Moment innerhalb der sozialen Beziehungen nicht ändern können, allerdings ergibt sich der konjunkturelle Moment im raum-zeitlich strategischen Kontext, welcher modifiziert werden kann. Die dialektische Verbindung erlaubt Handelnden sozusagen über das Agieren innerhalb von Kontexten, welche strategisch selektive Beschränkungen und Chancen beinhalten, soziale Strukturen zu verändern.

Mit dieser spezifischen Perspektive auf den Handlungskontext, in dem die AOSIS seit ihrer Gründung versucht sich für ihre Interessen stark zu machen, sensibilisierte zudem das Konzept der GNV vor allem auf den Aspekt der Vergesellschaftung von Natur, die im Rahmen der UNFCCC durch die flexiblen Mechanismen ihren Höhepunkt erreicht hat. Die dominante Thematisierung setzt im Rahmen der UNFCCC nicht eine umfassende Krise der GNV in den Mittelpunkt, sondern versucht über eine stark technische Lösungsperspektive die Umweltkrise international zu managen. Damit hat sich durch die UNFCCC ein Containerdenken des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung etabliert, das von Anfang an darauf ausgelegt war, die ökologische Problematik über pragmatische Konzepte in den Griff zu bekommen. Zentral sind dabei Strategien der ökologischen Modernisierung. Diese sind jedoch nur so lange tragbar, als dass die Wettbewerbs- und Effizienzorientierung der Nationalstaaten im internationalen Konkurrenzkampf nicht angegriffen, geschweige denn in Frage gestellt wird. Diese hegemonie-politischen Merkmale haben sich konsensual durchgesetzt, womit eine weitere relevante Kategorie

innerhalb dieser Arbeit ins Spiel kommt, der Begriff der Internationalen Hegemonie. Sie beschreibt einerseits die Durchsetzung bestimmter Lebensverhältnisse und Wertvorstellungen in der Gesellschaft, andererseits die Fähigkeit durch Regierungen und andere gesellschaftliche Gruppen auf internationaler Ebene u.a. Projekte zu formulieren und Strategien zu verfolgen.

Die Marktmechanismen können demnach als das Ergebnis dominanter Strategien und somit als international hegemonial gewordene Projekte angesehen werden. Offiziell wird im CDM darauf gesetzt, nachhaltige Entwicklung und Emissionsreduktionen in sog. Entwicklungsländern zu stimulieren, während in sog. industrialisierten Ländern eine flexible Handhabung, wie sie ihre Reduktionsziele erreichen können, offeriert wird. Tatsächlich geht es beim CDM vor allem darum, die Emissionsreduktionen für sog. Industrieländer möglichst rentabel zu gestalten. Die Problematiken, die damit für einen schwachen Akteur wie die AOSIS einhergehen, liegen vor allem darin, dass der Mechanismus auf große und industrielle Projekte abzielt, wo die sichersten und profitabelsten Investitionen locken und Transaktionskosten gering sind. Neben der oft nicht gewährleisteten Zusätzlichkeit der Projekte, wird vor allem durch gegenwärtige steigende Emissionstrends die Option zu *business-as-usual* Politik und somit ein geschaffenes Schlupfloch beständig. Die AOSIS bleibt von den Geschäften, die mit den Mechanismen ins Rollen gekommen sind, vor allem wegen ihrer marginalen Emissionsausstöße, ausgeschlossen.

Dem Handlungsrahmen, in welchem sich die AOSIS demnach finden, ist ein Inwertsetzungsparadigma eingeschrieben, das sich in spezifisch dominanten Strategien über strategische Selektivitäten des Terrains kennzeichnet. Geformt wird das Terrain der UNFCCC über andere Apparate, vor allem durch das Institutionengebäude des globalen Nordens (WTO). Über die Aufarbeitung des historisch-strukturellen Kontexts wurde zudem verdeutlicht, dass es der globale Süden im Zuge der Entwicklungsverhandlungen der 70er Jahre nicht geschafft hat seine Interessen durchzusetzen. Die UNFCCC Verhandlungen waren von Beginn an vom Ringen zwischen Nord und Süd zu den Fragen der finanziellen Entschädigung bzw. Unterstützung des globalen Südens einerseits, und andererseits dessen institutionelle Ausgestaltung gekennzeichnet. Durchsetzungsfähige Strategien, wie die der USA, wollten sich an keine festen Beträge binden, wodurch die Unterstützung auf reguläres Weltbankbudget verschoben wurde, konkret hieß der

Kompromiss GEF. Die Verortung des Klimawandels im Kontext globaler sozialer Rechte wich dem vorherrschenden Diskurs, der von einer Konkurrenzperspektive geprägt ist. Die Frage sozial-ökologischer Gerechtigkeit und struktureller Verteilungskonflikte zwischen globalem Norden und Süden verloren ebenso an Bedeutung, wie die vom Süden dominierten UN-Foren. Die Gründe sind in der finanziellen Abhängigkeit zum Norden und den Spezialorganen wie IWF oder WB zu finden, sowie in den verschärfenden Auswirkungen der wettbewerbsstaatlichen Transformation. Die AOSIS sind im Zuge der Internationalisierung des Staates für externe Schocks noch anfälliger geworden. Neben der Abhängigkeit von offiziellen Kapitalflüssen, erschwert die Abhängigkeit von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) die Lage für die Inselstaaten. Darüber hinaus sind die AOSIS Staaten durch ihre hohe Exposition und Systemsensibilität sowie der geringen Anpassungsfähigkeit von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen.

Da sich auch die AOSIS darüber bewusst ist, dass es um den Entwicklungsgrad eines Landes geht, der die Rolle eines Staates oder einer Staatengruppe innerhalb der dominanten Verhandlungsmuster ausmacht, glaubt auch die AOSIS nicht daran, dass sie ausschließlich über die UNFCCC ihre Ziele erreichen kann. Trotzdem bleiben die AOSIS von den Institutionengebäuden des globalen Nordens ausgeschlossen. Daher muss sie auf Ebene der UNFCCC ihre Interessen noch vehementer vertreten. Hypothese eins und zwei des ersten Fragenblocks können damit als verifiziert betrachtet werden. Denn die AOSIS hat den Kern des globalen Klimawandelregimes ausgewählt um sich zum einen weitere nachhaltige Entwicklung (durch Anpassungsmaßnahmen, finanzielle Unterstützung und Technologietransfer) zu sichern, zum anderen um die Sicherung ihrer Territorien zu fokussieren. Die doppelte Belastung des globalen Südens, vor allem für ihre Inseln, stellt ein Hauptargument für die Allianz dar. Auch die begrenzte Einflussnahme, welche die AOSIS über die UNFCCC im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Ziele hat, wurde belegt.

In direktem Zusammenhang standen damit die ersten beiden Hypothesen des zweiten Frageblocks, die das Einflusspotential der AOSIS wegen des spezifischen Handlungsrahmens, in dem die AOSIS agiert, als sehr limitiert bedachten. Gleichzeitig wurde der Allianz in diesen Hypothesen ein gewisses Verhandlungspotential zugeschrieben. Die dritte und letzte Hypothese des ersten Fragblocks ging jedoch davon aus, dass durch die Zurückdrängung der Allianz auf ein Sammelsurium von negativen

Konditionen verwiesen werden muss. Dies wurde vor allem über die Analyse der politischen Identität, deren Strategien, Arbeitsweisen und daraus resultierenden Einfluss behandelt.

Zusammenfassend kann nun festgehalten werden, dass es die AOSIS geschafft hat, eine politische Identität innerhalb der UNFCCC und darüber hinaus zu bilden. Für die Analyse der politischen Identität halfen vor allem die Kategorien aus dem AI, wodurch der Fokus auf den Interessen sowie Normen – spezifische Aspekte des Eigeninteresses, spezifische Regeln und normative Ziele – der Allianz gelegt wurden. Dementsprechend spielten die Diversitäten der Nationalstaaten, die die politische Identität ausmachen, eine besondere Rolle. Die Gründungsmotive der Small Island Developing States finden sich nicht gleichmäßig über die Allianz verteilt, trotzdem verbindet sie der Aspekt einer besonderen Verwundbarkeit.

Diesen Begriff haben die AOSIS für sich geprägt, denn er ist Legitimitätsgrundlage ihrer politischen Identität und somit ein zentrales Argument ihrer Forderungen. Das Argument der Verletzlichkeit ist ein sehr starkes und eben damit haben sie Einfluss auf die Verhandlungen. Infolgedessen schreiben sie sich eine katalytische Funktion innerhalb des Prozesses zu. Über ihre Betroffenheit herrscht innerhalb der UNFCCC Konsens. Die Zurverfügungstellung von Ressourcen in Bezug auf finanzielle Hilfe, TT oder Anpassungsmaßnahmen ist nach wie vor ein sehr kontroverses Thema. Dies kennzeichnet sich auch im breiten Verständnis der Begrifflichkeit innerhalb der UNFCCC, die insgesamt fast allen EWL eine besondere Verletzlichkeit zuspricht.

Mit der Diskussion über die Grundcharakteristika der politischen Identität der Allianz wurde die Frage, wie die AOSIS die Rechte ihrer Bevölkerung in den Mittelpunkt setzt, behandelt. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf und ist vor allem wegen der selektiven Partizipationsmöglichkeiten von Indigenen im Rahmen der UNFCCC Verhandlungen kritisch zu bewerten. Tatsächlich arbeitet vor allem der IPCC und demnach eine Argumentationsgrundlage der AOSIS mit sehr selektiven Wissensformen, wodurch die lokale Bevölkerung eher stigmatisiert als in den Mittelpunkt gesetzt wird. Mit dem Anspruch, die Menschen ins Zentrum zu setzen, sieht die AOSIS auch die Rechte von Indigenen thematisiert, eine Segmentierung von Gruppen würde aus Sicht der AOSIS eher davon ablenken, dass jeder vom Klimawandel betroffen ist. Die Repräsentation von

Indigenen ist im Fall der AOSIS dennoch eine spezifische Situation, da NGOs aus den Regionen oftmals mit Indigenen Organisationen gleichzusetzen sind. Die wichtigsten Bündnispartner waren von Anfang an NGOs, ohne deren Hilfe hätte sich die AOSIS nicht als solche Instanz etablieren können. Dennoch sind die Formen, wie NGOs zu Gunsten der AOSIS Einfluss auf die Verhandlungen nehmen können, limitiert. Dies wurde über die Durchsetzungsfähigkeit der AOSIS Strategie deutlich.

Die Strategie der AOSIS sieht die UNFCCC als primäres internationales und intergouvernementales Forum an, um eine globale Antwort auf den Klimawandel zu geben, indem sie ein legal-bindendes Werk für ein internationales Klimawandelregime und existierende Verbindlichkeiten unter der UNFCCC und dem Kyoto-Protokoll anstreben. Die Hauptforderungen der AOSIS zielten von Anfang an auf Emissionsreduktionen im globalen Norden ab. Viel schärfer als es der Bali Plan vorsieht, kennzeichnet die AOSIS Position vor allem der Anspruch die Klimaerwärmung auf 1.5°C zu beschränken – spezifischer: eine langzeitige Stabilisation der Atmosphärischen GHG Konzentration unter 350 ppm der CO₂ Äquivalente. Konkret fordert die Allianz, dass die Emissionen spätestens im Jahre 2015 ein Maximum erreichen sollen und danach bis 2020 um 45% und bis 2050 um 85% mit dem Basisjahr 1990 reduziert werden sollen. Ein Abkommen, das über diese Zahl geht, will die AOSIS nicht akzeptieren, da sie damit zu ihrem eigenen Untergang zustimmen würden. Mit diesem Ziel geht die AOSIS über die Forderungen der meisten Umwelt-NGOs hinaus, welche ein 2°C Ziel fordern. Im Laufe der Jahre wurde der Fokus auf die Eindämmung für die Strategie der AOSIS immer ausschlaggebender. Von Seiten der sog. Industrieländer gibt es realpolitisch bislang keine ambitionierten Ziele zur Eindämmung der Emissionen. Die AOSIS Staaten kämpfen weiterhin mit den Auswirkungen des Klimawandels und pochten deshalb von Anfang an auf die Unterstützung durch Anpassungsprogramme. Tatsächlich ist aber vor allem bei einigen der AOSIS Ländern klar, dass Anpassung nur bis zu einem gewissen Punkt möglich ist, denn irgendwann wird das System kippen. Demnach muss die AOSIS Migration als letzte Option der Anpassung für sich in Kauf nehmen.

Die Allianz pocht mit ihren Forderungen vor allem auf eine adäquate und legal-bindende Finanzierung durch die sog. Industrieländer, eine Institutionalisierung für Anpassung, Kapazitätsförderung und Technologie, welche die Länder respektiert. Zur Umsetzung schlagen die AOSIS einen Multilateral Fund on Climate Change (MFCC) vor, der sechs

funding windows zu Adaptation, Mitigation, REDD, Insurance, Capacity-Building und Technology. Darüber hinaus möchte die AOSIS ein *Executive Board* aus 19 Mitgliedern für den MFCC schaffen, dass explizit zwei Mitglieder der SIDS miteinbezieht.

Das wichtigste AOSIS Ziel, Emissionsreduktionen im globalen Norden, für welches sie sich von Anfang an einsetzten, steht bis heute aus. Als ambitionierte Kraft und vor allem wegen ihrer moralischen Argumente fungiert die Allianz dennoch als eine potentielle Vermittlungsinstanz zwischen fortschrittlichen Ländern des globalen Nordens und Südens, ihr Potential liegt im Bedarfsfall darin, gegen starke Blocker kollektiv agieren bzw. wirken zu können.

Als Durchbruch der Allianz können die Verhandlungen um das Berliner Mandat 1994 gesehen werden. Zu diesem Zeitpunkt machten die AOSIS mit ihrem Protokoll, das vorwiegend durch die britische NGO FIELD verfasst wurde, auf sich aufmerksam. Auch das CAN äußerte schon bei den Kyoto Verhandlungen Präferenz für das AOSIS Protokoll. Und obwohl es lediglich stark verwässert aufgenommen wurde, war es ausdrücklich Teil der Verhandlungen. Die AOSIS gingen daher mit ambitionierten Erwartungen in die Kyoto Verhandlungen und riefen von Beginn an zu einem internationalen bindenden Regime auf. Die Ergebnisse des Kyoto-Protokolls bezüglich der Reduktionsverpflichtung von mindestens 5,2% waren dennoch fern von den von AOSIS geforderten 20%.

Dennoch nehmen sie seitdem aktiv an den Verhandlungen teil, was ihnen ein Verhandlungspotential verleiht, welches vor allem auf der Schaffung einer Kollektivintelligenz im Sinne des AIs basiert. Mit konkreten Vorschlägen sowie einem strukturierten Team, welches strategisch abgestimmt an mehreren Fronten agiert, versuchte die AOSIS die Verhandlungen zu formen. Fortwährend stellen sich auch NGOs aus dem CAN Netzwerk und lokale Initiativen auf ihre Seite, was abermals in Kopenhagen deutlich wurde. Die Stärkung der Allianz hängt zudem von der Kapazitätengenerierung vor allem über Repräsentanten sowie den finanziellen- und Wissensressourcen ab, wobei sich die Unterstützung über NGOs als sehr essentiell erweist. Zu einer der größten Herausforderungen zählt für die Allianz die Akzeptanz der historischen Verantwortung, was jedoch, vor allem durch den wachsenden Einfluss der Schwellenländer, eine nicht weniger kontroverse Debatte in der Zukunft verspricht. Die

heterogenen Interessen der G77, wobei viele sogenannte Entwicklungsländer eigene Emissionsreduktionen mit weiteren Entwicklungshemmnissen gleichsetzen, und v.a. die OPEC diese kategorisch ablehnt, sind dabei für die AOSIS sehr hemmend. Damit wurde die vierte Hypothese des zweiten Frageblocks über die Diskussion der Bündnispolitik der Allianz, v.a. über die heterogen geprägte Interessensgemeinschaft – die G77 – bestätigt. Auch die fünfte Hypothese, dass die AOSIS durch NGOs zwar in ihren Forderungen Unterstützung erfuhren, dies aber nicht gleichzeitig eine Repräsentanz der lokalen Bevölkerung gleichsetzt, kann somit als verifiziert gelten.

Insgesamt wird die Entscheidungssouveränität nicht gänzlich an den kooperativen Akteur AOSIS abgegeben. Die Gründe dafür liegen unter anderem in der heterogenen Beschaffenheit der AOSIS selbst, die nationalstaatliche Zwänge impliziert. Zusätzlich spielen dabei die strategischen Selektivitäten, die dem Terrain der UNFCCC zu Ungunsten der AOSIS eingeschrieben sind, eine Rolle. Hypothese drei des ersten Frageblocks, die von einem Sammelsurium von negativen Konditionen als Begründung für die Zurückdrängung der Allianz ausging, kann damit ebenso als verifiziert gesehen werden. Gleichzeitig als richtig erachtet können die beiden ersten Hypothesen des zweiten Frageblocks gelten, die von einem gewissen Durchsetzungsvermögen ausgingen, das allerdings durch die Annahmen aus der vorigen Hypothese sowie dem Rahmen, in welchem die AOSIS agieren, limitiert sind. Auch die dritte Hypothese des zweiten Frageblocks, die von keinem größeren Einflusspotentials im Gesamtkontext der Allianz ausging, wurde vor allem durch die Diskussion um die Verlagerung der Arena der globalen Anpassung auf den globalen Süden, verifiziert.

Ausblick

Fraglich bleibt, warum die AOSIS das legitime Zustandekommen der *Copenhagen Accords* (UN 2009a) akzeptiert hat. Mit der Zustimmung kommt die AOSIS von ihrem Fokus, die Menschen der Inselstaaten ins Zentrum zu setzen, noch mehr ab. De facto legitimiert sie dadurch den dominanten Diskurs der Verhandlungen, in dem es, wie innerhalb dieser Arbeit klar wurde, nicht um die lokale Bevölkerung der Inselstaaten geht, die von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen ist, sondern darum, wie möglichst rentabel mit Emissionszertifikaten gehandelt werden kann. Lokale Initiativen zeigen offen, dass die AOSIS an einer Beteiligung der globalen Emissionszertifikatsmärkte und vor allem an potentiellen Gewinnen, die über die

Inselstaaten akquiriert werden könnten, interessiert sind. Bisherige wichtige Bündnispartner der AOSIS, wie das CAN-Netzwerk, lehnen diese Mechanismen dezidiert ab, der Grund dafür sind die Paradoxien, die die Interessen um jene leiten. Ohne eine Re-Demokratisierung des Feldes ist die Beteiligung an diesen Mechanismen und vor allem deren Vorteile für die Inselstaaten fraglich.

Fest steht, dass die AOSIS auch in Zukunft Druck für ein starkes Abkommen auf den globalen Norden machen wird, ob die Integration in den CDM dabei für ihre Ziele förderlich ist, muss in Bezug auf die strategischen Selektivitäten, die innerhalb der Mechanismen hegemonial geworden sind, sehr kritisch betrachtet werden. Tendenziell müsste um die Ziele der AOSIS zu fokussieren der notwendige Druck auf nationaler Ebene innerhalb der großen sogenannten Industrieländer sowie den Bullies entstehen. Insofern stellt es wohl die größte Herausforderung für die Allianz dar, ein alternatives Bewusstsein für den hegemonial gewordenen gesellschaftlichen Konsens zu thematisieren. Das Potential, welches sie innerhalb ihrer Bündnisstrategie mit NGOs akquiriert haben, scheint diesbezüglich am aussichtsreichsten. Wie die AOSIS selbst erkannt hat, geht es innerhalb der Problematik um das Überleben der Menschen, es geht um Lebensverhältnisse und Wertvorstellungen in der Gesellschaft. Wo, wenn nicht über die Gesellschaft selbst, könnten demnach jene Wertvorstellung re-formuliert und dadurch alternative Strategien verfolgt werden.

9 Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. 2. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- / Brunnengräber, Achim (Hrsg.) (2008): Ablasshandel gegen Klimawandel? Markbasierte Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac. Hamburg: VSA-Verlag.
- Ashe, John W./ Lierop, Ropert Van/ Cherian, Anilla (1999): The role of the Alliance of Small Island States (AOSIS) in the negotiations of the United Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). *Natural Resources Forum*. 23(3): 209 -220.
- AOSIS (2010): Homepage
<http://www.sidsnet.org/aosis/> [Stand: 18.10.2010].
- (2010a) Graphik: Members & Observers
<http://www.sidsnet.org/aosis/members.html> [Stand: 12.11.2010].
- (2009): Declaration on Climate Change.
<http://www.sidsnet.org/aosis/documents/AOSIS%20Summit%20Declaration%20Sept%202021%20FINAL.pdf> [Stand: 18.10.2010].
- (2009a): Proposal by the Alliance of Small Island States (AOSIS) for the Survival of the Kyoto Protocol and a Copenhagen Protocol to enhance the Implementation of the United Nations Framework Convention on Climate Change.
<http://links.org.au/node/1409> [Stand: 18.10.2010].
- Betsill, Michele M. (2005): Global Climate Change Policy: Making Progress or Spinning Wheels? In Regina S. Axelrod, David Leonard Downie and Norman J. Vig (eds.): *The Global Environment. Institutions, Law and Policy*. Washington: CQ Press, 103-124.
- Betzold, Carola (2009): Borrowing Power to influence international negotiations: AOSIS in the Climate Change Regime, 1990-1997. ETH Zürich, Switzerland: *In Politics* (2010): Volume 30, Issue 3, October, 131-148.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie. In Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos. 143-158.
- Brand, Ulrich (2000): Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- /Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- / Görg, Christoph/ Wissen, Markus (2007): Verdichtung zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulanzianischen Perspektive. In Prokla 147, 217-234.
- (2007a): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstruktion von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis. In Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos. 161-178.
- /Görg, Christoph (2008): Sustainability and Globalisation: A Theoretical Perspective. In Park, Jacob/Conca, Ken/Finger, Mathias (eds., 2008): The Crisis of Global Environmental Governance. Towards a new political economy of sustainability. London and New York.
- (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Heinrich Böll Stiftung.
http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf [Stand: 18.10.2010].
- (2009a): Vortrag: Kopenhagen and beyond. Strategien alternativer Klima- und Energiepolitik. 25.11. 2009. Universität Wien.
- / Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo (u.a.) (2009b): Radical climate change politics in Copenhagen and beyond: From criticism to action? In Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo (u.a.) (2009): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Critical Currents. No.6 October 2009. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation. 9-16.s
- (Hrsg.) (2010): Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brunnengräber, Achim (et.al.) (2008): Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2009): Die politische Ökonomie des Klimawandels. München: Oekom Verlag.
- Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos.
- Castree, Noel (2001): Sozializing Nature: Theory, Practice, and Politics. In Castree, Noel/ Braun, Bruce (2001): Social Nature. Theory, Practice, and Politics, Malden, Massachusetts: Blackwell, 1-21.

- Demeritt, David (2001): The Construction of Global Warming and the Politics of Science. In *Annals of the Association of American Geographers*, Vol. 91, No. 2, 307-337.
- Demirovic, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staats bei Antonio Gramsci. In Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden: Nomos. 21-40.
- Deo, Seema/ Binger, Al (2009): Small Islands Launch Energy Initiative to Reduce Carbon Emissions and Pursue Low Carbon Development. *Climate Pasifika*. <http://climatepasifika.blogspot.com/2009/12/small-islands-launch-energy-initiative.html> [Stand: 18.10.2010].
- Dietz, Kristina/ Brunnengräber, Achim (2008): Das Klima in den Nord-Süd-Beziehungen. In *Peripherie* Nr. 112, 400-428.
- Earth Negotiations Bulletin - ENB (2009): Vol.12 No.459 <http://www.iisd.ca/vol12/> [Stand: 12.5.2010].
- Förster, Hannah (2010): COP15: Tag für Tag. Klimawandel, Klimawirkungen und Antworten in Entwicklungsländern. Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. http://www.pik-potsdam.de/research/research-domains/climate-impacts-and-vulnerabilities/research/research-field-2-1/nsp/teaching/wise_2009/cop15-tag-fur-tag [Stand 18.10.2010].
- Galan, Matthias/ König, Alexandra/ Moldovan, Lida (2010): Strategisch-relationales Handeln im erweiterten internationalisierten Staat. Zivilgesellschaftliche Akteure und die Konvention über biologische Vielfalt. In Brand, Ulrich (2010): *Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 145- 183.
- Giddens, Anthony (2009): *The Politics of Climate Change*. Cambridge: Polity Press, Chapter 8: International negotiations, the EU and carbon markets, 182-202.
- Görg, Christoph/ Ulrich Brand (Hrsg.) (2002): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio+10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2003): Nichtidentität und Kritik – Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse. In Böhme, Gernot/ Manzei, Alexandra (Hrsg.) (2003): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*. München: Wilhelm Fink Verlag, 113-133.
- (2003a): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Regulation der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- GTZ (2008): Klimawandel und Sicherheit. Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
<http://www.gtz.de/de/dokumente/de-klima-sicherheit.pdf> [Stand: 18.10.2010].
- Hay, Colin (2002): Political Analysis. A Critical Introduction. Basingstoke: Palgrave.
- Hönerbach, Frank (1996): Verhandlungen einer Waldkonvention Ihr Ansatz und Scheitern. Discussion Paper FS-II 96-404. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
<http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1996/ii96-404.pdf> [Stand: 31.8.2010].
- IPCC (2007): Vierter Sachstandsbericht (AR4). Klimaänderungen 2007. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger.
http://www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/ipcc/doc/39833.php [Stand 18.10.2010].
- Jakobeit, Cord/ Methmann, Chris (2007): Klimaflüchtlinge. Die verleugnete Katastrophe. Universität Hamburg. Institut für Politische Wissenschaft. Teilbereich Internationale Politik. Hamburg: Auftragsstudie Greenpeace.
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/klimafluechtlinge_endv.PDF [Stand 18.10.2010].
- Jessop (1990): State Theory. Putting Capitalist States in their Place. Pennsylvania: University Press.
- (2007): State Power. A Strategic-Relational Approach. Cambridge: Polity Press.
- (2007a): Althusser, Poulantzas, Buci-Glucksmann – Weiterentwicklungen von Gramscis Konzept des integralen Staats. In Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos. 43-64.
- Kjellen, Bo (2004): Pathways to the Future: The New Diplomacy for Sustainable Development. In IDS Bulletin, Volume 35, Issue 3, 107-113.
- Klein, Naomi (2009): Better to have no deal at Copenhagen than one that spells catastrophe. 12.12. UK: The Guardian.
<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/cif-green/2009/dec/17/copenhagen-no-deal-better-catastrophe> [Stand 18.10.2010].
- Kromp-Kolb, Helga (2010): Vorlesung im Rahmen des INEX Sustainability Challenge Programms, Block1, 16.4.2010. Universität für Bodenkultur Wien.
- Linnér, Björn-Ola/ Jacob Merle (2005): From Stockholm to Kyoto and Beyond: A Review of the Globalization of Global Warming Policy and North-South Relations. In: Globalizations Vol. 2 No. 3, 403-415.

- Lipschutz (2010): Vortrag: Copenhagen and the Future. 26.1.2010. Universität Wien: Institut für Politikwissenschaft.
- Maney, Kevin (2004): Tuvalu's sinking, but its domain is on solid ground. US: USA Today.
http://www.usatoday.com/money/industries/technology/maney/2004-04-27-tuvalu_x.htm [Stand 12.10.2010].
- Marsh, Bill (2007): A Carbon Tide: Past, Present and Future. Global emissions of carbon dioxide, measured by the weight of carbon it contains. 16.12. US: The New York Times.
http://www.nytimes.com/interactive/2007/12/16/weekinreview/20071216_EMISSIONS_GRAPHIC.html [Stand 8.8.2010].
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W. (Hg.) (1995): Gesellschaftliche Selbstregulung und politische Steuerung. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2005): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Bogner, A./Littig, B./Menz W. (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, 71-93.
- Missbach, Andreas (1999): Das Klima zwischen Nord und Süd. Eine Regulationstheoretische Untersuchung des Nord-Süd-Konflikts in der Klimapolitik der Vereinten Nationen. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mückler, Hermann (2009): Einführung in die Ethnologie Ozeaniens. Kulturgeschichte Ozeaniens Band 1. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Ocampo, José Antonio (2002): Small Economies in the Face of Globalisation. Cayman Islands: Third William G. Demas memorial Lecture at the Caribbean Development Bank.
[http://www.caribank.org/titanweb/cdb/webcms.nsf/AllDoc/3B567C3CBF8CC9C4042573E6005D8513/\\$File/Ocampo.pdf](http://www.caribank.org/titanweb/cdb/webcms.nsf/AllDoc/3B567C3CBF8CC9C4042573E6005D8513/$File/Ocampo.pdf) [Stand 24.8.2010].
- Okereke, Chukwumerije (2008): Global Justice and neoliberal Environmental Governance. Ethics, sustainable development and international co-operation. London: Routledge, chapter 6: Protecting the global atmosphere: the UNFCCC, 99-122.
- Pacific Islands Forum Secretariat (PIFS) (2009): Pacific Leaders' Call to Action on Climate Change. 6. 8., Annex A to the 2009 Forums Leaders' Communique.
<http://www.forumsec.org/resources/uploads/attachments/documents/Pacific%20Leaders%27%20Call%20to%20Action%20on%20Climate%20Change%202009.pdf> [Stand 18.10.2010].

Parry, Martin/ Arnell, Nigel / Berry, Pam (2009): Assessing the costs of adaptation to Climate change. A review of the UNFCCC and other recent estimates. Reprint of Chapter One. Overview and Conclusions. United Kingdom: International Institute for Environment and Development (IIED).

Pelinka, Anton (2000): Grundzüge der Politikwissenschaft. Wien: Böhlau.

Rathgeber, Theodor (2009): Klimawandel verletzt Menschenrechte. Über die Voraussetzungen einer gerechten Klimapolitik. Schriftreihe Ökologie Band 6. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
<http://www.boell.de/downloads/Klima-Menschenrechte-i.pdf> [Stand 11.8.2010].

Sachs, Wolfgang (2007): Gipfelstürmer im Umweltraum. In Melber, Henning/ Wilß, Cornelia (Hrsg.) (2007): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag, 104-112.

——— (2009): Climate change and human rights. In Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo/ Mueller, Tazio (2009): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Critical Currents. No.6 October 2009. Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation. 85- 91.

Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen Akteurszentrierter Institutionalismus der Politikforschung. Opladen: Leske+Budrich.

SIDS (1994): Report of the Global Conference on the Sustainable Development of Small Island Developing States. A/CONF.167/9. Barbados: United Nations General Assembly.

<http://www.sidsnet.org/docshare/other/BPOA.pdf> [Stand 18.10.2010]

——— (1999): Barbados +5: Barbados Programme of Action +5. 22nd Special Session of the United Nations General Assembly (UNGASS) on the Small Island Developing States. New York: UN Department of Economic and Social Affairs, Division for Sustainable Development.

http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_sids/sids_milemajomeetbpoa5_preskits_4.shtml [Stand 18.10.2010].

——— (2003): World Statistics Pocketbook. Small Island Developing States. Series V No. 24. New York: Department of Economics and Developing Affairs Statistic Division.

http://www.sidsnet.org/docshare/other/20040219161354_sids_statistics.pdf [Stand 4.8.2010].

——— (2005): Report of the International Meeting to Review the Implementation of the Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island States. A/CONF.207/11. Mauritius: United Nations.

http://www.sidsnet.org/docshare/other/20050622163242_English.pdf [Stand 18.10.2010].

- (2010): Mauritius Strategy of Implementation + 5. MSI High-level Review. New York: UN Department of Economic and Social Affairs, Division for Sustainable Development.
http://www.un.org/esa/dsd/dsd_aofw_sids/sids_milemajomeetmsi5.shtml
 [Stand 18.10.2010].
- (2010a): Homepage. List of Small Island Developing States.
http://www.sidsnet.org/sids_list.html [Stand 18.10.2010].
- Schneider, Volker/ Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- The Group of G77 (2010): Homepage.
<http://www.g77.org/doc/> [Stand 9.10.2010].
- UNFCCC (2010): Homepage
<http://unfccc.int/2860.php/> [Stand 18.10.2010].
- UN (1992): United Nations Framework Convention on Climate Change.
 Englische Fassung: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf>
 [Stand 18.10.2010].
 Deutsche Fassung: <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>
 [Stand 18.10.2010].
- (1994): Intergovernmental Negotiating Committee for a Framework Convention on Climate change. A/AC.237/L.23. Eleventh session, Item 7 (b) of the provisional agenda. <http://unfccc.int/resource/docs/a/123.pdf> [Stand 18.10.2010].
- (1998): Kyoto Protocoll to the United Nations Framework Convention on Climate Change.
<http://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf> [Stand 18.10.2010].
- (2007): Bali Action Plan. Decision -/CP.13.
http://unfccc.int/files/meetings/cop_13/application/pdf/cp_bali_action.pdf [Stand 18.10.2010].
- (2009): Tuvalu Proposal. FCCC/KP/CMP/2009/4.
http://unfccc.int/documentation/documents/advanced_search/items/3594.php?rec=j&preref=600005347#beg [Stand 18.10.2010].
- (2009a): Copenhagen Accord. FCCC/CP/2009/11/Add.1.
<http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/11a01.pdf> [Stand 18.10.2010].
- Willems, Ulrich (Hrsg.) (2003): Interesse und Moral als Orientierungen politischen Handelns. Schriftreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos.
- Wissel, Jens/ Wöhl, Stephanie (Hrsg.) (2008): Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – Analyse und Kritik. Verlag Westfälisches Dampfboot.

Voges, Moritz/ Biberhofer, Petra (2010): Neue Macht des Südens? Die Politisierung internationaler Biodiversitätspolitik durch die Like-Minded Group of Megadiverse Countries. In Brand, Ulrich (2010): Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot. 104-140.

Interviews

- VIE: Sandy Gauntlett, President Pacific Indigenous Peoples Environment Coalition (PIPEC)
- COP 1: Shuuichi Endou, President NGO Tuvalu Overview
- COP 2: Collin Beck, Delegation Solomon Islands, Vice Chair AOSIS
- COP 3: Al Binger, Delegation Grenada, Technischer Berater AOSIS
- COP 4: Seema Deo, NGO Secretariat for the Pacific Regional Environment Programme (SPREP), Education and Social Communication Adviser
- COP 5: Tangoroa Arobati, NGO Pacific Calling Partnership, Kiribati
- COP 6: Pelenise Alofa Pilitati, NGO Pacific Calling Partnership, Kiribati
- COP 7: Charles Leon, Vice Chair and Negotiation Coordinator AOSIS
- COP 8: Shruti Shukla, CAN International, Southern Capacity Building Programme Coordinator
- COP 9: Bo Kjellen, Delegation Sweden, Senior Consultant Stockholm Environment Institute (SEI)
- COP 10: Jean-Philippe Chauzy, International Organization for Migration (IOM), Head Media and Communications
- COP 11: Camilla Moreno, NGO Friends of the Earth Brazil

10 Anhang

10.1 Interviewleitfaden

Vorstellung des Projekts und spezifischen Forschungsinteresse

...

I am doing a research project on international environmental politics on climate change and I am studying at Vienna University.

In the centre of my research project is the north-south relation within the UNFCCC, with a special focus on the alliance of small island states (AOSIS). I am interested in the general role and the current process of negotiations the alliance is facing within the UNFCCC and further the relations within the group as well as the results the formation had on other bodies which are involved in the process.

Therefore the interview is divided into 2 main blocks:

AOSIS within the UNFCCC and the current negotiations
AOSIS on its own

The interview will last approximately 30 minutes.

Weitere Fragen:

May I record the interview?

Would you prefer to be cited as a representative of your organisation or personally?

What is your position, function and your duties within the UNFCCC and especially within COP15?

Zum Auftakt ein Eindruck von den aktuellen Verhandlungen:

First of all could you give me your personal impression of the current negotiations?

Regime negotiations

Why was the UNFCCC chosen from AOSIS as a platform to articulate interests?

(hier offen bleiben für Antwort, dass AOSIS wegen UNFCCC gegründet wurde)

What are the challenges for the alliance within the framework convention?

How do you appraise the current negotiations about a post Kyoto protocol? (eventuell schon am Anfang beantwortet-> Einstiegsfrage)

Which interest constellations and strategies affect the establishment of such a regime?

Do you see the UNFCCC as an appropriate framework for the negotiations?

Falls nicht oben: noch mal explizit die Rolle von AOSIS in den Verhandlungen

How do you see the role of AOSIS within the negotiations?

Which interests, problems and aims/objectives hit each other?

Which compromises have to be made in order to reach your (middle- or longterm) objectives?

What will be the prospective result of the negotiations?

Why will this result be reached?

Will this result come up with/ satisfy your objectives?

Alternativen zum jetzigen Umgang

What are the most important/ dominant actors within the negotiations and why?

Who should be the dominant actors and in this respect where would your interests have a better assertion? (other, new institutions)

AOSIS -Ebene

**From your point of view, what are the main achievements and failures of the group?
Which strategies were developed / worked out by AOSIS?**

Could you please describe - with regard on the most important points - the development of AOSIS? How did the group develop since the very beginning until now? (Nach ein paar Interviews sollte das klar sein.)

Could you please describe the interests and problems (within the UNFCCC) which caused forming AOSIS? How did the positions (within the group) expand / develop?

Which interests were important during the position finding of the group?

Did the positions, interests and targets change during the time? (Details nachfragen)

Do you think that some targets of the group were reached?

Nationale Ebene (Heterogenität/Homogenität im Block)

Do you see the interests of your country being represented by AOSIS?

Have the goals of your country within AOSIS been reached?

Could you tell us something about the dynamics within the alliance? Are there, in your opinion, bilateral contracts or factions which have impacts on the work of the whole group?

In which issues do you see a consensus among the members?

Where are tensions among the members?

What factions do exist within the group?

Did (and still do) bilateral partner countries of certain members have an effect on the constitution process of the alliance?

Could you tell us something about your work within the group and about your relations to other member countries? Does the group try to stimulate the cooperation between its members through incentives or sanctions?

What are your country goals concerning the whole group or single countries within the group?

What strategies are used to reach these goals?

Are there any informal mechanisms through which cooperation or implementation are further stimulated, for example incentives or sanctions?

Are there any plans to install such mechanisms?

Where do you see potential for improvements?

Vertikale Ebene aus AOSIS Sicht bezüglich nationaler Implementierung (wenn noch nicht erwähnt) Hier vor der „policy“ fragen, was denn in dem jeweiligen Land die drängendsten Probleme sind, die von der UNFCCC/Kyoto bearbeitet werden sollen.

What are the most crucial problems within your country the UNFCCC/Kyoto has to focus/work on?

How is the national implementation concerning the UNFCCC/Kyoto protocol carried out in your country, with regard to your membership within the AOSIS group.

How did the conditions of problems and proposals and their development look like? (eventuell nach structural conditions und dem change from mitigation to adaptation nachfragen)

Finanzierung

Which financing options do you have at international level, which at national level?

To what extend should the main financing capacities be modified?

Indigenen Rechte/ Vertretung innerhalb AOSIS

To what extent indigenous rights are represented within AOSIS? (ist das im spezifischen Land ein issue)

How do you see the appearance of the indigenous representatives and their strengthening position within COP?

Which legal opportunities do they have and which different views of strengthening their rights exist?

Schlussfrage

How could there be change towards a regime where AOSIS has more influence in the negotiation process? What are the dimensions? How do you see the future formation of AOSIS?

Schlußfrage zu aktuellen Verhandlungen:

What outcome would you wish and what's a probable outcome?

Would you like to add anything which seems important for you and wasn't mentioned yet?

10.2 Abstract

Innerhalb dieser Arbeit geht es um den Weg, wie die *Alliance of Small Island States* (AOSIS), eine ad-hoc Lobby für *Small Island Developing States* (SIDS) im Rahmen der internationalen Klimapolitik, zu einer moralischen Instanz innerhalb der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) geworden ist. Dabei wird der Blick auf die Konstituierung der Allianz, deren Verhandlungspotential und Durchsetzungsvermögen gesetzt. Über den Strategisch-Relationalen Ansatz von Bob Jessop wurde vor allem mit der Begrifflichkeit der strategischen Selektivität gearbeitet und somit die unterschiedlichen Auswirkungen von staatlichem Handeln auf soziale Kräfte und deren Handlungsfähigkeit analysiert. Machtpotential so die Annahme hängt dabei nicht nur von der Positionierung innerhalb der sozialen Formation ab, sondern auch von der Organisation, den Kalkulationsmodi sowie den Ressourcen von sozialen Kräften. Die Positionierung der AOSIS war von Anfang an von der Reflexion über die Notwendigkeit ihre limitierten Kapazitäten, die ihnen als kleine Inselstaaten zur Verfügung standen, im Kollektiv zu stärken und auszuweiten, geprägt. Da sie jene Herausforderungen nicht alleine bewältigen können, nützen sie unter anderem die UNFCCC als Forum, Ressourcen aus dem globalen Norden zu mobilisieren. Dem Handlungsrahmen, in welchem sich die AOSIS findet, ist ein Inwertsetzungsparadigma eingeschrieben, dass sich in spezifisch dominanten Strategien über strategische Selektivitäten des Terrains kennzeichnet. Geformt wird das Terrain der UNFCCC über andere Apparate, vor allem das Institutionengebäude des globalen Nordens (BWI).

Das Einflusspotential der AOSIS ist durch diesen Handlungsrahmen limitiert. Dennoch hat die AOSIS ein gewisses Verhandlungspotential, sie hat es geschafft eine politische Identität innerhalb der UNFCCC und darüber hinaus zu bilden. Das Verhandlungspotential basiert vor allem auf der Schaffung einer Kollektivintelligenz durch die Allianz. Mit konkreten Vorschlägen sowie einem strukturierten Team, welches strategisch abgestimmt an mehreren Fronten agiert, versucht die AOSIS die Verhandlungen zu formen. Ihr wichtigster Bündnispartner waren von Anfang an NGOs, ohne deren Hilfe hätte sich die AOSIS nicht als solche Instanz etablieren können. Als Durchbruch der Allianz können die Verhandlungen um das Berliner Mandat 1994 gesehen werden, wobei ihr Protokoll zwar stark verwässert aber ausdrücklich als Teil der Verhandlungen aufgenommen wurde. Die AOSIS ging mit ambitionierten Erwartungen in die Kyoto Verhandlungen und riefen von Beginn an zu einem internationalen bindenden Regime auf. Vor allem den Begriff der besonderen Verwundbarkeit hat die AOSIS für sich geprägt, denn er ist Legitimitätsgrundlage ihrer politischen Identität und somit ein zentrales Argument für ihre Forderungen. Über ihre Betroffenheit herrscht innerhalb der UNFCCC Konsens. Die Zurverfügungstellung von Ressourcen in Bezug auf finanzielle Hilfe, TT oder Anpassungsmaßnahmen ist nach wie vor ein sehr kontroverses Thema.

Die Hauptforderungen der AOSIS zielten von Anfang an auf Emissionsreduktionen im globalen Norden, konkret die Beanspruchung die Klimaerwärmung auf 1.5°C zu beschränken. Auch dazu gibt es von Seiten der sog. Industrieländer realpolitisch bislang keine ambitionierten Ziele. Die AOSIS Staaten kämpfen weiterhin mit den Auswirkungen des Klimawandels und pochten deshalb von Anfang an auf die Unterstützung durch Anpassungsprogramme, wobei die Verlagerung der Arena der globalen Anpassung auf den globalen Süden als sehr kritisch zu betrachtet ist. Als ambitionierte Kraft und vor allem wegen ihren moralischen Argumenten fungiert die Allianz als eine potentielle Vermittlungsinstanz zwischen fortschrittlichen Ländern des globalen Nordens und Südens. Ihr Potential liegt vor allem darin gegen starke Blocker eventuell kollektiv zu agieren bzw. wirken zu können.

Als eine der größten Herausforderungen zählt für die Allianz die Akzeptanz der historischen Verantwortung im globalen Norden. Solange die implizierten Problematiken über bescheidene Ambitionen im Sinne einer ökologischen Modernisierung, welche an nationale Wettbewerbs- und Effizienzorientierung im internationalen Konkurrenzkampf gekoppelt sind, versucht werden zu lösen, bleibt ein stärkeres Einflusspotential der AOSIS weiterhin äußerst limitiert. Zusätzlich versprechen die Interessen der heterogenen G77, wobei vor allem aufstrebende Länder des globalen Südens eigene Emissionsreduktionen mit Entwicklungshemmnissen gleichsetzen, und v.a. die OPEC diese kategorisch ablehnt, auch in Zukunft eine sehr kontroverse Diskussion. Dennoch hat die AOSIS vor allem über ihre Bündnispartner aus der Zivilgesellschaft Potential die Problematik ihrer Bevölkerung weiterhin zu thematisieren und so eventuell gesellschaftliche Wertvorstellung zu re-formulieren.

10.3 Abstract English

The thesis deals with *Alliance of Small Island States* (AOSIS) which is an ad-hoc lobby for *Small Island and Developing States* (SIDS) within international climate politics. It focuses on AOSIS development as a moral instance in the *United Nations Framework Convention on Climate Change* (UNFCCC). The analysis concentrates on the constitution, the negotiation potential and the collective action capacity of the alliance. With Bob Jessop's strategic-relational approach the thesis particularly works with the term strategic selectivity assisting to analyze diverse effects of state capacity on social forces and their capacity to act. It is assumed that potential of power does not only depend on the position within a social formation, but also on the organization, the modes of calculation and the resources of social forces. From the beginning on the AOSIS was reflected about the necessity to strengthen and broaden their limited resources, which were available to them as a collective of small island states. Since they could not deal with this challenge on their own, they used the UNFCCC as a forum to mobilize resources from the global north.

The framework AOSIS is acting in can be characterized by a paradigm of valorization of nature with specific dominant strategies of strategic selectivity. This terrain – the UNFCCC – is mainly

formed by other institutions dominated by the global north (BWI). The collective action capacity of AOSIS is limited due to this framework. However AOSIS has a certain negotiation potential as they were able to form a political identity within the UNFCCC and above. The negotiating potential is mainly based on the creation of a collective intelligence within the alliance. With concrete proposals as well as a structured team, which strategically decides how to act on multiple sides, the alliance tries to shape the negotiations. The most important partner of the alliance are NGOs, without their help AOSIS could not have been established as an instance. The break-through of the alliance happened during the negotiations about the Berlin Mandate 1994. Though their protocol was watered-down, it formally took part in the negotiations. Therefore AOSIS went highly ambitious into the Kyoto negotiations and called for an international binding regime from the beginning.

In particular the term special vulnerability was shaped by AOSIS. It is the basic legitimacy of their political identity and therefore a central argument for their claims. Within the UNFCCC there is a consensus about their vulnerability. Provision of money, technology transfer and adaptation requirements are still very controversial topics. From the beginning on the main claim of AOSIS focused on emission reductions within the global north, concrete they asked for limitation of temperature increase to 1,5°C. Until today there are no ambitious targets within the global north to achieve this number. The AOSIS states are still fighting with the effects of climate change and require provision of adaptation programs. Therefore shifting the area for global adaptation on the global south must be faced very critical.

As an ambitious force and especially because of their moral arguments the alliance acts as a potential mediation entity between progressive countries of the global north and the global south. You can find their main potential within collective actions against strong negotiation blockers. Their prior challenge is accepting historical responsibility in the global north. Challenges of climate change are faced with modest ambitions of ecological modernization. As they are linked to national competition and efficiency embedded in international trade rivalry, potential of AOSIS will remain limited. Furthermore interests of heterogeneous G77 promise controversial debates in the future. Especially emerging countries from the global south are still connecting binding emission reductions with development constraints, in particular OPEC is defeating them. Especially with their partners from the civil society AOSIS has future potential focusing problems of their population and therefore they might possibly be able to re-formulate moral concepts of society.

10.4 Lebenslauf

Petra Biberhofer
Geboren am 9 Juli 1985 in Wien
Staatsbürgerschaft: Österreich
e-mail: petra.biberhofer@gmx.at

Ausbildung

- Okt. 2004- Dez. 2010 Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien
- Aug.2008 – Juli 2009 Akadememischer Austausch, Department of Government, Universität Uppsala/ Schweden
- Okt.2004- Feb.2008 Bachelor-Studium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien
Studienschwerpunkt: Gesellschaftliche Kommunikation
Abschluss: Bakk. Phil.
- November 2003- Juli 2004 Brooklands College, Esher/England
Abschluss: Cambridge Diplom of Advanced English
- September 1996- Juni 2003 Realgymnasium, Schwechat/ Österreich
Abschluss: Matura

Praxiserfahrung

- Sep. 2009- Dez. 2009 GLOBAL 2000 (Friends of the Earth Austria), Wien/ Österreich, Praktikum Klima- und Energiekampagne
- August 2007- Sep. 2007, Juli 2006 IBM Österreich, Wien/Österreich
Praktikum Communications Department (Central Europe, Middle East and Africa)

Studienrelevante Tätigkeiten

- Sommersemester 2010 Teilnahme an INEX Sustainability Challenge, Interdisziplinäre Vorlesung der Universität Wien, TU Wien, BOKU Wien und WU Wien
- Dezember 2009 Teilnahme an UN-Konferenz, Kopenhagen/ Dänemark
United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), Qualitative ExpertInneninterviews im Rahmen der Diplomarbeit
- April 2009 Teilnahme an Model United Nations im Zuge einer Simulation
der COP 15 (UNFCCC), Universität Uppsala/ Schweden
- Mai 2008-Jänner 2010 Wissenschaftliche Mitarbeit/ Publikation In
Brand 2010: Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates
- Mai 2008 Teilnahme an UN-Konferenz, Bonn/Deutschland
United Nations Convention on Biological Diversity (CBD), Qualitative ExpertInneninterviews